



Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Ich eröffne die heutige Stadtratssitzung und begrüsse Sie alle, werte Kolleginnen und Kollegen vom Stadtrat und vom Gemeinderat, die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter aus der Verwaltung, die Medien und auch die Gäste. Wir haben heute die fünfte Sitzung in diesem Jahr 2022. Namentlich begrüssen möchte ich noch zwei neue Stadratsmitglieder. Wir haben heute Robert Haas von der SVP das erste Mal unter uns. Er ist der Nachfolger von Daniel Bösiger, der ja ausschied. Und wir begrüssen auch Linus Rothacher von der SP, der für Stefanie Loser-Fries nachrückt. Das ist nun Ihre erste Stadtratssitzung und es wird eine happige, befrachtete Stadtratssitzung und gleichzeitig haben wir ja so oder so grundsätzlich etwas «irre Zeiten». Als wir vom Parkhotel wieder in die Alte Mühle zurückkehren konnten, weil Corona nicht mehr dermassen ein Thema ist, hatten wir ja plötzlich den Krieg in der Ukraine, nun harren wir der Dinge, wie es im Winter mit der Energieversorgung weitergeht und wir beschafften bereits auch schon Affenpocken-Impfstoff. So bin ich froh, ohne dabei ein Amtsgeheimnis zu verletzen, dass die afrikanische Schweinepest nicht auf den Menschen übertragbar ist. Von dem her hoffe ich, dass es dann auch wieder ein bisschen normaler wird, auch für Sie zwei Kollegen, sonst bekommen Sie dann das Gefühl, dass dies so normal ist.

Ich bitte Sie nun aber alle bereits jetzt, da ich die befrachtete Sitzung bereits erwähnte, dass Sie sich alle kurzhalten, dass Sie klar reden und dass Sie eine gewisse Disziplin wahren, auch bezüglich des Verlassens des Saals und der nachfolgenden Rückkehr. Wir sehen für heute eine Pause von plus/minus 20 Minuten vor und wir werden situativ schauen, wann diese genau passt. Sie werden auf alle Fälle noch verpflegt. Dies wären soweit meine Vorbemerkungen und nun schreiten wir wirklich zur Sitzung und ich bitte unsere Stadtratssekretärin Simone Burkhard Schneider den Appell durchzuführen. Merci vielmals, Simone:

- 37 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend¹.
 - 0 Mitglieder des Stadtrates sind für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
- 7 Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber Daniel Steiner (Sekretär Gemeinderat) sind vollständig anwesend.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Besten Dank. Somit stelle ich zuhanden des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrats fest. Die Traktandenliste wurde verschickt und die Aktenaufgabe erfolgte vorschriftsgemäss. Die Traktandenliste und die Akten konnten Sie zudem auf der Webseite der Stadt Langenthal einsehen. So frage ich, ob es Bemerkungen zur Traktandenliste gibt? Ich sehe niemanden. Gut, so kommen wir zu Traktandum Nr. 1 der heutigen Stadtratssitzung.

¹ Drei Stadratsmitglieder treffen mit Verspätung zwischen 18.11 Uhr und 18.38 Uhr ein.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 29. August 2022

1. Protokoll der Stadtratssitzung vom 27. Juni 2022: Kenntnisnahme

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Das Traktandum Nr. 1 behandelt das Protokoll der letzten Sitzung vom 27. Juni 2022. Es liegt vor und ist auf der Webseite aufgeschaltet. Ich danke allen ganz herzlich, die mitschrieben. Ich hoffe, dass es dann heute nicht allzu schwierig wird. Gibt es Bemerkungen zu diesem Protokoll der letzten Sitzung? Ich sehe niemanden. Somit wurde dieses Protokoll durch den Stadtrat zur Kenntnis genommen.



2. Ersatzwahl eines Mitglieds der Kommission für öffentliche Sicherheit (Ersatzwahl für die per 30. Juni 2022 zurückgetretene Grossenbacher Corinna [SVP])

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 2. Hier geht es um die Ersatzwahl eines Mitglieds in der Kommission für öffentliche Sicherheit, weil Corinna Grossenbacher ihren Rücktritt bekanntgab. Wird das Eintreten zu diesem Traktandum bestritten? Nein, so steigen wir in die Beratung ein.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Sie sahen es vielleicht bereits, dass die SVP den neuen Stadtrat und Parteikollegen Robert Haas als Nachfolger vorschlägt. Möchte jemand diesen Wahlvorschlag ergänzen? Dem ist nicht so. Gibt es Beratungsbedarf zu diesem Vorschlag? Möchte jemand etwas sagen?

SVP-Fraktion, Janosch Fankhauser (SVP): Robert Haas ist ein passionierter und pensionierter Metzger, übergab er doch 2013 sein Geschäft erfolgreich seinem Nachfolger, was bestens klappt und er dort immer noch tatkräftig mitarbeitet. Er ist seit 2015 bei uns in der SVP Mitglied und stellte sich bei den letzten Wahlen zur Verfügung und kam so auf die Kandidatenliste des Stadtrats. Das freute uns riesig, ist er doch – so wie ich ihn kennenlernte, ein währschafter, guter, fundierter und ehrlicher Mensch. Ich möchte Ihnen vorab danken, dass Sie Robert Haas das Vertrauen schenken und ihn entsprechend wählen. Merci vielmals.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Herzlichen Dank. Gibt es weiteren Bedarf etwas zu sagen? Wenn nicht, schreiten wir zur Wahl. Wer Stadtrat Robert Haas die Stimme als neues Mitglied in der KöS geben möchte, soll nun seine Hand hochheben. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

- Herr Robert Haas (SVP) wird als Mitglied der Kommission für öffentliche Sicherheit, mit Wirkung ab dem 13. September 2022 bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode (31. Dezember 2024), mit 37 Ja-Stimmen gegen 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gewählt.

Robert Haas (SVP): Ich danke Ihnen recht herzlich für das Vertrauen, das Sie mir bereits an meiner ersten Stadtratssitzung aussprechen. Vielen Dank.

(Applaus)

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



3. Ersatzwahl eines Mitglieds der Sozialkommission (Ersatzwahl für den per 13. Mai 2022 zurückgetretenen Burkhard Sascha [SP])

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Es geht nun sogleich ähnlich weiter, haben wir doch unter Traktandum Nr. 3 noch eine zweite Vakanz und zwar diejenige in der Sozialkommission zu bestimmen. Ist hier das Eintreten bestritten? Nein, so haben wir nun ein Mitglied für die Sozialkommission zu wählen.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Die SP/GL-Fraktion schlägt vor, Stadtrat Georg Cap der GL als Nachfolger von Sascha Burkhard in der Sozialkommission zu wählen. Wird dieser Wahlvorschlag ergänzt?

SP/GL-Fraktion, Saima Sägesser (SP): Wie Janosch Fankhauser möchte auch ich unseren Kandidaten kurz vorstellen. Georg Cap rückte dieses Jahr auf der Liste der Grünen in den Stadtrat nach. Er studiert Archäologie und Geschichte, arbeitet als Lehrer und ist auch im Gartenbau tätig. Er ist sicher auch ein sehr guter Ersatz für den zurückgetretenen Sascha Burkhard. Er bringt selber fundiertes Wissen aus einem sozialen Bereich mit, war er doch sehr lange Leiter in der Pfadi. Georg und ich sind zusammen in der Fraktion, weil wir zusammen bei Nathalie Scheibli im Kindergarten waren, was sicherlich kein Zufall ist und von dem her auch einer guten Wahl für in die Sozialkommission gleichkommt. Danke.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Nein, so kommen wir auch hier direkt zur Wahl. Wer den Stadtrat Georg Cap, mit Wirkung ab 13. September 2022 in die Sozialkommission wählen möchte, zeigt dies mit der Stimmkarte an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

- Herr Georg Cap (GL) wird als Mitglied der Sozialkommission, mit Wirkung ab dem 13. September 2022 bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode (31. Dezember 2024), als Mitglied der Sozialkommission mit 37 Ja-Stimmen gegen 0 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung gewählt¹.

(Applaus)

Protokollauszug an

- Gemeinderat

¹ Mittlerweile sind 38 Stadratsmitglieder anwesend.



4. Dringliche Interpellation SP/GL-Fraktion vom 27. Juni 2022: Entwicklung des Langenthaler Steuerfusses: Beantwortung und Antrag auf Abschreibung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Somit ist Traktandum Nr. 3 auch bereits erledigt und wir kommen gut vorwärts. Es folgt Traktandum Nr. 4 mit der dringlichen Interpellation der SP/GL-Fraktion zur Entwicklung des Langenthaler Steuerfusses. Hier geht es um ein zwingendes Geschäft und ein Nichteintreten ist nicht möglich.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Seitens Gemeinderat liegt keine Berichterstattung vor, da die Interpellation schriftlich beantwortet wurde. Auch seitens Geschäftsprüfungskommission liegt keine Stellungnahme vor. Nun hat eine Vertretung der Fraktion die Möglichkeit eine kurze Stellungnahme abzugeben.

SP/GL-Fraktion, Saima Sägesser (SP): Besten Dank für die Unterlagen, die uns hier zur Verfügung gestellt wurden und auch für die kurze Stellungnahme des Amtes. Es ist natürlich etwas schwierig aus diesen Informationen 1:1 Schlüsse daraus zu ziehen, da beispielsweise das Bevölkerungswachstum nicht miteinbezogen wurde. Wir kamen aber dennoch zum Schluss, dass, falls man den Steuerfuss nicht senkt, sondern es wie in den Unterlagen vorgeschlagen bei 1,43 belassen hätte, man durchschnittlich jährlich eine Million Franken mehr Steuereinnahmen hätte generieren können. Wir finden dies im Hinblick auf die heutige Budgetdebatte noch eine spannende Information. Wir hoffen nun, dass Ihnen diese Unterlagen in Ihrer Vorbereitung auf das nächste Traktandum so wie uns gute Dienste leisteten. Danke.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci vielmals. So kommen wir bereits zur Abstimmung. Wer mit der Abschreibung dieser dringlichen Interpellation einverstanden ist und das Stadtratssekretariat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, soll dies bitte jetzt mit der Karte anzeigen. Gibt es Nein-Stimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

1. Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):

1. Die dringliche Interpellation der SP/GL-Fraktion vom 27. Juni 2022: Entwicklung des Langenthaler Steuerfusses wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.

2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



5. Finanzplan 2023 – 2027: Kenntnisnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 5 mit der Kenntnisnahme des Finanzplans 2023 bis 2027. Auch hier handelt es sich um ein zwingendes Geschäft und das Eintreten ist unabdingbar, sodass wir direkt in die Beratung einsteigen.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Wie üblich wird der Gemeinderat Roberto Di Nino, Ressortvorsteher Finanz- und Steuerwesen in der Berichterstattung zum Finanzplan gleichzeitig auch gerade zum Budget 2023 reden. Was Sie nun also hören, ist die Vorstellung von Traktandum Nr. 5 wie auch von Traktandum Nr. 6. Dies wird auch so im Protokoll festgehalten. Dabei liegt der Finanzplan dem Stadtrat nur zur Kenntnisnahme vor, sodass darüber nicht abgestimmt wird. Nun übergebe ich sehr gerne das Wort an Roberto Di Nino.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Wie es bereits von der Stadtratspräsidentin ausgeführt wurde, beziehen sich meine folgenden Ausführungen auf die beiden Traktanden Nr. 5 und Nr. 6. Was möchte ich Ihnen hier vermitteln? Ich würde zuerst unsere finanziellen Rahmenbedingungen beleuchten, so wie sie sich der Gemeinderat vorgab. Anschliessend erfolgt die Vorstellung des Budgets, das dann schlussendlich dem Stimmbürger unterbreitet wird. Es ist ja bekannt, dass der Gemeinderat dazu ein Budget mit einer angepassten Steueranlage unterbreitet. Sodann fahre ich fort mit einem mittelfristigen Ausblick zum Finanz- und Investitionsplan über das Budgetjahr 2023 hinaus bis und mit dem Jahr 2027.

staditangenthal

Inhaltliche Zielsetzung

- Finanzielle Rahmenbedingungen
- Budget 2023 mit angepasster Steueranlage
- Finanzplan 2023 – 2027
- Investitionsplan 2023 – 2027
- Variante Budget 2023
- Schlussgedanken

2

Es besteht ja bekanntlich eine überwiesene Motion, die fordert, dass man bezüglich Steueranlage zwei Varianten unterbreitet, wovon eine Variante mit einer unveränderten Steueranlage präsentiert werden soll. Der Gemeinderat unterbreitet Ihnen dies allerdings – nennen wir dies nun einmal so, in Form einer Potentialvariante; das heisst, wir legen einfach die nötigen möglichen Abweichungen gemäss unserem Budget dar. Aus den Unterlagen konnten Sie zur Kenntnis nehmen, dass der Gemeinderat heute die Abschreibung von drei Motionen beantragt. Dabei geht es einerseits um die soeben angesprochene Motion. Im Weiteren geht es aber auch um die Motion betreffend der Ausgabenreduktion im Aufwand für externe Experten sowie um die Motion mit dem Titel «Solide Finanzen – Ausgaben kontrollieren». Anlässlich der GPK-Sitzung von letzter Woche wurde moniert, dass die Begründungen dazu etwas gar knapp ausfielen und ich stellte deshalb in Aussicht, dass ich dazu an dieser Stelle weitere Ausführungen machen werde. Aufgrund des noch offenen Beratungsablauf heute Abend würde ich allerdings darauf verzichten, dies im Moment genauer zu erläutern. Das wird dann folgen, bevor der Abstimmungsantrag von Ihnen beraten wird, sei dies je nachdem heute oder dann allenfalls anlässlich einer 2. Lesung.



Worum geht es nun? Vielleicht verweise ich als Vorbemerkung zuerst auf diese Folie, die Finanzverwalter Thilo Wieczorek vorbereitete, wie er auch die ganze Präsentation für mich aufbereitete. Als ich diese Folie sah, dachte ich zuerst ganz spontan, dass man diesen Titel nicht bringen kann. Dies insbesondere deshalb, weil es doch ziemlich theatralisch daherkommt. Doch ich entschied mich dann dennoch dafür den Titel in der Präsentation zu belassen, weil es eben doch genau das trifft, worum es heute

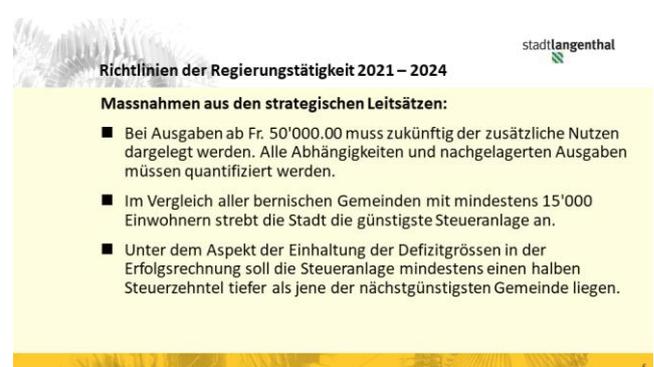
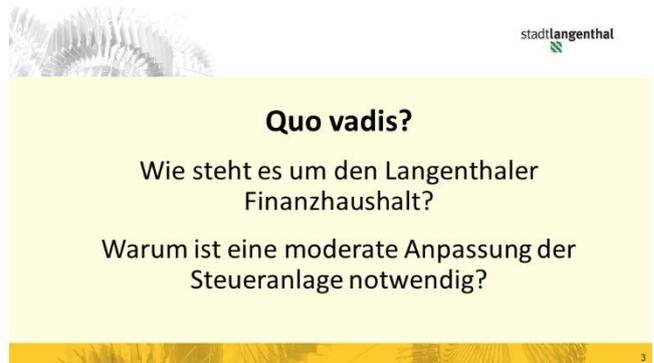
Abend geht. Es geht letztlich darum, dass wir eigentlich vor einer grundsätzlichen Frage stehen und uns an einem Meilenstein befinden, dass wir – nein, das heisst eigentlich nicht «wir», sondern «Sie», dass Sie darüber zu entscheiden haben, wie man mit einem schwieriger gewordenen finanziellen Umfeld weiterfahren möchte? Das ist eigentlich der Punkt, worüber wir heute zu beraten haben. Dabei werde ich Ihnen auch aufzeigen, wie der Langenthaler Finanzplan heute aussieht und weshalb der Gemeinderat klar der Überzeugung ist, dass eine – ich betone es, moderate Anpassung der Steueranlage notwendig ist.

Die hier aufgezeigten Richtlinien der Regierungstätigkeit dienen ja eigentlich als Führungsinstrument des Gemeinderates. Sie sehen hier die strategischen Leitsätze mit den finanziellen Zielsetzungen aufgelistet, so wie sie der Gemeinderat verabschiedete. Ich zitiere kurz: «Die Stadt strebt trotz des hohen Bilanzüberschusses ein abnehmendes Defizit an. Dies mit dem Ziel, die finanzielle Handlungsfähigkeit auch langfristig zu erhalten. Die Stadt steigert die Effizienz und den Wirkungsgrad der von ihr eingesetzten finanziellen Mittel. Die Stadt fördert mit einer innerkantonal sehr attraktiven und ausserkantonal konkurrenzfähigen Steueranlage die eigene Standortattraktivität.»

Ich glaube, es ist klar, dass hier natürlich der erste und der dritte Punkt im Fokus der heutigen Budgetberatung stehen werden. Ich werde Ihnen auch aufzeigen, dass wir mit unserem Antrag unsere Handlungsfähigkeit eben stärken und dass wir nach wie vor eine sehr attraktive Steueranlage führen werden.

Strategien machen aber nur dann Sinn, wenn man effektiv etwas davon ableitet. Das heisst, dass wir anhand dieser Leitsätze auch konkrete Massnahmen formulieren. Die Wichtigsten im Kontext, in dem wir uns heute befinden, sind hier aufgelistet. Eine Massnahme, die wir umsetzen wollen, ist, dass man bei Ausgaben ab jährlich Fr. 50'000.00 zukünftig den zusätzlichen Nutzen darzulegen und alle Abhängigkeiten und nachgelagerten Ausgaben zu quantifizieren hat. Weiter wollen wir im

Vergleich zu allen bernischen Gemeinden mit mindestens 15'000 Einwohnern, was somit alle grösseren Gemeinden umschreibt, weiterhin die günstigste Steueranlage ausweisen. Dabei streben wir an – immer unter dem Aspekt der Einhaltung der Defizitgrössen, die Steueranlage mindestens um ein halbes Zehntel tiefer anzubieten als die nächstgünstigste Gemeinde. Das ist eigentlich die Zielsetzung, von der wir uns leiten lassen. Der erste Punkt bedingt die Implementierung gewisser Controlling-Strukturen, was in der Verwaltung auch vorgesehen und geplant ist. Der Termin sieht dazu die entsprechende Einführung im Jahr





2023 vor. Zu den Massnahmen gemäss Punkt 2 und Punkt 3 kann ich Ihnen natürlich sagen, dass wir später noch konkret sehen werden, inwiefern wir diese Zielsetzungen mit unserem Antrag nach wie vor gut erfüllen.

Wie ich es bereits anhand unserer strategischen Leitsätze erwähnte, wollen wir trotz dem hohen Eigenkapital, das heisst trotz dem hohen Bilanzüberschuss, abnehmende Defizite erreichen. So sehen Sie hier, was der Gemeinderat diesbezüglich konkret umsetzen möchte. Es ist ein Plan, der sich über mehrere Phasen erstreckt und dessen Beschluss am 27. Januar 2021 gefasst wurde und somit an einer der ersten Gemeinderatssitzungen der neuen Legislatur stattfand. Dies zeigt einen vernünftigen und pragmatischen Umgang mit unserem Eigenkapital auf, zumal wir mit einer solchen Planung auch handlungsfähig bleiben. Sie sehen, dass der Gemeinderat beschloss, das Defizit für 2023 mit 4,5 Mio. Franken zu begrenzen und somit um eine halbe Mio. Franken tiefer ansetzte als im Jahr zuvor.

stadtlangenthal

Vorgaben zur Entwicklung der Budgetergebnisse

Vorgaben des Gemeinderats zur Erarbeitung der Budget- und Finanzplanwerte im Allgemeinen Haushalt
(Beschluss vom 27. Januar 2021)

	Jahr	Defizit p.a. (in Mio. Fr.)	Ziele:
Phase I	2022	- 5.0	- Stabilisierung des Finanzhaushalts - Strukturierter Abbau des Bilanzüberschusses
Phase II	2023	- 4.5	
Phase III	2024–2029	- 4.0	
Phase IV	2030–2034	- 2.0	
Phase V	Ab 2035	0.0	

Das zeigt einen vernünftigen und pragmatischen Umgang mit unserem Eigenkapital auf, zumal wir mit einer solchen Planung auch handlungsfähig bleiben. Sie sehen, dass der Gemeinderat beschloss, das Defizit für 2023 mit 4,5 Mio. Franken zu begrenzen und somit um eine halbe Mio. Franken tiefer ansetzte als im Jahr zuvor.

Dies waren die Informationen im Sinne der Einleitung, sodass wir nun zum Budget 2023 mit der angepassten Steueranlage kommen.

Als der Gemeinderat diese 4,5 Mio. Franken für das Jahr 2023 beschloss, kannte er zu diesem Zeitpunkt erst die Planwerte der langfristigen Finanzplanung, die dannzumal für das Jahr 2023 ein Defizit in der Höhe von rund 3,2 Mio. Franken vorsah. So gesehen hätte ich vor einem Jahr hier gesagt, dass wir uns auf ziemlich guten Kurs befinden und dieses Ziel locker erreichen, da diese Zielsetzung eigentlich gut erfüllbar ist, besteht doch zu einem Wert von 4,5 Mio. Franken mit 1 Mio. Franken noch eine gehörige Pufferzone.

stadtlangenthal

Erarbeitung des Budgetergebnisses 2023

- Ausgangslage Finanzplan 2022 – 2026**
→ Planwert 2023: Fr. – 3.286 Mio. (Steueranlage 1.44 Einheiten)
- Erarbeitung des Bedarfsbudgets seitens der Ämter, unter Berücksichtigung von:**
 - Beschlüssen des Stadtrats und der Stimmbevölkerung
 - Neue Erkenntnisse aus Lastenausgleichssystemen
 - Neue Kalkulation der Steuererträge (Basisjahr 2021, Steueranlage 1.44 Einheiten)
 - Lancierte Geschäfte mit finanziellen Auswirkungen
 - Überprüfung der laufenden Ausgaben i.V.m. parlam. Vorstössen

Was dann allerdings passierte, steht im unteren Teil der Auflistung, wozu ich die verschiedenen Aspekte nicht einzeln vorlesen werde. Es geht dabei um die verschiedenen Punkte, die dann aber konkret auf die Erarbeitung dieses Budgets einwirkten. Das heisst, dass die Ämter ihre konkreten Bedarfsbudgets einreichen und dabei etwas herauskam, das der beabsichtigten Grösse widersprach.

Nachdem die Ämter nach bestem Wissen und Gewissen ihre Eingaben vorlegten, aber noch und bevor das Budget Eingang in die politischen Prozesse fand, belief sich das Defizit auf 6,083 Mio. Franken. Damit wussten natürlich alle in der Verwaltung und insbesondere alle Amtsvorstehenden, dass wir damit gegenüber den Vorgaben des Gemeinderates um über 1,5 Mio. Franken abwichen. So lag es demzufolge auf der Hand, dass man entsprechende Spar- und Kostenoptimierungsmassnahmen einleiten musste, um das Budget in diejenige Richtung zu lenken, wie dies der Gemeinderat als Zielsetzung vorgab.

stadtlangenthal

Entwicklung des Budgetergebnisses 2023

Defizit der Erfolgsrechnung 2023 (Allgemeiner Haushalt)	in Mio. Fr.
Ausgangsplanwert 2023 (Finanzplan 2022 – 2026)	- 3.286
Zielvorgabe des Gemeinderats	- 4.500
Budget vor dem Budgetnachmittag der Finanzkommission vom 28. April 2022 (Bedarfsbudget Ämter)	- 6.083
Budget nach dem Budgetnachmittag der Finanzkommission vom 28. April 2022 (Factsheets/Massnahmen)	- 4.381
Ergebnis nach 1. Lesung im GR vom 11. Mai 2022	- 4.760
Ergebnis nach 2. Lesung im GR / Prüfaufträge vom 24. Mai 2022	- 4.855
Budget nach Nachtrag kantonale Lastenausgleiche	- 4'386

Dabei muss ich sagen, dass dies an diesem sogenannten Budgetnachmittag wirklich sehr gut funktionierte,



wonach die Mitglieder der Finanzkommission mit der Verwaltung zusammensassen und man die einzelnen Budgetpositionen durchging und besprach, was man wie reduzieren und worauf man verzichten könnte. An diesen Nachmittag lief ziemlich viel und am Abend lagen wir nach der Berücksichtigung der eingeleiteten Massnahmen bei einem Defizit von rund 4,3 Mio. Franken. Es gab danach noch weitere Entwicklungen, beispielsweise auch, dass man gewisse Positionen neu aufnahm, wozu Ihnen die Angaben in Ihren Unterlagen dienen, deren Entwicklung im sogenannten Totomat eigentlich nachgezeichnet ist. Sie sehen somit, dass wir mit Mühe und Not – und einer Steueranlage von 1,44, unsere Zielsetzung eines Defizits von maximal 4,5 Mio. Franken erreichten.

Hier möchte ich Ihnen einfach einmal das Budget im Gesamthaushalt vorstellen. Das Defizit im Gesamthaushalt beläuft sich auf 5,138 Mio. Franken und ist somit also leicht etwas besser als im Vorjahr. Das, was uns interessiert, ist nun aber der steuerfinanzierte Teil und wie ich es zuvor ansprach, ergibt sich im steuerfinanzierten Teil ein Defizit von rund 4,38 Mio. Franken. Wie Sie hier sehen, stehen wir auch im steuerfinanzierten Teil um rund 1 Mio. Franken besser da als im Vorjahr. Auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole, betone ich, dass der Gemeinderat diese Defizite sukzessive abbauen möchte.

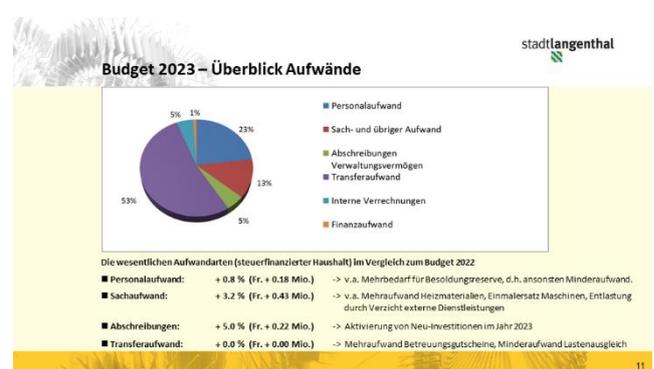
stadtlangenthal

Budget 2023

Ergebnis Erfolgsrechnung Gesamthaushalt (in TFr.)

In TFr.	Rechnung 2021	Budget 2022	Budget 2023
Betrieblicher Aufwand	-98'428	-107'492	-108'497
Betrieblicher Ertrag	91'527	97'551	99'774
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-6'901	-9'941	-8'723
Ergebnis aus Finanzierung	3'714	3'313	2'851
Operatives Ergebnis	-3'187	-6'628	-5'872
Ausserordentliches Ergebnis	734	734	734
Erfolgsrechnung Gesamthaushalt	-2'453	-5'894	-5'138
Erfolgsrechnung steuerfinanzierter Haushalt	-2'761	-5'390	-4'386

Wenn wir uns die Ausgaben etwas genauer anschauen, so kann festgestellt werden, dass der Aufwand relativ leicht, das heisst moderat zunahm. Wir hatten im letzten Jahr 100,9 Mio. Franken im Budget und nun sind es 101,7 Mio. Franken, was einer Differenz von rund Fr. 800'000.00 entspricht. In Anbetracht der aktuellen Umstände ist dies eher eine moderate Zunahme. Aber Sie sehen hier auch in den Details, welche Bereiche Steigerungen beinhalten. Beim Personal haben wir ein Plus von 0,8%, beziehungsweise von Fr. 180'000.00. Da muss einfach hervorgehoben werden, dass ohne Besoldungsreserve das Budget des Jahres 2023 tiefer liegen würde als das Budget 2022. Bei der Besoldungsreserve ist es so, dass sie sowohl die allgemeinen Lohnanpassungen, das heisst den Teuerungsausgleich, wie auch die individuellen Anpassungen umfasst. Wie Sie aus den Detailakten ersehen konnten, beläuft sich die hier eingebaute Besoldungsreserve auf Fr. 650'000.00, was gemessen an der gesamten Besoldung 3 Prozent sind. Im Vorjahr waren es Fr. 300'000.00. Jetzt muss dazu aber auch gesagt werden, dass im Vorjahr die Teuerung bei 0,6 Prozent lag. Wo liegt nun heute die Teuerung? Ohne dass ich eine Prognose bis Ende Jahr wagen möchte, liegt die Teuerung aktuell eben bei über 3 Prozent. Somit kann jeder seine eigenen Schlussfolgerungen daraus ziehen, was das bedeutet. Und trotzdem liegt dieses Budget lediglich um Fr. 180'000.00 höher als im Vorjahr.



Bei den Sachaufwänden verzeichnen wir einen Zuwachs von 3,2 Prozent. Dort waren wir lange in der Hoffnung, dass wir durch gezielte Senkungsmassnahmen eine Abflachung oder sogar eine leichte Senkung erreichen. Es gab dann aber etwas, was uns hier einen Strich durch die Rechnung machte; es sind dies die Entwicklungen im Bereich der Energiekosten. Dies galt es anzupassen und zu justieren, sodass sich hier eine Erhöhung von total 3,2 Prozent ergibt. Die Abschreibungen im Sinne von Finanzfolgekosten fallen relativ moderat aus. Dies hängt einfach auch mit gewissen Verzögerungen in der Fertigstellung zusammen, was zu dieser Budgetposition in dieser Grösse führte. Der Lastenausgleich fällt dabei in etwa gleich aus wie



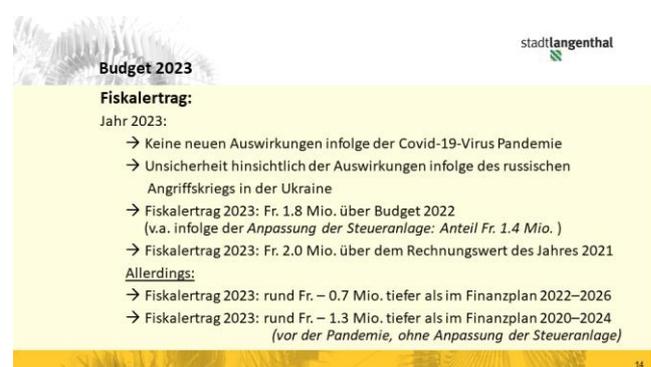
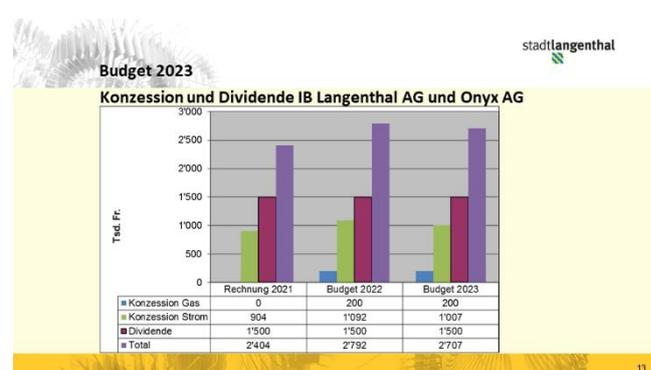
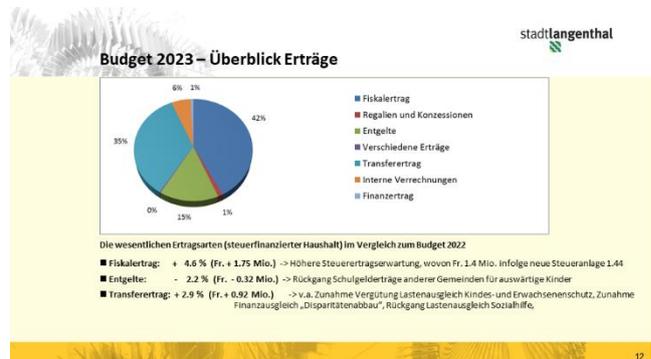
2022.

Wie sieht es nun bei den Erträgen aus? Die grösste Position mit rund 42 Prozent sind unsere Steuereinnahmen. In diesem Wert ist ein Plus von 4,6 Prozent, das heisst von 1,75 Mio. Franken enthalten. Dabei ist natürlich die Anpassung der Steueranlage eingerechnet, die dabei auch den grössten Anteil daran ausmacht. Von dieser Zunahme von 1,75 Mio. Franken gehen 1,4 Mio. Franken auf die Anpassung des Steuersatzes zurück. Die Transfererträge mit einem Anteil von 35 Prozent weisen ein Plus von 2,9 Prozent aus. Hier konnten wir ein bisschen vom Lastenausgleich profitieren, worauf ich später noch detaillierter eingehen werde. Im Bereich der sogenannten «Entgelte» verzeichnen wir ein Minus 2,3 Prozent. Der Hauptgrund liegt in den geringeren Schulgeldbeträgen von anderen Gemeinden, die ihre Kinder nicht mehr nach Langenthal zur Schule schicken.

Hier möchte ich noch ein Wort zu den Einnahmen aus Konzessionen und Dividenden verlieren. Bei den Konzessionen, allerdings muss ich hier in der Einzahl reden, handelt es sich ja um die Netznutzung des Stroms, der durch die IBL in Rechnung gestellt wird. Der Gemeinderat beabsichtigte hier bereits schon für 2022 eine Anpassung der Tarife, was bislang aber noch nicht umgesetzt wurde, liegt der aktuelle Wert ja weiterhin bei 88 Rappen pro kWh. Was ebenso noch nicht umgesetzt wurde, ist die Einführung der Konzessionsabgabe auf Gas, obwohl wir dies eigentlich vor einem Jahr ankündigten. Aus verschiedenen Gründen ist dieses Projekt aber noch nicht so weit und so wie es jetzt in der Budgetierung enthalten ist, gehen wir eigentlich von einer Verzögerung um ein Jahr aus. Bei den Dividenden der IBL planen wir weiterhin mit einem Betrag von 1,5 Mio. Franken, was dem Wert entspricht, der in der Eigentümerstrategie verankert ist.

Ich komme zu den Steuern, technisch als «Fiskalertrag» umschrieben. Wir korrigierten ja im Vorjahr die Wachstumsprognose, was aufgrund der Covid-19-Pandemie nötig wurde. Diese Pandemie ist nun im vorliegenden Budget entsprechend bewältigt. Was nun aber die allgemeinen Erwartungen neu dämpfte, ist dieser brutale und unsinnige Krieg, den die Russen in der Ukraine führen und dann eben gewisse Auswirkungen bis zu den Steuereinnahmen einer Stadt wie Langenthal hat. Das waren dann auch die Haupttreiber, die zu dieser Budgetprognose führte. Wenn man dies alles

entsprechend berücksichtigt, ergibt sich hier eben das Plus von 1,8 Mio. Franken gegenüber dem Budget von 2022. Wie erwähnt mit 1,4 Mio. Franken geht dabei der grösste Effekt auf die Anpassung der Steueranlage zurück. Der Restbetrag von rund Fr. 400'000.00 ist eigentlich das prognostizierte Wachstum, das darin enthalten ist. Aber Sie sehen, dass wir trotzdem um rund Fr. 700'000.00 tiefer liegen als gemäss





dem letztjährigen Finanzplan. Das zeigt eben auch, dass die aktuell globale Entwicklung einen unguten Einfluss auf unser Steueraufkommen ausübt. Gegenüber dem Finanzplan 2020-2024, der noch vor der Pandemie erstellt wurde, liegen wir sogar mit 1,3 Mio. Franken zurück. Dies zeigt nochmals wie schwierig die Situation ist. Ich möchte nicht gleich sagen, dass die Einnahmen erodieren, aber sie stagnieren einfach und deshalb müssen wir entsprechend handeln.

Die Transparenz ist dem Gemeinderat wichtig, sodass wir dem Stadtrat wie auch jedem einzelnen Bürger reinen Wein einschenken wollen, was die beabsichtigte Steuererhöhung für ihn konkret bedeutet. Sie sehen hier diese Tabelle, welchen Einfluss die Anpassung auf die Einkommenssteuer je nachdem hat. Es ist dabei auch angedacht, dass diese Tabelle so auch in der Abstimmungsbotschaft platziert wird. So kann jeder Bürger ersehen, was die Anpassung der Steueranlage für ihn bedeutet. So führt dies beispielsweise bei einem steuerbaren Einkommen von Fr. 100'000.00 zu einer Zusatzbelastung von Fr. 231.00. Ich hätte schon beinahe gesagt, dass dies etwa den Kosten eines guten Nachtessens entspricht. Verglichen mit anderen Herausforderungen, mit denen die Privathaushalte aktuell konfrontiert sind, untertreibe ich nicht, wenn ich dies als marginal bezeichne.

Budget 2023 stadtlangenthal

Was sind die konkreten Auswirkungen auf die natürlichen Personen?

Aufstellung Zunahme Steuerbelastung bei der Gemeindesteuer mit der Steueranlage 1.44

Steuerbares Einkommen (ohne Vermögen)	einfache Steuer			Zunahme			einfache Steuer			Zunahme		
	1.38	1.44		1.38	1.44		1.38	1.44		1.38	1.44	
20'000	527.70	728.23	759.89	31.66			671.35	926.46	966.74	40.28		
30'000	892.70	1'231.93	1'285.49	53.56			1'086.35	1'499.16	1'564.34	65.18		
40'000	1'271.20	1'754.26	1'830.53	76.27			1'528.35	2'109.12	2'200.82	91.70		
50'000	1'651.20	2'278.66	2'377.73	99.07			1'973.35	2'723.22	2'841.62	118.40		
75'000	2'692.70	3'715.93	3'877.49	161.56			3'186.50	4'397.37	4'588.56	191.19		
100'000	3'864.50	5'333.01	5'564.88	231.87			4'542.10	6'268.10	6'540.62	272.53		
150'000	6'517.15	8'993.67	9'384.70	391.03			7'429.25	10'252.37	10'698.12	445.75		
200'000	9'406.90	12'981.52	13'545.94	564.41			10'454.80	14'427.62	15'054.91	627.29		

In der Botschaft sollen auch die Auswirkungen auf das steuerbare Vermögen aufgeführt werden. Wie hier dargestellt, führt dies bei einem steuerbaren Vermögen von Fr. 100'000.00 zu Mehrkosten von rund Fr. 2.00, bei einem Vermögen von 3 Mio. Franken sind es dann rund Fr. 200.00. Ich möchte mich hier nicht wiederholen, aber meine bereits zuvor beim Einkommen gemachte Einschätzung kann man hier sicherlich auch treffen.

Budget 2023 stadtlangenthal

Was sind die konkreten Auswirkungen auf die natürlichen Personen?

Aufstellung Zunahme Steuerbelastung bei der Gemeindesteuer mit der Steueranlage 1.44

Steuerbares Vermögen (ohne Einkommen)	einfache Steuer		Zunahme	
	1.38	1.44	1.38	1.44
100'000	33.50	46.23	48.24	2.01
250'000	142.50	196.65	205.20	8.55
500'000	357.50	493.35	514.80	21.45
1'000'000	900.50	1'242.69	1'296.72	54.03
2'000'000	2'168.50	2'992.53	3'122.64	130.11
3'000'000	3'468.50	4'786.53	4'994.64	208.11
10'000'000	12'499.50	17'249.31	17'999.28	749.97

Ich sagte es bereits einleitend, dass die Zielsetzung in unseren Regierungsrichtlinien so formuliert ist, dass wir die steuergünstigste Stadt mit mindestens 15'000 Einwohnern bleiben möchten. Ebenso möchten wir auch ein halbes Steuerzehntel Differenz zur Nummer 2 aufweisen. Wie diese Übersicht zeigt, erreichen wir dieses Ziel auch. Letztes Jahr war Köniz die zweitgünstigste Gemeinde; dannzumal wies Köniz eine Steueranlage von 1,49 aus. Nach einer Leidensgeschichte, wie man es auch der Presse entnehmen konnte, liegt Köniz nun nach dem dritten Anlauf zur Bestätigung des Budgets bei einer Steueranlage von 1.58. Somit fiel Köniz auch hinter die Stadt Bern zurück, sodass Bern mit 1.54 die zweitgünstigste Stadt im Kanton Bern ist. Das heisst, auch mit einer Steuererhöhung werden wir immer noch ein ganzes Steuerzehntel günstiger sein als die zweitgünstigste Stadt. Lohnenswert ist dabei sicherlich auch ein Blick auf die hinterste Spalte, bei der es um die Liegenschaftssteuer geht. Auch hier sind wir mit einem Satz von 1 % des amtlichen Werts attraktiv, sodass Langenthal zusammen mit Burgdorf und Biel am

Budget 2023 stadtlangenthal

Vergleich der Steueranlagen der grösseren Gemeinden im Kanton Bern:

Gemeinde	Einwohnerzahl (2021)	Steueranlage natürliche/ Juristische Person (2022)	Steueranlage Liegenschaften (2022)
Langenthal	15'972	Aktuell: 1.38 / 1.38 (Budget 2023: 1.44 / 1.44)	1.00
Bern	143'150	1.54 / 1.54	1.50
Köniz	42'816	NEU: 1.58 / 1.58 (bisher: 1.49 / 1.49)	1.20
Steffisburg	16'165	1.62 / 1.62	1.20
Biel	56'500	1.63 / 1.63	1.00
Burgdorf	16'578	1.63 / 1.63	1.00
Ostermundigen	18'044	1.69 / 1.69	1.50
Thun	44'217	1.72 / 1.72	1.20

dem Budget 2023. Das zeigt eben auch, dass die aktuell globale Entwicklung einen unguten Einfluss auf unser Steueraufkommen ausübt. Gegenüber dem Finanzplan 2020-2024, der noch vor der Pandemie erstellt wurde, liegen wir sogar mit 1,3 Mio. Franken zurück. Dies zeigt nochmals wie schwierig die Situation ist. Ich möchte nicht gleich sagen, dass die Einnahmen erodieren, aber sie stagnieren einfach und deshalb müssen wir entsprechend handeln.



günstigsten ist und die anderen Städte höhere Liegenschaftssteuern erheben.

Entsprechend erlaube ich mir einmal ein Zwischenfazit zu ziehen, wonach wir immer noch auf Folgendes aufmerksam machen können: Im Kanton Bern gibt es 364 Gemeinden. Mit einer Steueranlage von 1,38 liegen wir dabei auf dem 20. Platz aller Gemeinden. Mit der geplanten Steuererhöhung verlieren wir lediglich sieben Plätze und landen damit auf Platz 27 von 364 Gemeinden. Ich glaube bezüglich des Angebots, das die Stadt Langenthal unbestrittenermassen bietet, ist dies immer noch sehr attraktiv. Deshalb komme ich auf dem Hintergrund all dieser Ausführungen zum Schluss, dass diese Anpassung vertretbar und wirtschaftlich verantwortbar ist.

Vergleich der Steueranlagen der grösseren Gemeinden im Kanton Bern:

Zwischenfazit:

- Im Vergleich mit den anderen Städten ist die Steueranlage von 1.44 Einheiten weiterhin die tiefste im Referenzumfeld.
- Im gesamten innerkantonalen Vergleich liegt Langenthal mit der aktuellen Steueranlage von 1.38 Einheiten (für natürliche Personen) im Jahr 2022 auf Platz 20 der günstigsten Gemeinden.
- Eine Erhöhung der Steueranlage auf 1.44 Einheiten würde Langenthal in diesem Umfeld (Jahr 2022) nur auf Platz 27 von 364 Gemeinden verschieben. (Annahme: Alle anderen Gemeinden passen ihre Steueranlage nicht an.)
- Die Mehrbelastung für die natürlichen Personen ist vertret- und tragbar.

Ich mache nun noch ein paar Ausführungen zum Finanzplan und wechsele damit gewissermassen das Traktandum. Sie sehen hier zuerst einmal die Übersicht zum Finanzplan 2023 bis 2027. Die wichtigsten Informationen auf dieser Tabelle erkennen Sie an den grauen Spalten in der Mitte. Es zeigt die erwarteten Defizite der nächsten fünf Jahre und wie sich dies auf das Eigenkapital auswirkt. Nach dem aktuellen Kenntnisstand belegen diese Zahlen, dass wir unsere finanzpolitischen Zielsetzungen für die Jahre 2023 und 2024 entsprechend einhalten können. In der Zeit danach steigen die Defizite dann wieder an.

Finanzplan 2023 – 2027

Ergebnisse – Übersicht (Gesamthaushalt und Steuerhaushalt)

Beträge in Tfr.	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Plan
Steueranlage	1.38	1.38	1.44	1.44	1.44	1.44	1.44
Aufwand ¹	104'390	108'139	109'341	109'785	110'821	111'935	113'493
Ertrag ²	101'948	102'245	104'203	105'046	105'661	105'452	106'158
Defizit der Erfolgsrechnung³	-2'761	-5'390	-4'386	-4'160	-4'509	-5'773	-6'615
Bilanzüberschuss	76'374	70'984	66'598	62'438	57'929	52'156	45'541
Neubewertungs- Schwankungseres	8'194	7'460	6'726	5'991	5'257	5'257	5'257
Reserven Spezial- finanzierungen ⁴	16'561	16'074	15'335	14'769	14'130	13'432	12'726

¹ Aufwand / Ertrag aus betrieblicher Tätigkeit und Finanzierungstätigkeit, sowie ausserordentliches Ergebnis des Gesamthaushalts
² Steuerfinanzierter Allgemeiner Haushalt
³ Spezialfinanzierungen des Eigenkapitals (v.a. Abwasser (ohne Vorfinanzierung), Kehricht, Feuerwehr)

Natürlich reflektieren diese Zahlen auch das aktuell nicht so gute Umfeld, da wir die uns zur Verfügung gestellten Wirtschaftsprognosen jeweils einfach entsprechend extrapolieren. Wir müssen einfach diese Entwicklung im Auge behalten und zum gegebenen Zeitpunkt auch die nötigen Schlüsse daraus ziehen. Aber auch aus der Sicht dieser mittelfristigen Perspektive ist die Anpassung der Steueranlage richtig. Bei dieser Sachlage auf eine Erhöhung zu verzichten, ist aus Sicht des Gemeinderates nicht verantwortbar.

Hier zeige ich Ihnen eine Grafik, die illustrativ zeigt, woher das Ungleichgewicht zwischen Aufwand und Ertrag kommt. Die hier eingesetzten Farben haben alle natürlich eine bestimmte Bedeutung; grün ist positiv, weiss ist neutral, gelb ist leicht negativ und rot zeigt natürlich die negative Tendenz auf. Negativ heisst in diesem Zusammenhang, dass wir ein Kostenwachstum von über 3 Prozent haben. Sie sehen dabei auf den ersten Blick, dass es viel weniger grüne als gelbe oder rote Kästchen gibt; beziehungsweise, wenn wir oben die Anpassung der Steueranlage nicht berücksichtigen würden, so würde in dieser Tabelle überhaupt nichts grün eingefärbt sein. Und das ist eigentlich genau der Hintergrund, warum wir über diese strukturelle Lücke verfügen, was wir hier deutlich sehen. Der bevorstehende Defizitanstieg ist primär durch die Investitionsfolgekosten bedingt. Sowohl die Abschreibungen, wie auch die Zinsen steigen überproportional. Die Personalkosten hingegen bleiben bis 2027 stabil. Gleiches gilt für den Lastenausgleich, wobei ich sagen muss, dass wir den Lastenausgleich nur zur Kenntnis nehmen können, da wir diesen nicht beeinflussen können und es damit auch den limitierten Spielraum aufzeigt, der

Finanzplan 2023 – 2027

Woher stammt das Ungleichgewicht im steuerfinanzierten Haushalt?

Wichtige Ertragspositionen	Wichtige Aufwandspositionen				
	B 2023	FP 2024	FP 2025	FP 2026	FP 2027
TFR.	↑	→	→	→	→
Fiskalertrag	↑	→	→	→	→
Finanzergebnis	↓	↓	↓	↓	↓
Personalaufwand	→	→	→	→	→
Abschreibungen	↑	↑	↑	↑	↑
Finanz-/Lastenausgleiche	↓	↓	→	→	→
Operatives Ergebnis (Defizit)	↑	↓	↓	↓	↓
Positiv (+/- > 3%)					
Leicht positiv (+/- 1 bis 3%)					
Leicht negativ (+/- 1 bis 3%)					
Negativ (+/- > 3%)					
Stabil (+/- 0 bis 1%)					



uns zur Verfügung steht.

Noch ein Wort zu den Steuern. Hier ist im Überblick dargestellt, wie sich unsere Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen sowie die Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen und die übrigen Steuern mutmasslich entwickeln.

stadtlangenthal

Finanzplan 2023 – 2027

Fiskalertrag

Beträge in TFr.*	Rg 2021	Budget 2022	Budget 2023	Fipla 2024	Fipla 2025	Fipla 2026	Fipla 2027
Direkte Steuern natürliche Personen	27'123	28'616	29'979	30'389	30'879	31'301	31'750
Direkte Steuern juristische Personen	5'413	4'375	4'773	4'821	4'878	4'931	4'985
übrige Steuern**	5'365	5'152	5'140	5'132	5'131	5'132	5'133
Total Fiskalertrag (Steuern)	37'901	38'143	39'892	40'342	40'888	41'364	41'868
		→	↑	↗	↗	↗	↗
Steueranlage	1.38	1.38	1.44	1.44	1.44	1.44	1.44

*Beträge aus der Artengliederung entnommen
**enthält Hundesteuern, jedoch ohne Abschreibungen auf Steuerforderungen und ohne Verzugs-/Vergütungszinsen auf Steuern

22

Wir stellen fest, dass das Niveau tiefer ist als vor der Pandemie, aber wir rechnen mit einer Rückkehr zu Wachstum, wenn auch auf einem tieferen Niveau. Die höheren Erträge, die wir für 2023 vorsehen, stehen fast ausschliesslich im Zusammenhang mit der Anpassung der Steueranlage und die Steigerungen in den Folgejahren antizipieren eigentlich eine gewisse wirtschaftliche Erholung. Damit zeigt sich auch in der längerfristigen Perspektive, dass diese Anpassung nötig ist und wir damit unseren Finanzhaushalt stabilisieren können. Anders ausgedrückt, ohne eigentlich ein solches Korrektiv vorzunehmen, sind unsere Steuereinnahmen zu schwach, um den Aufwand und die Herausforderungen der nächsten Jahre bewältigen zu können.

stadtlangenthal

Finanzplan 2023 – 2027

Fiskalertrag:

Erwartung ab dem Jahr 2023

- Anpassung der Steueranlage auf 1.44 Einheiten trägt zur Stabilisierung der Fiskalerträge und gesamthaft zur Stabilisierung des Finanzhaushalts bei.
- Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung nach der Pandemie und Überwindung der Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine,
 - Ab dem Jahr 2023 Rückkehr auf den ordentlichen Wachstumspfad
- Dennoch weiterhin tieferes Ertragsniveau als vor der Pandemie.

FAZIT: Ohne die beantragte Anpassung der Steueranlage von 1.38 auf 1.44 Einheiten im Jahr 2023 wird die Ertragslage zu schwach sein, um die wachsende Aufwandsseite auffangen zu können.

23

Ich komme zum Finanz- und Lastenausgleich. In diesem Bereich verzeichneten wir in den vergangenen Jahren jeweils einen markanten Zuwachs. Hier sehen wir nun, dass dies zukünftig nicht der Fall sein sollte und es sich einigermassen stabilisiert. Der Hauptgrund ist eigentlich darin begründet, dass wir etwas besser vom kantonalen Finanzausgleich profitieren können. Dabei geht es vor allem um die Zentrumslasten, die nun eben im Vergleich zu den letzten Jahren besser abgegolten werden, weshalb hier die Nettosumme recht stabil bleibt.

stadtlangenthal

Finanzplan 2023 – 2027

Finanz- und Lastenausgleich – jährliche Belastungen

Beträge in TFr.	Rg 2021	Budget 2022	Budget 2023	Fipla 2024	Fipla 2025	Fipla 2026	Fipla 2027
Öffentlicher Verkehr	1'945	2'293	2'219	2'282	2'300	2'395	2'370
Aufgabenteilung Gde/Kt.	2'856	2'903	2'880	2'873	2'867	2'875	2'892
Finanzausgleich (Departementbau)	-2'386	-2'773	-3'120	-3'210	-3'440	-3'610	-3'800
Familienzulage	88	94	78	79	79	79	79
EL (AHV/IV)	3'672	3'880	3'772	3'815	3'875	3'950	4'010
Interventionskosten	78	79	79	79	79	80	80
Lastenausgleich Soz Hilfe	8'017	9'053	8'764	9'059	9'088	9'006	9'035
Soz demograf. Zuschuss	-358	-360	-360	-360	-360	-360	-360
Lehrerbeförderungen	5'619	5'625	6'017	6'106	6'197	6'197	6'197
Total	19'531	20'774	20'329	20'723	20'685	20'612	20'503
			↓	↗	→	→	→

24

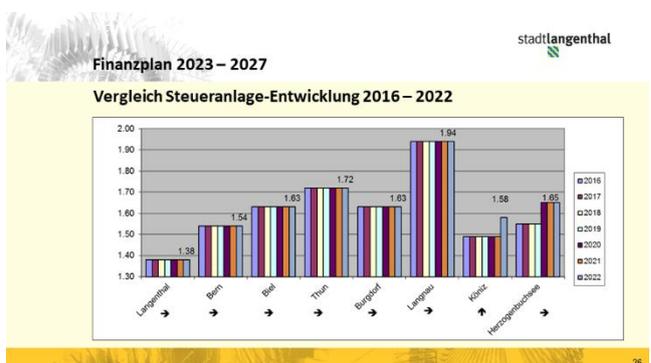
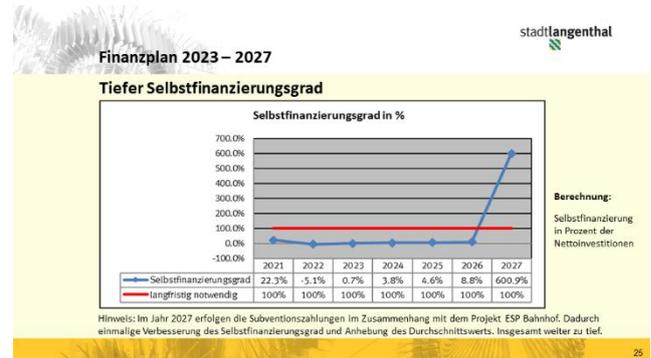


Hier komme ich zu einer etwas speziellen Folie mit der Darstellung des Selbstfinanzierungsgrads, was eigentlich die wichtigste Kennzahl ist. Es gibt eine Theorie, die besagt, dass der Selbstfinanzierungsgrad bei 100 Prozent liegen sollte. Wenn dies der Fall wäre, würde dies bedeuten, dass man die Mittel zur Deckung der getätigten Investitionen selber erwirtschaftet. Dies würde hier der blauen Linie entsprechen. Sie sehen hier, dass diese Linie deutlich weit unter 100 Prozent verläuft und bei maximal 8,8

Prozent liegt. Man muss sich dies nun so vorstellen, dass die Lücke zwischen der roten und blauen Linie unserer Finanzierungslücke entspricht, was hier relativ harmlos aussieht. Aber für diese fünf Jahre sind dies rund 100 Mio. Franken. Entweder verkaufen wir zur Deckung dieser Differenz Teile des Vermögens oder wir nehmen Schulden auf; eine andere Variante gibt es hier nicht. Einen etwas seltsamen Ausreisser ergibt sich für das Jahr 2027. Dies hängt damit zusammen, dass im Jahr 2027 die Rückerstattung aus der Mitfinanzierung von Bund und Kanton für den ESP Bahnhof¹ eingeplant ist, was entsprechend zu diesem Ausreisser führt, was aber nichts ist, das uns nachhaltig nützt.

Wie ist nun diese Entwicklung zu beurteilen? Dank unserem immer noch hohen Eigenkapital ist es eben finanzpolitisch noch vertretbar, das heisst, auch mit diesem Plan haben wir noch ein gutes und vernünftiges Verhältnis zwischen Schulden und Eigenkapital. Auch wenn wir mit einem verschlechterten Zinsumfeld rechnen müssen, können wir mit dieser Situation gut umgehen. Aber dennoch müssen wir etwas zur Stabilisierung des Finanzhaushalts machen.

Etwas, was ich natürlich besonders gerne zeige, ist diese Folie hier. Das ist so etwa der Benchmark, wie man im Vergleich zu anderen Gemeinden im Kanton Bern dasteht. Und wir sehen, dass wir natürlich gut dastehen, ist es doch nach wie vor der tiefste Wert im Vergleich mit den anderen Städten. Wenn man den Trend der Jahre 2016 bis 2022 anschaut, so lässt sich feststellen, dass es im besten Fall gleichbleibend war. Es gibt aber auch Erhöhungen, beispielsweise in Herzogenbuchsee oder zuletzt in Köniz. Dort fielen natürlich trotz dem höheren Niveau die Anpassungen grösser aus als bei uns. Wir sind tief im innerkantonalen Vergleich, was auch gut ist und wir unbedingt beibehalten wollen. Wir müssen das auch, was ich auch in anderen Jahren bereits sagte, ist das Problem auch für den Gemeinderat klar erkannt, dass unsere Konkurrenz nicht aus Langnau, Biel oder Thun besteht. Vielmehr müssen wir schauen, dass wir den Anschluss an Städte wie Zofingen oder Sursee nicht verlieren.



¹ ESP Bahnhof = Entwicklungsschwerpunkt Bahnhof.



Bei den Investitionen setzt der Gemeinderat in der ersten Priorität auf den Werterhalt und sekundär fördert er Investitionen mit Zukunftspotenzial. Im Investitionsplan für 2023 sind rund 28 Mio. Franken Investitionen vorgesehen, wovon rund 25 Mio. Franken aus dem steuerfinanzierten Haushalt bestritten werden sollen. Das ist eigentlich eine stattliche Summe und Sie sehen bei Betrachtung der weiteren Entwicklung, dass die hohen Investitionen noch drei weitere Jahre andauern und in den Jahren 2023, 2024 und 2025 auf diesem hohen Niveau verharrt.

Die wenig überraschende Hauptursache liegt natürlich in der Phase der Realisierung des ESP Bahnhofs, wenn gleichwohl auch andere Projekte vorangetrieben werden. Im 2027 werden dann die Finanzierungsvereinbarungen mit Bund und Kanton dazu führen, dass wir mehr Geld zurückbekommen, als wir in diesem Jahr selber investieren, was hier den Verlauf dieser Grafik entsprechend erklärt.

Nun fasse ich einmal die wichtigsten Fakten kurz zusammen. Ich weiss, dass wir ein Budget mit einem Defizit von 4,39 Mio. Franken im steuerfinanzierten Haushalt präsentieren, womit wir immer noch etwas schlechter dastehen als gemäss dem letztjährigen Finanzplan. Wir sehen für das Jahr 2023 Investitionen in der Höhe von netto rund 28 Mio. Franken vor, das heisst brutto 29,3 Mio. Franken. Wir sind der Auffassung, dass diese Werte eine Anpassung der Steueranlage von wie bereits erwähnt 1,38 auf 1,44 bedingen, was in diesem Budget auch so eingebaut ist. Nichts passiert hingegen bei der Liegenschaftssteuer, die unverändert bei einem Satz von 1 ‰ des amtlichen Werts bleibt.

Zum Finanz- und Investitionsplan ist zu sagen, dass sich die kumulierten Defizite für die nächsten fünf Jahre auf 25,4 Mio. Franken belaufen. Bei dieser Sachlage kämen wir Ende 2027 auf einen Bilanzüberschuss von 45,4 Mio. Franken. Ich bin mir bewusst, dass bei diesem Wert, Stand heute, die Vorgaben des Gemeinderates nicht bis nach hinten hinaus erreicht werden. Zu erwähnen ist zudem eine starke Investitionsphase für die Jahre 2023 bis 2027 mit vorgesehenen Investitionen von insgesamt 98 Mio. Franken, wobei der ESP Bahnhof natürlich den Hauptthrust ausmacht. Ich denke, dass die restlichen Angaben selbsterklärend sind, zumal ich bereits darauf einging.

stadtlängenthal

Investitionsplan 2023 - 2027

- **Prioritär: Investitionen zur Werterhaltung der Infrastruktur**
- **Sekundär: Investitionen mit Zukunftspotenzial**

Investitionsplanwerte	2023		2022 akt. (aktualisiert)		2022 (RiPs 2022-2026)	
	in Fr.	%	in Fr.	%	in Fr.	%
Investitionsrechnung						
Ausgaben Bruttoinvestitionen	29'287	100.0%	13'900	100.0%	17'512	100.0%
Einnahmen Subventionen, Beiträge	1'210	4.1%	440	3.2%	1'260	7.2%
Nettoinvestitionen	28'077	95.9%	13'360	96.8%	16'252	92.8%
Davon steuerfinanzierte Nettoinvestitionen	24'967	85.2%	11'950	83.7%	13'437	76.7%

Nettoinvestitionen = bewertete Ausgaben
 2023 = Investitionen gemäss Budget 2023 bzw. Investitionsplanung 2023 – 2027
 2022 akt. = Revidierter Investitionsplan 2021 gem. Investitionsplanung 2023 – 2027
 2022 = Investitionen gemäss Budget 2022 bzw. Investitionsplanung 2022 – 2026

27

stadtlängenthal

Investitionsplan 2023 – 2027

Nettoinvestitionen = bewertete Ausgaben
 * = revidierter Investitionsplan 2022 gem. Investitionsplanung 2023 – 2027
 ** = Investitionen gemäss Budget 2023 resp. Investitionsplanung 2023 – 2027

28

stadtlängenthal

Erste Schlussbemerkungen mit Zahlen

Budget 2023:

- Defizit Gesamthaushalt: Fr. 5.14 Mio.
- Defizit Steuerhaushalt : Fr. 4.39 Mio.
- Investitionen 2023 brutto: Fr. 29.3 Mio.; netto Fr. 28.1 Mio.
- Steueranlage (verändert) 1.44
- Liegenschaftssteuer (unverändert) 1.00 ‰

Finanz- und Investitionsplan 2023 – 2027:

- Kumulierte Defizite 2023 bis 2027: Fr. 25.44 Mio.
- Bilanzüberschuss per 31.12.2027: Fr. 45.54 Mio.
- Investitionen 2023 bis 2027: ca. Fr. 98.75 Mio. (netto, bewertet) (ca. Fr. 78.4 Mio. steuerfinanziert; netto bewertet)
- Selbstfinanzierung bleibt auf tiefem Niveau:
 -> Verschuldung nimmt per Ende 2027 auf Fr. 163.0 Mio. zu.
 -> Wertschriftenanlagen nehmen per Ende 2027 auf Fr. 11.0 Mio. ab.

29



Das ist nun wie gesagt der Antrag des Gemeinderates. Aber es gibt ja auch den Auftrag dieses Parlaments eine Budgetvariante vorzulegen, die auf einer unveränderten Steueranlage von 1,38 basiert. Und genau zu diesem Punkt komme ich nun. Wenn wir nun die Steueranlage nicht anpassen würden, würde dies zu einem jährlichen Fehlbetrag von rund 1,4 Mio. Franken führen. Wieviel dies im Detail in jedem Jahr ausmacht, ist auf dieser Übersicht zusammengestellt, sodass der gerundete Durchschnitt wie gesagt bei 1,4 Mio. Franken zu liegen kommt. Mit Blick auf das Jahr 2023 müssten wir anstatt eines Defizits von 4,386 Mio. Franken einen Verlust von 5,784 Mio. Franken verkraften. Im unteren Teil der Tabelle sieht man auch, wie sich dies auf das Eigenkapital auswirken würde und wir per Ende 2027 noch über einen Bilanzüberschuss von rund 38 Mio. Franken, anstatt von 45 Mio. Franken verfügen würden.

Dies zeigt einfach, dass unser Eigenkapital schneller verbraucht wäre und unsere Verschuldung stärker ansteigen würde. In Franken beziffert, hätten wir in fünf Jahren einfach rund 7,5 Mio. Franken mehr Schulden, als unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Steueranpassung. Wir hätten in Franken ausgedrückt statt 163 Mio. Franken neu 170,5 Mio. Franken Schulden. Jetzt könnte man sagen, dass es bei dieser Differenz von 163 zu 170,5 Mio. Franken eigentlich nicht darauf ankommt. Dazu ist aber ganz klar zu sagen, dass diese Betrachtungsweise aus Sicht des Gemeinderates falsch ist, da dies unsere Finanzplanung entsprechend unterläuft.

Das ist letztlich auch der Grund, warum wir die Anpassung der Steueranlage beantragen. Mit der Steueranlage von 1,38 wäre die Finanzstrategie, die wirklich auf sorgfältigen Überlegungen basiert und auf einen kontrollierten und gebremsten Abbau des Bilanzüberschusses abzielt, einfach nicht umsetzbar. Nun stellt sich die Frage, was ansonsten noch zu unternehmen ist? Ich lese nun ja auch Zeitung und man konnte der Presse entnehmen, dass aus dem Stadtrat die Erwartung formuliert wurde, dass der Gemeinderat zeigen soll, wo man sparen kann. Hierzu fällt meine Antwort relativ simpel aus: Ich kann Ihnen dies nicht aufzeigen, was einen einfachen Grund hat. Dort, wo man ein Sparpotenzial erkannte, wurde es bereits so gemacht. Was man natürlich machen kann, ist zu verzichten. Dies ist aber eine politische Frage und der Gemeinderat präsentierte heute zuhänden des Stadtrates ja bereits eine Liste in den Unterlagen, was im Sinne einer Beratungshilfe zu verstehen ist. Die Meinung des Gemeinderates ist ja nicht, dass er die aufgeführten Verzichtpositionen befürwortet, vielmehr soll es einzig und allein die Funktion erfüllen, dass der Stadtrat weiss, was er hier bereden, verhandeln und beraten kann. Wer schon länger Mitglied des Stadtrates ist, wird sich daran erinnern, dass der Gemeinderat bereits im Jahr 2015 sämtliche Aufgaben und Ausgaben einer Analyse unterzog und einen sogenannten

stadtlangenthal

Variante Budget: Beibehaltung der Steueranlage (I)

Was, wenn der Stadtrat sich für die Beibehaltung der Steueranlage von 1.38 Einheiten entscheiden würde?

■ Minderertrag bei den Fiskalerträgen von rund Fr. 1.4 Mio. im Jahr 2023, und wachsend in den Folgejahren.

Beträge in Tfr	2021		2022		2023		2024		2025		2026		2027	
	Rechnung	Budget	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
Defizit der Erfolgsrechnung Allg. HH mit Steueranlage 1.44 ab dem Jahr 2023	-2'761	-5'390	-4'386	-4'180	-4'508	-5'773	-6'615							
Defizit der Erfolgsrechnung Allg. HH mit Beibehaltung Steueranlage 1.38	-2'761	-5'390	-5'784	-5'578	-5'950	-7'233	-8'096							
Differenz	0	0	1'398	1'418	1'441	1'460	1'481							
Entwicklung Bilanzüberschuss mit Steueranlage 1.44 ab dem Jahr 2023	76'374	70'984	66'598	62'438	57'929	52'156	45'541							
Entwicklung Bilanzüberschuss mit Steueranlage 1.38 ab dem Jahr 2023	76'374	70'984	66'201	59'622	53'673	46'440	38'343							

stadtlangenthal

Variante Budget: Beibehaltung der Steueranlage (II)

Was, wenn der Stadtrat sich für die Beibehaltung der Steueranlage von 1.38 Einheiten entscheiden würde?

Entwicklung des Bilanzüberschusses ab 2022 Steueranlage 1.38 vs. 1.44

Im Jahr 2027:

- Restüberschuss um Fr. 7.2 Mio. tiefer.
- Anstatt Fr. 45.54 Mio. bei nur Fr. 38.34 Mio.
- Ergänzend: Fremdkapital um rund Fr. 7.5 Mio. höher.
- Anstatt Fr. 163.0 Mio. bei neu Fr. 170.5 Mio.

stadtlangenthal

Variante Budget: Beibehaltung der Steueranlage (III)

Fazit:

Mit einer Steueranlage von 1.38 Einheiten ist die Finanzstrategie des Gemeinderats (Abbau der jährlichen Defizite, kontrollierter und gebremster Abbau des Bilanzüberschuss, u.a.) nicht umsetzbar.

Welche Ergebnisverbesserungsmöglichkeiten bestehen noch?

- Ergebnisverbesserungen anhand der Vorschlagsliste des Gemeinderats für mögliche Verzichtsmassnahmen (Liste mit freiwilligen Leistungen der Stadt).
→ Bestandteil der Stadtratsakten
- Weitere Ergebnisverbesserungen anhand der Anpassung einzelner Budgetpositionen.



AEA-Bericht¹ erstellt. Der Gemeinderat orientierte sich zur Beratung der zur Diskussion gestellten Begrenzung freiwilliger Aufgaben einerseits an diesem Bericht und andererseits an den Beschlüssen, die der Stadtrat seither fasste, sodass diese Liste diejenigen Massnahmen enthält, die im Gemeinderat eine Mehrheit fand. Diese Liste umfasst nicht mehr, aber auch nicht weniger. Zudem ist der Stadtrat natürlich auch frei Budgetanpassungen vorzunehmen, so wie dies auch in anderen Jahren der Fall war. Da weicht das diesjährige Verfahren nicht vom Vorgehen wie sonst ab.

Ich komme nun zu meinen Schlussgedanken. Die erste Erkenntnis ist, dass das von uns praktizierte Arbeiten mit maximal definierten Defizitgrössen für den Gemeinderat ein sinnvolles Instrument darstellt. Es sorgt einerseits dafür, unseren finanziellen Handlungsspielraum sicherzustellen und andererseits schafft es Gewähr für eine hohe Budgetdisziplin.

Zusammengefasst ist der Gemeinderat der Auffassung, dass die Anpassung der Steueranlage auf 1,44 notwendig ist, zumal die Steuereinnahmen im Nachgang zur Pandemie hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückbleiben und dabei der Aufwand gleichzeitig stark ansteigt. Zudem bewirkt das Ansteigen der Inflation eine Verteuerung der Öl-, Gas- und Strompreise, was sich folglich auch auf die Aufwandpositionen auswirkt. Die geplanten Investitionen erhöhen stetig den Abschreibungsbedarf, der aufgrund der gestiegenen Teuerungsrate ebenso zunimmt.

Ich bin davon überzeugt, dass weitere Ergebnisverbesserungsmassnahmen in Bezug auf Aufwand und Ertrag angezeigt sind. Dabei wird mit den uns neu zur Verfügung stehenden Instrumenten sichergestellt, dass die Aufwand- und Ertragsseite gezielt gesteuert werden kann. Neue freiwillige Ausgaben sind zukünftig zu vermeiden und bestehende Ausgaben sind hinsichtlich der gesetzlichen und zwingenden Notwendigkeit noch konsequenter zu überprüfen. Es muss unser Ziel sein, das Ausgabenwachstum zu verringern und zu einem stabilen Ertragswachstum zurückzukehren.

Bis das Budget soweit ist, wie es heute präsentiert wird, ist es ein intensiver Prozess. Lagen wir zuerst bei einem Defizit von 6 Mio. Franken, liegen wir nun bei rund 4,5 Mio. Franken. Das passierte nicht von selber, sondern da arbeitete man intensiv daran. Nachdem ein erster Entwurf nach Eingaben der Ämter vorlag, beschäftigte sich dann die Finanzkommission am sogenannten Budgetnachmittag damit. Trotz der unterschiedlichen Interessenlage verlief die Diskussion wirklich sachlich und konstruktiv. Ich möchte an dieser Stelle auch der Verwaltungsleitung und den Mitgliedern der Finanzkommission für die Arbeit danken. Es wurden viele Vorschläge als Entlastungsmassnahmen vorgelegt. Wir interpretierten dies als Bekenntnis zur Ausgabendisziplin. Wir

Schlussgedanken (I)

- Die Beschlussfassung mit konkreten, **maximal zulässigen Defizitgrössen** im steuerfinanzierten Allgemeinen Haushalt sorgt für:
 - die Sicherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit und eine hohe Budgetdisziplin.
- Die Anpassung der **Steueranlage auf 1.44 Einheiten ist notwendig, weil:**
 - Die **Fiskalertragslage nach der Pandemie** hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückbleibt und die Aufwandsseite gleichzeitig stark ansteigt.
 - Die **Inflationserwartungen** führen zu einem direkten, starken Aufwandwachstum bei den Öl-, Gas- und Strompreisen. Indirekt sind alle Aufwandpositionen von der Teuerungsentwicklung betroffen.
 - Die **Investitionsausgaben** führen zu stetig steigenden Abschreibungsleistungen, die infolge der Teuerung ebenfalls

Schlussgedanken (II)

- Weitere Ergebnisverbesserungsmassnahmen (aufwand- und ertragsseitig) sind notwendig. Mit den neuen Instrumenten (Factsheets und Massnahmenblätter) wird sichergestellt, dass die Aufwand- und Ertragsseite gezielt gesteuert werden kann.
- Neue, freiwillige Aufgaben und Ausgaben sind zukünftig zu vermeiden.
- Bestehende Ausgaben sind hinsichtlich der gesetzlichen und zwingenden Notwendigkeit noch konsequenter zu überprüfen.
- Ziel: Verringerung des Aufwandwachstums und Rückkehr zu stabilem Ertragswachstum.

Schlussgedanken (III)

Der Gemeinderat dankt der Verwaltungsleitung für das bisher hohe Engagement bei der Erarbeitung des Budgets 2023 und die besondere Mitwirkung bei der Ermittlung von Einspar- und Verzichtspotenzialen. Die konstruktive Zusammenarbeit wird sehr geschätzt.

¹ AEA = Aufgabenüberprüfung und Ertragspotenzialanalyse.



spürten, dass man hier in der Verwaltung auf ein Teamwork setzt, was wir sehr schätzen. In dem Sinn sage ich nochmals danke.

Nun folgen zum Schluss nochmals die wichtigsten Punkte, die wir Ihnen hier vorlegen. Wir unterbreiten Ihnen das Budget 2023 mit einem Defizit im Steuerhaushalt von 4,386 Mio. Franken sowie von 5,138 Mio. Franken im Gesamthaushalt zur Beschlussfassung. Nach Überzeugung des Gemeinderates kann man das Budget heute so verabschieden. Wir nehmen diese Defizite in Anbetracht der gesamten Umstände, insbesondere unter Berücksichtigung des hohen Eigenkapitals, bewusst in Kauf. Wir beantragen aber eine moderate Anpassung der Steueranlage von 1,38 auf 1,44. Bei der Liegenschaftssteuer ist nichts vorgesehen und diese bleibt unverändert. Besten Dank.



Antrag Budget 2023

Antrag an die Stimmberechtigten	
■ Aufwendungen Gesamthaushalt	Fr. 109.341 Mio.
■ Erträge Gesamthaushalt	Fr. 104.203 Mio.
■ Defizit Gesamthaushalt	Fr. 5.138 Mio.
■ Defizit Steuerhaushalt	Fr. 4.386 Mio.
■ Steueranlage (verändert)	1.44
■ Liegenschaftssteuer (unverändert)	1.0 %

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Besten Dank für Ihre Informationen und vor allem auch für Ihre Überlegungen. In der Zwischenzeit sind wir 40 anwesende Stadratsmitglieder und somit also vollzählig. Jetzt übergebe ich gerne das Wort an den Berichterstatter der Geschäftsprüfungskommission in der Person von Roland Loser, Präsident der GPK.

Sprecher der GPK, Roland Loser (SP): Die GPK setzte sich mit beiden Geschäften auseinander, sodass ich nun auch zu beiden gleichzeitig rede. Ich kann es vorneweg nehmen, dass wir dazu einstimmig die formelle Richtigkeit feststellen konnten. Ich möchte nicht auf alles eingehen, was wir diskutierten, da viele unserer Fragen nun bereits von Roberto Di Nino erwähnt wurden. Unter anderem sprachen wir darüber, wie präzise ein Budget sein kann. Dabei kam eben zum Ausdruck, dass in diesem Zusammenhang die Steuerprognosen einen wichtigen Faktor darstellen, aber beispielsweise auch die Börsenanlagen, bei denen man nie richtig weiss, wie sie sich entwickeln und dies alles sicher die Genauigkeit des Budgets beeinflusst. Aktuell sind es gerade auch die Energiepreise, die zu einer Unwägbarkeit führen. Zusätzlich ist auch die Zinsentwicklung beim Fremdkapital eine wichtige Frage, bei der wir davon ausgehen müssen, dass sie sich negativ entwickelt, aber man nicht mit Gewissheit weiss, wo es schlussendlich hinführt. Ein wichtiger Punkt betraf sicherlich auch die Abschreibung dieser drei Motionen, die nun innerhalb dieser beiden Geschäfte beschrieben werden sollen. Dazu fragte man sich, warum man dies in den Unterlagen zuhanden des Stadtrates nicht allzu gross begründete. Dies wurde anhand der Honorare für Externe damit begründet, dass man diese Position gegenüber dem Budget von 2021, als man sich im Bereich von Fr. 600'000.00 befand, beinahe um die Hälfte reduzierte und damit wirklich eine massive Einsparung vornahm. Entsprechend hatte man das Gefühl, dass man sich dort auf dem richtigen Weg befindet. Zusätzlich wurde darauf verwiesen, dass man diese Aufwendungen anlässlich der Umstellung des Budgetprozesses vor zwei Jahren einfro. Roberto di Nino erwähnte ja bereits zuvor diese Factsheets, wonach man einen entsprechenden Antrag stellen muss, will man die erneute Aufnahme von Aufwendungen aus dem Vorjahr ins neue Budget ermöglichen. Damit gewann man den Eindruck, dass man die Aufwandsteigerungen in diesem Bereich gut im Griff hat. Damit wird dann auch begründet, dass die Motion bezüglich solider Finanzen aus der Sicht des Gemeinderates beschrieben werden kann. Betreffend das Budget wurde zudem darauf hingewiesen, dass man dem Stadtrat nun die notwendigen Informationen in die Hand gab, damit er hier politisch entscheiden kann. Letztendlich ist die Abschreibung dieser Motionen allerdings der Vorschlag des Gemeinderates, wonach der Stadtrat dann allenfalls zu einer anderen Meinung kommen kann.

Wir sprachen dann auch noch über diese Verzichtsliste wie auch über die Grundlage dieser Aufwand- und Ertragspotenzialanalyse, die vor einigen Jahren erstellt wurde. Roberto Di Nino erwähnte dazu ja bereits, dass es nicht unbedingt die Meinung des Gemeinderates ist, dass diese Aufstellung als reine Streichliste zu interpretieren ist, sondern eher als Beratungsgrundlage anzusehen ist. Wir hatten dann noch eine kleine



Bemerkung zur Abstimmungsbotschaft, was ich hier einfach zuhanden des Protokolls erwähnen möchte, falls es nicht bereits korrigiert wurde. Auf Seite 9 im untersten Lemma wird von einem Total über 0,49 Mio. Franken gesprochen. Bei der anschliessenden Aufzählung ergeben die an dieser Stelle erwähnten Einzelbeträge aber lediglich einen Betrag von 0,46 Mio. Franken. Falls dies effektiv ein Fehler ist, bitte ich um eine entsprechende Korrektur. In dem Sinn halte ich nochmals fest, dass die GPK die formelle Richtigkeit bejahte. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Herzlichen Dank für das Statement der GPK. Wir kommen nun zur allgemeinen Beratung des Finanzplans gemäss Traktandum Nr. 5. Ich bitte Sie somit Ihre Voten wirklich nur zum Finanzplan zu halten, kommen wir ja dann später noch zum Budget. Die Reihenfolge erfolgt dabei gemäss dem üblichen Ablauf mit den Fraktionen, den Einzelsprechenden und weiteren Wortmeldungen. Wir beginnen also mit den Fraktionen. Wem darf ich das Wort zum Finanzplan 2023 bis 2027 erteilen?

FDP/JII-Fraktion, Pascal Dietrich (parteilos): Die FDP/JII-Fraktion wird sich hier an die Traktandenliste halten und die Voten aufteilen. Ich rede deshalb, wie soeben von der Stadtratspräsidentin gewünscht, nur zum Finanzplan und Diego Clavadetscher wird dann zum Budget reden. Diesen Finanzplan nahm die FDP/JII-Fraktion mit Besorgnis zur Kenntnis. Es ist kein Geheimnis, sagte ich es doch bereits im Juni, als es draussen zu einem Gewitter kam, dass der Finanzhimmel in Langenthal schwarz oder jedenfalls zumindest grau ist. Er ist dabei vielleicht nicht gerade pechschwarz, aber wir wissen es, dass es in Zukunft nicht allzu gut aussieht.

Es ist dann jeweils noch interessant, wenn man kurz in das Archiv hinuntersteigt, bevor man sogleich in Panik verfällt, was ich dann auch entsprechend machte. Dabei zeigte sich, was dann ein Stück weit auch erfreulich ist, dass bei Betrachtung, wie sich die Finanzen rückblickend bis zu den Onyx-Millionen im Jahr 2016 jeweils entwickelten, es eigentlich immer – und auch immer ohne Ausnahme, besser herauskam als der Finanzplan dies vorsah. Wenn ich nun beispielsweise den Finanzplan 2017 – 2021 hervorhebe, so ist dort zu lesen, dass man Ende 2021 noch über einen Bilanzüberschuss von 63,7 Mio. Franken verfügt. Aktuell liegt der Bilanzüberschuss aber bei über 76 Mio. Franken, sodass wir also doch mit ungefähr 13 Mio. Franken besser dastehen. Schauen wir noch weiter zurück und konsultieren den Finanzplan 2012 – 2016, so wurde damals prognostiziert, dass man Ende 2016 nur noch über einen Bilanzüberschuss von 61,3 Mio. Franken verfügt. Sie sehen, dass es tatsächlich jeweils besser herauskam als wie der Finanzplan dies prognostizierte. Wir haben dadurch weiterhin einen klar höheren Bilanzüberschuss, als wie man jahrelang voraussah. Das ist nicht als Kritik gegenüber der Finanzverwaltung zu verstehen, ist es doch richtig so und ein Muss, vorsichtig und zurückhaltend die prognostizierten Zahlen zu erheben und entsprechend in die Planung einzubauen. Aber es ist dennoch auch gut, dass wir uns hier im Stadtrat dessen bewusst sind, dass es mindestens in der Vergangenheit jeweils besser rauskam als vorausgesagt. Es ist klar, dass wir alle nicht wissen, ob es auch in Zukunft so ist, sodass es absolut passieren kann, dass es auch einmal in die andere Richtung geht. Dazu werden wir ja sogleich beim nächsten Traktandum reden, wie das richtige Rezept aussieht.

Nebst dem Bilanzüberschuss, der weiterhin sehr hoch ist und weit über der kantonalen Empfehlung liegt, gab unserer Fraktion aber ein anderer Wert schon auch zu denken, was wir ganz offen zugeben. Ich spreche damit den Wert der Finanzschulden an, der bis Ende 2027 bis auf 160 Mio. Franken anwachsen soll. Das ist natürlich wirklich sehr bedenklich. Wenn man daran denkt, dass nun die Zinsen wieder anziehen und es so weitergeht, dann kann dies tatsächlich zu einem Klotz am Bein der Stadt Langenthal werden. Hier müssen wir Gegensteuer geben und wir werden dann beim nächsten Traktandum darüber diskutieren, ohne dass ich dazu nun noch mehr sage. Es fragt sich aber schon, ob die Steuererhöhung das Heilmittel dagegen ist, oder ob man nicht vielleicht auch, oder vor allem bei den Investitionen schauen sollte, dass man diese reduziert und nicht ganz alles macht, was man vorsah.

Ich möchte nun noch ganz kurz zwei Bemerkungen zum Investitionsplan als Teil des Finanzplans machen. Das eine, was uns auffiel, betrifft das Stadttheater, das man ja erst für 15 Mio. Franken komplett sanierte und ja auch wirklich gut herauskam. Aber man staunt halt dennoch, wenn man im Investitionsplan bereits



wieder einen Betrag von Fr. 100'000.00 für Infrastruktur und Bühnentechnik entdeckt. Da dachten wir wirklich, dass dies nun alles auf dem neusten und besten Stand ist und man nun für ein paar Jahre oder auch länger sorgenfrei ist. Aber nein, es tauchen erneut Ausgaben im Investitionsplan auf. Offenbar ist das so. Das andere, das uns auch noch auffiel, finden Sie auf Seite 32 des Investitionsplans. Es ist nun immerhin so, was ja bereits im letzten Jahr hier im Saal gesagt wurde, dass der Neubau der Eissporthalle in der Hard zur Realisierung in den Investitionsplan aufgenommen wurde. Leider steht dort bis ins Jahr 2032 weiterhin eine Null drin. Es ist klar, gehen dort im Moment ja auch noch die Meinungen auseinander. Immerhin sagte aber das Stimmvolk im März 2020, dass man diesbezüglich weiterfahren soll, weshalb in diesem Finanzplan eben schon auch ein entsprechender Betrag dafür berücksichtigt werden sollte. Das wäre alles, was ich dazu zu sagen habe. Ich freue mich auf die anschliessende Budgetdebatte, merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke vielmals. Gibt es weitere Fraktionen, die sich zum Finanzplan äussern möchten?

SP/GL-Fraktion, Paul Bayard (SP): Der Gemeinderat stellt uns heute einen Finanzplan vor, der für die nächsten fünf Jahre, trotz einer Steuererhöhung auf 1,44 ab nächstem Jahr, ein kumuliertes Defizit von 25,4 Mio. Franken, oder im Schnitt über 4 Mio. Franken im Jahr, vorsieht. Wir hätten dann im Dezember 2027 noch einen Bilanzüberschuss von 45,5 Mio. Franken, nachdem wir im letzten Jahr noch mit 55 Mio. Franken per Ende 2026 rechneten. Wir müssen somit trotz der Steuererhöhung, die wir nun eigentlich genehmigen sollten, einen rechten Rückgang hinnehmen. Immerhin erkannte nun aber der Gemeinderat, dass man mit der rechtzeitigen Eingrenzung der Defizite beginnen sollte, sodass er deshalb ab 2023 eine leichte Steuerfusserhöhung auf 1,44 vorschlägt. Für mich stimmt dieser Ansatz und für unsere Fraktion auch. Es ist sicherlich leichter, diesen Satz jetzt und in kleinen Schritten rechtzeitig zu erhöhen. Ich hoffe einfach, dass dies unsere Ratskollegen in den anderen Lagern eben auch so sehen. Ich möchte betonen, dass ein bürgerlicher Gemeinderat einstimmig zur Einsicht kam, dass es besser ist, jetzt vorausblickend zu handeln und nicht zu warten, bis wir in der Könizer Falle stecken. Wir haben nun die Chance mit einem kleinen Schritt, der – wenn man ihn erklärt, von den Leuten verstanden wird, die Handlungsfähigkeit der Stadtregierung längerfristig zu erhalten. Und es geht auch wirklich darum, dass dieser Gemeinderat und wir als Stadtrat noch über eine gewisse Manövriermasse verfügen. Nichts zu machen, wäre das Dummste, was wir jetzt tun könnten.

Der Finanzplan ist ein Instrument, womit wir in die Zukunft blicken und abschätzen können, was auf uns zukommt. Wie schnell dann aber die Wetterlage ändern kann – dazu ist zu bemerken, dass es sich hier wohl immer noch um einen Schönwetter-Finanzplan handelt, dies sahen wir am 24. Februar 2022. Solch schwarze Schwäne können alles über den Haufen werfen, was wir uns ausdachten. Ich befürchte, dass wir die Tragweite dieses halbjährigen Krieges bislang noch gar nicht erfassten. Uns stehen harte Jahre ins Haus und deshalb müssen wir beim nächsten Traktandum, dem Budget, diesen kleinen Schritt unbedingt vollziehen, damit wir unsere Handlungsfähigkeit überhaupt sichern können. Dem Gemeinderat und der Verwaltung möchte ich danken, dass sie uns jedes Jahr ein solches informatives und eigentlich sehr gut nachvollziehbares Zahlenwerk zu Verfügung stellen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und auch ich bin gespannt auf die nachfolgende Budgetdebatte.

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Ja, es wurde gesagt, dass der Finanzplan keine rosigen Perspektiven aufzeigt. Ich bin froh, dass man diesen Finanzplan auch in aller Ausführlichkeit würdigte, da er in etwa aufzeigt, in welche Richtung es geht. Wir hörten nun häufig, dass wir uns in einer ausserordentlichen Situation befinden und dass die budgetierten Beträge hinter den Erwartungen zurückliegen. Ich habe so ein bisschen den Eindruck, dass es in Betrachtung der letzten Jahre immer ein wenig ausserordentlich war. Man hatte die Subprime-Krise, die sich 2007/2008 zur Finanzkrise auswuchs. Darauf folgte die Schuldenkrise, in der die europäische Union ihre Finanzen nicht im Griff hatte, was auch auf uns abfärbte, und man hatte den starken Franken mit den Schwierigkeiten für die Exportwirtschaft. Dies führte trotz boomenden Aktienmärkten zu unsicheren Zukunftserwartungen, da allseits davor gewarnt wurde, dass es nicht



nachhaltig ist. Jetzt steuern wir in eine Stagflation¹ und es kommt zu einer explodierenden Teuerung. Selbstverständlich ist diese Situation ausserordentlich, aber man darf dabei nicht der Täuschung anheimfallen, dass es so etwas wie eine typische, ordentliche Situation gibt, mit der man dann zu einem Normalzustand zurückfinden könnte und dabei die budgetierten Erwartungen genau der Realität entsprechen. Genau für solche Zeiten spart man ja und sorgt vor, weil es immer irgendwo Problematiken oder Risiken von ausserordentlichen Situationen gibt. Von dem her erklärt dies nicht allein die Schwierigkeit.

Es ist offensichtlich, dass die Ausgaben über den Einnahmen liegen und man etwas machen muss. Ich möchte nicht irgendwie sagen, dass Langenthal ein Sanierungsfall ist, verbietet doch der Blick auf andere Gemeinden eine solch polemische Einschätzung. Aber man muss sanieren. Einigen hier im Saal – ich möchte da nicht auf den Gemeinderat verweisen, fällt natürlich die Forderung nach einer Steuererhöhung sehr leicht. Bei unserer Fraktion, ohne jetzt zum Budget reden zu wollen, ist dies nicht so. Wir tun uns mit Steuererhöhungen schwer und wir halten uns an das Dictum des mittelalterlichen Philosophen Thomas von Aquin: «Steuern sind ein erlaubter Fall von Diebstahl». Es ist erlaubt, aber es ist nichtsdestotrotz ein Fall von Diebstahl, weshalb gut zu prüfen ist, bevor man diesen erlaubten Fall von Diebstahl eingehen will. Ich finde es nicht so fair, wenn man irgendwo darauf verweist, dass dies am Ende einfach auf den Verzicht eines Mittagessens hinausläuft, das übrigens ein sehr gutes Mittagessen sein müsste. Diese Rechnung liesse sich auch beim Teuerungsausgleich beim Lohn anstellen. Bei 3 Prozent auf einen Monatslohn von Fr. 7'000.00 resultiert letztendlich ein Betrag, den man irgendwie als eine belanglose Verpflegungsentschädigung abtun kann, sodass diese Rechnung nicht aufgeht. Spezifisch auf den Investitionsplan bezogen, geht sie vor allem langfristig nicht auf. Das ist auch das, was unsere Fraktion bei den gemeinderätlichen Ausführungen ein bisschen vermisst. Man stellte sehr präzise und genau dar, in welche Richtung es geht.

Schauen wir einfach einmal die Fakten an: Die Steuererhöhung bringt Mehreinnahmen von 1,4 Mio. Franken, wonach aber dennoch ein Defizit von mehreren Millionen Franken bestehen bleibt. Wenn man den Finanzplan anschaut, muss man zur Kenntnis nehmen, dass der für das Defizit verantwortliche Aufwand unvermindert weitergeht. Wir verzeichnen Erhöhungen des Abschreibungsaufwands von 4,66 Mio. Franken auf 6,94 Mio. Franken. Dies passiert aufgrund der beschlossenen Investitionstätigkeit oder die, die voraussichtlich noch beschlossen werden soll. Unser Selbstfinanzierungsgrad sinkt per 2026 von 22,3 auf 8,8 Prozent. Die Ziel-Limite von 100 Prozent ist keine Theorie, sondern beispielsweise in der Kantonsverfassung niedergeschrieben. Der Gemeinderat erklärt dies völlig transparent, dass diese Perspektive ungenügend ist und man damit ein Risiko eingeht.

Wir haben einen Rückgang des Eigenkapitals, was vom Vorredner bereits erwähnt wurde und wir haben die Entwicklung im Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung mit einem Verlust von 2,7 Mio. Franken aus der letzten Rechnung hin zu einem Verlust von 6,6 Mio. Franken per 2027. Selbst wenn man nun eine Steuererhöhung beschliesst, sieht die Finanzperspektive mehr als düster aus. Von dem her ist es nicht richtig, wenn man hier irgendwelche Nachtessen-Rechnungen anstellt und wir alle gleichzeitig wissen, dass es mit einer Steuererhöhung in beantragtem Sinn nicht getan ist, weil es bei einem Defizit bleibt und dieses Defizit immer noch grösser wird.

Deshalb ist es wichtig, dass man ausgabenseitig ebenfalls den Hebel ansetzt. Man kann bei der laufenden Rechnung über einzelne Posten reden, was wir dann nachher vielleicht noch machen werden. Aber ich denke, dass wir den Blick etwas langfristiger ansetzen müssen. Kolleginnen und Kollegen, Langenthal lebt auf zu grossem Fuss und Langenthal lebte auf zu grossem Fuss. Wir investieren zu viel. Man investierte bereits und es sind zu viele Investitionen angedacht. Solche Investitionen lösen im Bereich des Abschreibungsaufwands Folgekosten aus und sie lösen Fremdkapitalkosten aus, die aufgrund der Zinsentwicklung laufend ansteigen. Wir müssen bei den Investitionen genauer hinschauen und wir dürfen nicht davor zurückschrecken, bereits beschlossene Investitionen einer vertieften Prüfung zu unterziehen.

¹ Stagflation = Stillstand des Wirtschaftswachstums bei gleichzeitiger Geldentwertung.



Diese Kritik ist nicht einfach eine Kritik am Gemeinderat, sondern ist auch eine Selbstkritik an uns als Stadtrat. Auch wir sagten hier im Rat zu schnell Ja zu Investitionen und hier braucht es nun einen Turnaround. Wir hoffen, dass die heutige Steuerdebatte ein erster Anlass darstellt, um hier auch im Parlament ein bisschen einen Kulturwechsel zu realisieren, damit wir von diesem «Leben auf zu grossem Fuss» wegkommen und wieder so investieren, wie es für eine Stadt würdig ist, dabei aber nicht irgendwie versuchen, mit grösseren Städten in näherer oder fernerer Umgebung in Konkurrenz zu treten. Wir werden in diesem Zusammenhang in der Budgetdebatte auch einen Antrag stellen. Dazu nehme ich jetzt aber nicht mehr Stellung, weil ich es eben für das nächste Traktandum reserviere. Danke fürs Zuhören.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Auch für dieses Votum herzlichen Dank. Es verbleibt noch eine Fraktion, wozu sich für glp/EVP Mike Sigrist äussern wird.

glp/EVP-Fraktion, Michael Sigrist (EVP): In den vorhergehenden Voten wurden bereits viele Zahlen genannt, sodass ich jetzt mal auf die Zahlen verzichte und eher eine allgemeine Sicht in die Diskussion einbringen möchte. Für uns ist sicherlich ein umsichtiger und langfristiger Umgang mit den Finanzen wichtig und der bewegt sich dann ja auch irgendwo zwischen den Polen von Sparen und Ausgaben überprüfen und einem gleichzeitigen Raum lassen für Entwicklungen, ohne alles tot zu sparen. Ich glaube, dass der Finanzplan ebenso gut aufzeigt, dass heute die externen Faktoren, die wir wenig bis überhaupt nicht beeinflussen können, fast wichtiger werden als die internen Faktoren. Wir haben kantonale Vorgaben, die sich immer wieder ändern können und wir haben auch nationale Richtlinien und wirtschaftliche Realitäten, auf die wir keinen Einfluss haben. Wie wir auch immer wieder sehen, gibt es internationale Ereignisse, die sich am Schluss auch bei uns niederschlagen. Von dem her ist Langenthal keine isolierte Insel, sondern es geht dabei vielmehr darum zu schauen, welche Faktoren wir beeinflussen können. Ich wiederhole noch einmal, dass wir die langfristige Finanzplanung sehr begrüssen. Die Zielsetzungen des Gemeinderates und die daraus abgeleiteten Massnahmen erachten wir als sinnvoll und unterstützen diese. Für uns ist es wichtig, dass man diese «Reserven» gezielt abbaut, da wie bereits erwähnt viel passieren kann. Deshalb wäre es aus unserer Sicht unverantwortlich, erst zu reagieren, wenn das Geld weg ist. Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Herzlichen Dank. Somit liessen sich alle Fraktionen verlauten. So kommen wir nun zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern. Darf ich dazu jemandem das Wort erteilen? Ich sehe niemanden. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? So erkläre ich ansonsten die Beratung für geschlossen und frage den Gemeinderat Roberto Di Nino, ob er noch etwas ergänzen möchte?

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Ich nehme sogleich das letzte Votum von Stadtrat Mike Sigrist auf. Materiell sage ich dazu allerdings nichts, weil dies ja genau der Haltung des Gemeinderates entspricht, wie sie hier formuliert wurde. Zu den anderen drei Rednern muss ich etwas mehr sagen. Pascal Dietrich wies zu Recht darauf hin, dass die effektiven Ergebnisse in der Vergangenheit immer besser als budgetiert ausfielen. Das ist aber auch ein bisschen der Job der Finanzleute, dass sie vorsichtig pessimistisch kalkulieren müssen. Wenn es dann besser kommt, ist dann der Vorwurf weniger gross als im umgekehrten Fall. Ich möchte Sie aber ganz klar warnen, dass ich für die Jahre 2022 und 2023 absolut nicht sicher bin, ob die Prognosen wirklich auch so eintreten werden. Ich möchte nur daran erinnern, was für Börsenerträge wir für das 2022 einstellten. Wenn man nun die aktuelle Entwicklung der Börse anschaut, so muss ein Wunder passieren um unsere Zielsetzung zu erreichen. Es wurde seitens der FDP auch mit Sorge auf die Finanzschulden von 160 Mio. Franken hingewiesen, die mutmasslich per 2027 in unseren Büchern stehen werden. Das ist insofern zu relativieren, als dass dies nicht einfach Schulden sind, sondern diese einem Vermögen gegenüberstehen und durch Eigenkapital abgedeckt werden. Thilo Wiczorek schaute sich das mit einem Broker an und es ist so, dass unser aktuell sehr gutes Rating möglicherweise leicht abgeschwächt werden könnte, wir aber immer noch ganz gut dastehen werden.

Wie Paul Bayard ausführte, ist der Gemeinderat jetzt zur Einsicht gekommen, dass eine Steuererhöhung angezeigt ist. Dazu ist einfach zuzusagen, dass wir nicht jetzt erst zur Einsicht gelangten, sondern wir nach Analyse der Zahlen bereits vor einem Jahr sagten, dass eine Erhöhung im 2023 nicht vermeidbar ist, ausser es geschieht ein Wunder. Wir wollen keine Steuererhöhung auf Vorrat, was ja für letztes Jahr nicht nötig war,



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 29. August 2022

aber wir hatten dannzumal transparent informiert, dass sich die Situation im 2023 verändert.

Dem Votum von Patrick Freudiger würde ich widersprechen, als er Langenthal als Sanierungsfall bezeichnete. Unsere Leseart ist einfach eine andere, indem wir nicht sanieren, sondern unsere Defizite begrenzen müssen. Du sagtest auch, dass Langenthal auf grossem Fuss lebt, was ich aber auch ein bisschen differenzieren möchte. Das kann man bezüglich des operativen Betriebs so sehen, aber man kann es auch im Hinblick auf den Investitionsplan so beurteilen. In Bezug auf den Investitionsplan geht der Gemeinderat mit dem Stadtrat einig, dass der Investitionsplan ambitioniert ist. Ob die Bewertung «auf zu grossem Fuss leben» zutrifft, überlasse ich hingegen jedem Einzelnen. Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Herzlichen Dank. So kommen wir nun zur Kenntnisnahme des Finanzplans 2023 bis 2027, wozu aber keine Abstimmung stattfindet. Ich danke allen herzlich, die sich da so viel Arbeit und Mühe machten und sich so viel überlegten; namentlich gerade auch dem Finanzamt. Merci vielmals.

III Abstimmung:

Keine.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



6. Budget der Erfolgsrechnung 2023: Festsetzung der Steueranlage und des Steuersatzes für die Liegenschaftssteuer: Verabschiedung zu Händen der Gemeindeabstimmung vom 27. November 2022

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): So kommen wir jetzt heute Abend unter Traktandum Nr. 6 zu unserem grossen erratischen Block, dem Budget für die Erfolgsrechnung 2023, Festsetzung der Steueranlage und des Steuersatzes für die Liegenschaftssteuer sowie Verabschiedung zuhanden der Gemeindeabstimmung vom 27. November 2022. Auch hier handelt es sich um ein zwingendes Geschäft und das Eintreten ist Pflicht, sodass wir direkt in die Beratung einsteigen.

II Beratung:

B Allgemeine Beratung

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Zur Beratung und zum Ablauf gibt es Folgendes zu sagen: Es existiert ja in dem Sinn ein üblicher Beratungsablauf, den Einzelne von Ihnen sicherlich noch aus den Vorjahren kennen. Der Beratungsablauf in diesem Jahr gestaltet sich möglicherweise ein bisschen anders und auch etwas anspruchsvoller als üblich, erhielten Sie bekanntlich ja noch vor ein paar Tagen ein Mail der Stadtratssekretärin. Wenn dieser Antrag auf eine 2. Lesung gutgeheissen wird, so gibt es heute keine Schlussabstimmung zu diesem Budget. Es wird danach auch keine Verabschiedung der Abstimmungsbotschaft geben. Aber wir werden heute alle gestellten Anträge beraten und es wird dann auch über diese Anträge abgestimmt. Falls wir uns für eine 2. Lesung entscheiden, muss es das Ziel sein, dass möglichst konkrete und klare Vorgaben für den Gemeinderat vorliegen, um das Budget für die 2. Lesung überarbeiten und anpassen zu können, so wie der Stadtrat dies wünscht.

Bevor wir nun aber zu diesem Antrag auf 2. Lesung kommen, frage ich noch einmal Gemeinderat Roberto Di Nino an, ob er zum Budget 2023 nochmals etwas sagen möchte, oder ob dies bereits passierte. Gut, danke, so hat sich Dein Votum erübrigt. So stelle ich die Frage auch der Geschäftsprüfungskommission, ob dort noch etwas zu ergänzen wäre? Roland Loser, möchtest Du noch etwas zum Budget sagen? Gut, Du redetest ja bereits unter Traktandum Nr. 5 zum Budget.

Somit steigen nun in die allgemeine Beratung ein. Es liegen nun wie zuvor bereits erwähnt Anträge vor, die wir bereits vor der Sitzung erhielten. Herzlichen Dank dafür, da man sich damit auch besser vorbereiten kann. Im Interesse der Beratung und im Interesse einer sachlogischen Debatte im Stadtrat bitte ich nun diejenigen Verantwortlichen den Ordnungsantrag auf 2. Lesung jetzt einzubringen und zu begründen, damit wir zuerst über diesen Antrag abstimmen können, weil dies danach die gesamte weitere Debatte beeinflusst. Wem darf ich dazu das Wort übergeben? Ich sehe Diego Clavadetscher für die FDP/JII-Fraktion, oder gleich für mehrere Fraktionen?

FDP/JII-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP): Nein, nein, aber wir müssen ja wahrscheinlich ein bisschen ausholen, damit wir dies fraktionsweise begründen können. Aber unser Grundsatzvotum steht in einem sehr engen Zusammenhang mit dem Antrag auf 2. Lesung. Soll ich erst den Antrag zur 2. Lesung begründen oder soll doch auch jetzt gleich das Grundsatzvotum halten? Okay, dann erläutere ich vorab unsere grundsätzlichen Gedanken.

So möchte ich zuerst dem Finanzdirektor der Stadt Langenthal ganz herzlich danken, dass er mit seiner Einstiegsfrage die Dramaturgie dieses Geschäfts präzise ansetzte: Quo vadis? «Quo vadis» ist für diejenigen, die etwas älter sind als ich, der Titel eines Monumentalschinkens; ein Film, der eine Ewigkeit dauert. Dieser Film beinhaltet die zentrale Frage: «Wohin gehst Du, Herr»? Er beinhaltet eine Liebesgeschichte und beinhaltet den Brand der Stadt Rom, und nicht der Stadt Langenthal, wäre sie doch zu unbedeutend. Dies entspricht einer perfekten Dramaturgie. Dabei kann ich vorausschicken, dass dieses Thema für die FDP/JII-Fraktion nicht zu einer Liebesgeschichte wird. Es ist unser Ziel, den Brand der Stadt Langenthal zu verhindern und, auch wenn wir uns überhaupt nicht als Herren unseren Stimmberechtigten gegenüber verstehen, so wollen wir doch, dass die Stimmberechtigten, die



schlussendlich darüber zu entscheiden haben, von uns eine Antwort erhalten: «Wohin geht Ihr, Behörden der Stadt Langenthal»? Das ist auch schlussendlich, und hiermit greife ich vor, ein zentraler Punkt, wieso wir eine 2. Lesung wollen.

In der Beurteilung der FDP/JII-Fraktion ist die Steuererhöhung ein Entscheid, der auf die Bevölkerung unserer Stadt eine erhebliche Tragweite hat, namentlich in der aktuellen Zeit, in der wir alle in den wesentlichen Lebensbereichen mit bedeutenden Teuerungsschublen konfrontiert sind. Deshalb darf die Bevölkerung auch erwarten, dass wir uns als Parlament seriös mit diesem Geschäft auseinandersetzen, denn wir sind die einzige und erste Behörde, die dieses Geschäft öffentlich behandelt. Wohl gemerkt, dass es nicht zu einem Missverständnis führt, sagte ich nicht, dass dies frühere Behörden nicht auch seriös durchführten. Ich sage lediglich, dass wir die erste Behörde sind, die dieses Geschäft mit grosser Tragweite – dabei betrachtete es Roberto Di Nino als Grundsatzentscheid, in der Öffentlichkeit berät und wir mit unserer Beratung diese Black Box für die Bevölkerung aufzulösen haben. Es ist unser Parlament, das die Botschaft zuhanden der Stimmberechtigten verabschiedet. Es wird deshalb von uns Stadträtinnen und Stadträten erwartet, dass wir kritische Fragen und Sparanträge stellen, und vor allem, dass wir die Steueranlage – wie hoch sie auch immer ausfällt, mit vernünftigen und nachvollziehbaren Gründen in der Volksabstimmung begründen können. Um diese Begründung glaubwürdig abgeben zu können, müssen wir diese Diskussion führen und wir müssen wahrscheinlich, und dies ist aus Sicht unserer Fraktion ein weiterer zentraler Punkt, in der Botschaft ergänzende Erklärungen abgeben.

Das Problem des Langenthaler Politysystems ist, dass das Parlament zwar über grosse und weitreichende Kompetenzen verfügt, aber erst ganz am Schluss in diesen Prozess involviert wird und sich nur in Plenarsitzungen damit beschäftigt. Hätten wir eine parlamentarische Finanzkommission, wären viele Fragen und Wünsche, die wohl heute Abend geäussert werden, vorgängig zwischen Parlamentsvertretern und dem Gemeinderat geklärt worden. Dabei könnte die Kommission heute Abend über die Vorarbeiten Bericht erstatten. Wir haben diese Kommission in Langenthal bekanntlich nicht, ist doch die existierende Finanzkommission eine gemeinderätliche Kommission. Deshalb benötigen wir mehr Zeit im Plenum, sodass es eben zu einem Monumentalfilm mit zusätzlichem Zeitbedarf wird, was in unserem System dann zwangsläufig zu einer 2. Lesung führt. Ich erinnere daran, dass eine Mehrheit des Stadtrates dieses Manko zu korrigieren versuchte und den Gemeinderat in einer Motion aufforderte, zwei ausgearbeitete Budgetvarianten vorzulegen, was eine fundierte Debatte mit einer Alternative ermöglicht hätte. Auf diese Weise hätten wir heute Abend wahrscheinlich eine zielgeführtere Debatte. Der Gemeinderat verzichtete aus dargelegten Gründen darauf, was für uns dann in der Konsequenz eben zu einer 2. Lesung führt.

Was versprechen wir uns nun von dieser 2. Lesung? Wir versprechen uns vor allem, dass die Langenthaler Behörden in der Öffentlichkeit Fragen klären und Varianten diskutieren. Die Klärung dieser Fragen führt dazu, dass unsere Entscheidungen in der zweiten Sitzung auf einem solideren Fundament und mit gutem Gewissen gefällt werden können. Vor allem können dann diese Erkenntnisse der Diskussion in die Botschaft an die Stimmberechtigten eingebaut werden. Aus diesem Grund stellen wir, wie bereits einleitend gesagt, zusammen mit anderen Fraktionen diesen Antrag auf 2. Lesung.

Nun möchte ich noch zur Steueranlage Stellung nehmen. Bei dem uns zur Verfügung stehenden Eigenkapital besteht aus formeller Sicht kein zwingender Grund die Steuern gerade jetzt und sogleich auf 1,44 zu erhöhen. Der Antrag des Gemeinderates hat somit eine gewisse Zufälligkeit. Wir vertreten die Auffassung, dass ein Entscheid über die Höhe dieser Steueranlage nicht heute Abend, sondern am Schluss der Debatte gefällt werden sollte, da ansonsten alles andere nicht seriös wäre. Bevor wir nun über diese Steueranlage und dessen Höhe befinden, möchten wir, dass zusätzliche Einsparungsmöglichkeiten geprüft und behandelt werden. Dazu werden auch entsprechende Anträge von uns gestellt werden. Diese gewisse Zufälligkeit bezüglich des Zeitpunktes und des Umfangs dieser Steuererhöhung führt uns schliesslich zur Auffassung, dass, falls das Parlament, und vor allem dann auch die Stimmberechtigten dieser Erhöhung zustimmen sollten, in der Botschaft zuhanden der Stimmberechtigten zumindest klar aufgezeigt wird, mit welchen Massnahmen aus heutiger Sicht



sichergestellt werden soll, dass diese Steueranlage in den nächsten Jahren auf dieser Höhe stabilisiert wird. Mit diesen Informationen wollen wir genau das vermeiden, was die SP/GL-Fraktion im Votum zum Finanzplan andeutete, dass man in kleinen Schritten weitere Steuererhöhungen vorschlagen wird. Dabei teilen wir die Auffassung Ihrer Fraktion überhaupt nicht, hätte doch die Bevölkerung dafür ganz sicher kein Verständnis. Wir müssen also mit entsprechenden Informationen vermeiden, dass der Eindruck erweckt wird, nun Jahr für Jahr mit weiteren Steuererhöhungen rechnen zu müssen. Aufgrund dieser Betrachtungsweise werden wir in der Detailberatung gewisse Anträge stellen oder unterstützen, die andere Fraktionen einbringen. Danke.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Herzlichen Dank. Wenn ich dies richtig verstand, sprachst Du nun für alle antragstellenden Fraktionen, was jetzt hier aber nicht haarscharf getrennt werden muss, zumal ja die Fraktionen nun so oder so noch dazu kommen, sich zu äussern. Welcher weiteren Fraktion darf ich das Wort übergeben?

SP/GL-Fraktion, Saima Sägesser (SP): Ich werde zuerst allgemein unser Fraktionsvotum vortragen und anschliessend zum Antrag der 2. Lesung Stellung nehmen. Ein vielfältiges, spannendes und bedürfnisorientiertes Kulturangebot, das alle Generationen und Geschmäcker erreicht; starke, zentralisierte Bildungsinstitutionen mit neuen Lehrmitteln, sicheren Schulwegen und genügend Lehrpersonal, die durch eine ausgebauten Schulsozialarbeit ergänzt werden; Massnahmen für die Stadtentwicklung und Standortförderung wie beispielsweise ein Wirtschafts-Lunch; Neuzuzüger-Anlässe oder raumplanerische Massnahmen wie die Weiterentwicklung des Bahnhofs; Sicherstellung der Zugänglichkeit und sichere Nutzung des öffentlichen Raums für alle; Ferienlager für Kinder, Mieterlasse für kulturelle Institutionen und kleine Sportvereine, und, und, und. All das hat berechtigterweise seinen Wert.

Wir wollen eine Stadt, die im hohen Masse lebenswert ist. Eine Stadt, die etwas zu bieten hat und nicht nur das Mindeste erfüllt. Eine Stadt, die es schafft, ihre Bevölkerung hier zu behalten, weil sie mit sportlichem, kulturellem und bildendem Angebot in höchster Qualität überzeugt. Wir sind auf gutem Weg dorthin, und auch dort zu bleiben. Damit wir nun aber die angestrebten Investitionen tätigen können und möglichst nicht noch einen grösseren Leistungsabbau vornehmen müssen, müssen wir nun eine kleine Steuererhöhung angehen. Die vom Gemeinderat sorgfältig angedachte, geplante und im Budget 2023 umgesetzte Anhebung des Steuerfusses von 1,38 auf 1,44 ist in der aktuellen Situation das Mindeste und einzig Logische, um die Attraktivität von Langenthal beizubehalten, zu fördern und um einen weiteren Leistungsabbau zu umgehen.

Die SP/GL-Fraktion debattierte im Rahmen von zwei Fraktionssitzungen ausgiebig über den Finanzplan und das Budget 2023. Wir kamen dabei einstimmig zum Schluss, dass eine Anpassung des Steuerfusses in diesem Moment wirklich der einzig richtige Weg ist. Dass trotz höherem Steuerfuss immer noch Streichungen im Bereich Kultur, Stadtentwicklung, Integration und Personal vorgenommen werden müssen, tut weh, ist aber im Hinblick auf die geplanten Investitionen und dem damit zusammenhängenden Defizit verkraftbar. Aber Kolleginnen und Kollegen, die Zitrone ist ausgepresst. Wir akzeptieren keine weiteren Streichungen und Abänderungsanträge, die einen Leistungsabbau zur Folge haben. Wir würden es unverantwortlich finden zu riskieren, dass Langenthal nicht länger den Aufgaben einer Zentrumsstadt nachkommen könnte. Wie bereits in den vergangenen Jahren immer wieder betont, sieht die SP/GL-Fraktion in einer Steueranpassung eine gute Lösung, um das strukturelle Defizit aufzufangen, das Eigenkapital langsam abzubauen und Investitionen zu tätigen, die absolut notwendig sind. Wie wir heute bereits schon hörten, wird Langenthal mit der Erhöhung des Steuerfusses nicht an Attraktivität verlieren, sondern dabei lediglich vom 19. Platz auf ungefähr den 25. Platz zurückfallen; dies von rund 364 Gemeinden im Kanton Bern, was voll in Ordnung und ein kleiner Preis ist, den wir damit bezahlen. Damit erreichen wir aber einen Finanzhaushalt, der dadurch ausgeglichener und tragbarer wird, sodass wichtige Projekte, die das Zusammenleben und die Gemeinschaft fördern, angegangen werden können.



Ein kleiner Preis ist es auch für jede einzelne Steuerzahlerin. Es wurde heute Abend schon darauf verwiesen, dass man dies nicht mit einem Nachtessen aufrechnen sollte, aber so wird es zumindest zu einer vorstellbaren Grösse. Zwei bis drei Kaffees, ein bis zwei Döner oder ein schickes Dinner weniger wären es dann monatlich pro Person weniger. Und das ist in unseren Augen machbar. Für mehr Sicherheit, gute Bildung, Opern, Fasnacht, ausgebaute ÖV-Angebote, fair entlohntes Personal und gut durchgeführte Projekte. Unser System baut ja schliesslich darauf, dass wir alle für die Gemeinschaft einen Beitrag leisten, um im Gegenzug von diesen Investitionen, die mit diesem Beitrag finanziert wurden, profitieren zu können. Der städtische Verbrauch, der wichtige Investitionen betrifft, muss durch Einnahmen aus der Bevölkerung gedeckt werden, auch um weniger Fremdkapital aufnehmen zu müssen. Eine Stadt ist nur stark, wenn alle ihren Beitrag leisten.

Kommt die Steuererhöhung nicht zum Zug und sparen wir uns zu Tode, so können wir den Laden dichtmachen. Ein Langenthal, das nichts bietet, was nicht über obligatorische Leistungen hinausgeht, ist nicht mehr vergleichbar mit anderen Städten. Dies wird dann vielleicht zu Abwanderung von noch jungen Leuten führen und auch Familien werden sich dann hier auch nicht mehr wohl fühlen. Schlussendlich haben viele kleine Sparmassnahmen, Kürzungen und Streichungen eine riesige Auswirkung auf einen Leistungsausbau im einzelnen Bereich, haben aber im Grossen und Ganzen eine kleine Wirkung auf das grosse Defizit. Wenn die Stadt wirklich sparen möchte, müsste es mindestens um Beträge im hohen sechsstelligen Bereich bei grossen Posten gehen, anstatt mehrere Fr. 100.00 oder Fr. 1'000.00 in einzelnen Bereichen einzusparen und dort massiv Schaden anrichten. Es gibt da andere Möglichkeiten, die bekannt sind. Und dieser Mechanismus nennt sich Steueranpassung nach oben.

In der Vergangenheit wurden bereits in mehreren Sparrunden empfindliche Positionen mit dem Rotstift angetastet. Wir wiesen immer wieder auf die Konsequenzen und Missstände hin, stimmten dabei aber immer aus Vernunftgründen dem Budget zu. Und nun erwarten wir von unseren Kolleginnen und Kollegen, dass nun auch sie Vernunft walten lassen. Nehmt diese Anpassung dieses Steuerfusses von 1,44 an, belastet das Budget bei dem, wie es der Gemeinderat vorschlägt. Es gibt bereits jetzt Streichungen, die sehr wehtun und wir nicht gutheissen. Wir werden es aber im Sinne der Sache sein lassen und keine Wiedereinführungsanträge stellen. Wir werden aber auch keine Streichungsanträge unterstützen und in dem Sinn auch keine 2. Lesung. Hoffentlich gibt es heute, um die Worte von Roberto Di Nino zu verwenden, nicht eine so grosse Lücke zwischen der blauen und der roten Linie, damit wir hier gemeinsam für ein starkes Langenthal eintreten können. Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke herzlich. Du nahmst nun die allgemeine Beratung bereits ein bisschen vorneweg. Ich möchte mich nun aber gerne noch einmal auf den Antrag auf 2. Lesung konzentrieren und frage nach, ob sich Fraktionen, die sich noch nicht dazu äusserten, auch noch dazu verlauten lassen möchten?

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Es gab in den vergangenen Monaten verschiedene Motionen, Anträge und Vorschläge im Zusammenhang mit der Konsolidierung des Haushalts. Ich darf das hier erwähnen, dass ich durchaus positiv überrascht war über das konstruktive Zusammenspiel zwischen dem Gemeinderat und dem Stadtrat, angefangen bei der gemeinsamen Lageanalyse bis hin zum gemeinderätlichen Antrag. Doch nun muss ich schon sagen, dass wir enttäuscht sind, was nun in der Debatte vorgebracht wurde. Man wusste, dass der Gemeinderat die Steuern erhöhen wollte – und ich sage hier nun mit Absicht nicht «anpassen», da dies ein völlig unnötiger Euphemismus ist, zumal wir alle wissen, dass es effektiv um eine Erhöhung geht. Trotz dem Willen des Gemeinderates zur Erhöhung der Steuern erklärte man sich für eine offene Debatte bereit, wozu es verschiedene Möglichkeiten gibt. Und die Möglichkeiten, die nun angeboten werden, werden dem Vorstoss für eine Variantenabstimmung nicht gerecht, den unsere Fraktion und auch andere Stadträtinnen und Stadträte unterstützten. Immerhin machte man eine Zusammenstellung von zusätzlichen Einsparungen in der Grössenordnung von rund Fr. 400'000.00, was zu einem Teil ziemlich kosmetische Kürzungen beinhaltet und zum anderen Teil Massnahmen, die man so taxieren kann, dass hier die Hausaufgaben gemacht wurden. Der



Gemeinderat beantragt auf die Wiedereinführung von SIP¹ zu verzichten, bei dem der Nutzen nicht nachgewiesen ist, was dann auch Teil der Verzichtsplanung ist. Dazu wurden die Hausaufgaben erledigt.

Aber wenn man eine Steuererhöhung von 1,4 Mio. Franken beantragt und daneben zusätzliche Kürzungen im Bereich von Fr. 400'000.00 vornimmt, so sind wir der Meinung, dass diese Zitrone eben noch nicht ausgepresst ist und dass da noch Raum und Potenzial zum Kürzen vorhanden ist. Es ist tatsächlich so, und das streiten wir auch nicht ab, dass nur ein kleiner Teil des Budgets durch die Gemeinde gesteuert wird. Wir haben übergeordnete Aufgaben, wir haben gebundene Ausgaben und wir haben Aufgaben, die wir uns in vollem Bewusstsein der finanziellen Konsequenz auch selber übertragen. Das kann nicht gesteuert werden und ist vorgegeben. Möglicherweise muss es dann am Schluss so sein, dass eine gewisse Steuererhöhung einen Teil zum Gesamtbeitrag einer Sanierung darstellt. Ich wiederhole noch einmal, dass Sanierungsmassnahmen Massnahmen sind, um aus der Krise herauszukommen. Wir erhielten zuvor vom Ressortvorsteher Roberto Di Nino den Finanzplan aufgezeigt und es ist eine Krise, worin sich die Langenthaler Finanzen befinden. Aber deswegen ist man noch kein Sanierungsfall und es ist in dem Sinn nicht hoffnungslos. Wir sind auch im Vergleich zu anderen Gemeinden verhältnismässig gut dran, aber wir befinden uns im Bereich einer Krise und so braucht es eben eine echte Verzichtsplanung und die vermessen wir hier noch etwas. Das, was man machte, ist ein erster Ansatz, was dann aber bei weitem noch nicht ausreichend ist. Wenn man jetzt eine Steuererhöhung fordert, so sind wir heute meiner Meinung nach nicht in der Lage, über die Frage der Steuererhöhung mit Ja oder Nein zu beschliessen, weil wir der Auffassung sind, dass man noch nicht alle Optionen auslotete. Und eine Steuererhöhung kommt nur dann und nur dann in Frage, wenn man die anderen Optionen eben vollständig auslotete.

Wir hörten bereits vorher von einem schrittweisen Vorgehen, sodass offenbar bereits jetzt die Meinung existiert, dass es dann weitere Steuererhöhungen braucht. Wir hörten von der Vorrednerin einen ganzen Katalog, ein richtiges Weihnachtswunschkonzert von zusätzlichen Massnahmen, was alles noch zu tun ist. Ich sage Ihnen einfach, Kolleginnen und Kollegen, ein eigentlicher Verzicht, ein Leistungsabbau – und ich bin jetzt schon etwas länger im Stadtrat, gibt es in Langenthal eigentlich nicht. Das muss in dieser Deutlichkeit einmal gesagt werden. Man strich vielleicht einmal etwas an dem einem oder anderen Ort oder man führte dann die eine oder andere Massnahme vielleicht einmal etwas später ein. Aber in den letzten 20 Jahren lässt sich das politische Programm mehr oder weniger mit «Ausbau» umschreiben. Man schuf zusätzliche Ämter, man gab sich zusätzliche Aufgaben, zuletzt das Projekt zur Unterstützung von Lehrperson, was auch eingeführt wurde. Man erweiterte den Aufgabenkatalog und man erweiterte das Finanzvolumen. So etwas wie einen Leistungsabbau gab es in Langenthal eigentlich noch nicht. Und vielleicht ist nun nach den finanziellen Schönwetterzeiten der Moment gekommen, dass man nicht nur über kosmetische Reduktionen reden muss, sondern effektiv über einen Leistungsabbau. Im Vergleich zu anderen Gemeinden ist das Angebot in Langenthal nach wie vor hervorragend. Das gilt im Bereich des Personals, das man anstellen kann und da sind wir absolut mehr als konkurrenzfähig mit anderen Gemeinden. Und es gilt auch im Bereich des kulturellen Angebots. Langenthal steht gut da. Und nicht nur gut, sondern sehr gut. Und wenn man die Finanzen ins Gleichgewicht bekommen und nicht irgendwie bereits in zwei Jahren mit der nächsten Steuererhöhung daherkommen will, so braucht es jetzt eine Verzichtsplanung. Deshalb stimmen wir als erster Schritt für diesen Kulturwechsel dieser 2. Lesung zu, respektive beantragen sie zusammen mit anderen Fraktionen. Danke für das Zuhören.

glp/EVP-Fraktion, Dyami Häfliger (glp): Ich rede wirklich nur zu diesem Antrag und überlasse dann anschliessend die weiteren Ausführungen meinem Kollegen Mike Sigrist. Wieso unterstützt die glp/EVP-Fraktion diesen Antrag auf eine 2. Lesung? Aus unserer Sicht wollen wir diesen Auftrag ernstnehmen und eine fundierte Debatte ermöglichen. Gerade bei einem Thema wie dem Budget kann durch eine 2. Lesung eine echte Debatte ermöglicht werden. Es wurde bereits angesprochen, dass die Situation mit unseren Organen und dem Stadtrat als Organ der Stadt gegenwärtig so ist, dass wir erst heute zum ersten Mal

¹ SIP = Sicherheit – Intervention – Prävention.



öffentlich über das Budget debattieren und entsprechende Anträge einreichen können. Es wurde auch schon angesprochen, was es für politische und strukturelle Möglichkeiten geben würde, um dieses «Problem» zu beheben. Wir sind aber diesbezüglich noch nicht so weit. Entsprechend sind wir der Meinung, dass heute in der 1. Lesung erste Anträge gestellt und darüber abgestimmt werden soll, sodass der Gemeinderat die Voten des Stadtrats aufnehmen und so der öffentliche Diskurs stattfinden kann. Anschliessend können dann die angepassten Vorlagen dem Stadtrat im Rahmen der 2. Lesung präsentiert und vom Stadtrat diskutiert werden. Dieses Vorgehen erachten wir als zielführend und deshalb unterstützen wir diesen Antrag. Besten Dank.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Herzlichen Dank. Somit hörten wir alle Fraktionen. Wir kommen nun im Zusammenhang mit dem Antrag auf 2. Lesung zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern. Darf ich dazu jemandem das Wort erteilen?

Martin Lerch (SVP): Ich möchte vorneweg Roberto Di Nino für die sorgfältige Präsentation herzlich danken und auch allen, die daran beteiligt waren und daran arbeiteten. Saima Sägesser möchte ich zurufen, dass wir natürlich auch ein attraktives Langenthal wollen, das etwas bietet. Da besteht dann halt einfach ein gewisser Unterschied im Weg zum Ziel. Auch ein tiefer Steuerfuss kann natürlich sehr attraktiv sein und ausstrahlen. Ich gestatte mir ganz kurz eine Art «Umfeldanalyse», was die Briten als «situational awareness» umschreiben würden. Ich wurde auch von Bürgerinnen und Bürgern angesprochen, dass wir dann doch nicht auch noch die Steuern erhöhen sollten, da es im Moment so viel zu schultern gibt. Und das ist genau der Punkt, bei dem ich ansetzen möchte. Es gab sicherlich seit Jahrzehnten nie mehr eine solche Situation, in der der Bürger mehr belastet wird als gerade im Moment. Ich rufe es nochmals in Erinnerung, dass wir momentan eine Teuerung von 3,4 Prozent haben und vielleicht liegt sie bis Ende ja noch höher. Die Treibstoffpreise gingen 30 bis 40 Prozent in die Höhe und das Gas um über 100 Prozent. Das führt zu einem doppelten Preis für die Heizung und es geht wohl noch weiter hoch, so wie es aktuell aussieht. Die neuen Krankenkassenprämien sind noch nicht entschieden, sollen aber für den Kanton Bern laut Prognose um 5 bis 10 Prozent ansteigen. Je nach Abstimmungsergebnis am 25. September 2022 kommt es zu einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozent. Und dies alles belastet unsere Bürgerinnen und Bürger sehr stark bis weit in wohlhabende Kreise hinein. Und was machen wir in Langenthal: die Steuern erhöhen. Das ist etwas, das wie erwähnt abstrakt und distanziert tönt. Briten agieren da viel mehr «to the point», beschreiben so etwas sehr viel näher und reden vom «taxpayers money»; das heisst, es ist das Geld des Steuerzahlers, das man ihm aus dem Sack zieht, was natürlich mit rechtlichen Grundlagen erfolgt. Ich rede dabei nicht von Diebstahl, wie dies heute Abend auch schon genannt wurde. Aber es ist eine Tatsache, dass wir dies machen und das stellt eine sehr grosse Belastung für unsere Bevölkerung dar, was viele nicht verstehen.

Sie konnten den Medien entnehmen, dass viele Regierungen europaweit auf verschiedensten Stufen bemüht sind, die Belastungen ihrer Bürgerschaften hinunterzufahren, zu reduzieren und ihnen entgegenzukommen. Und wir gehen in eine Steuererhöhung hinein, was von mir aus gesehen falsch ist. Wenn wir dies nun auf zwei, drei Monate hinausschieben, so haben wir dann vielleicht eine bessere Entscheidungsgrundlage bezüglich Krankenkassenprämie, Jahresteuern, Energiepreisentwicklung und so weiter. Im Moment stehe ich dafür ein, dass man eine 2. Lesung macht und im Moment könnte ich auch einer Steuererhöhung nicht zustimmen. Der Gemeinderat ist sicherlich gefordert und es wäre schön, wenn er das Einsparpotenzial – falls die 2. Lesung beschlossen wird, bis dann aufzeigen könnte. Und ich empfehle Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, redet mit Eurer Wählerschaft, fühlt ihren Puls. Die Stimmung ist nicht gut und wir gehen momentan in eine falsche Richtung. Besten Dank.

Georg Cap (GL): Ich möchte vielleicht kurz diesem in meinen Augen komischen Narrativ widersprechen, was soeben Kollege Lerch vorbrachte, wonach der Staat der Bevölkerung das Steuergeld aus dem Sack zieht. Schlussendlich ist dies eine Ausgabe wie Miete oder was auch immer. Die Stadt ist eine Gemeinschaft und das Steuergeld investieren wir in diese Gemeinschaft. Und jede Einzahlung in diese Gemeinschaft ist wie eine Investition anzusehen, wie beispielsweise auch die Hausmiete, die man sich mit den Mitbewohnern oder der Familie teilt. Deshalb finde ich das ein sehr seltsames und komisches



Narrativ. Und auch wenn die Bevölkerung vielleicht ein solches Gefühl hat, ist es unsere Aufgabe den Leuten zu sagen, dass es nicht so ist, anstatt es einfach von den Leuten so zu übernehmen und deswegen gegen eine Steuererhöhung zu kämpfen, die eigentlich dringend notwendig wäre, auch wenn wir uns in einer Krise befinden. Die Teuerung, die die Leute trifft und belastet, belastet schlussendlich auch die Stadt und entsprechend kostet es auch für die Stadt mehr, sodass auch die Investitionen der Stadt ansteigen. Da können alle nichts dafür und man kann dann nicht sagen, nur weil es den Menschen schlecht geht, muss es die Stadt irgendwie sonst schaffen. Bei all den Einsparungen, von denen immer wieder geredet wird und der Vorstellung der Antragstellenden auf 2. Lesung entsprechen, geht es um solch horrenden Beträge, die wir einzusparen hätten, die ich nirgends sehe, wie wir die irgendwo hervorzaubern können. Merci.

Sandro Baumgartner (SP): Ich möchte auch noch schnell etwas dazu sagen. Ich hoffe nur, falls es nun zu einer 2. Lesung kommt, dass die dann präsentierten Sparmassnahmen überall, das heisst auch bei Sportvereinen, bei sonstigen Ausgaben wie beispielsweise Jodelclubs und so weiter ansetzen. Ich hoffe schwer, dass es dann nicht nur Bereiche aus dem Sozialwesen, der Bildung und der Kultur trifft. Merci.

Fabian Fankhauser (glp): Ich war soeben auch ein bisschen überrascht über das Votum von Kollege Lerch, wonach die anderen europäischen Regierungen alles unternehmen, um die Bürger zu entlasten. Aber es ist doch eigentlich Ihre Partei, die immer alles schlecht findet, was ansonsten so in der EU passiert? Wenn nun die hohen Treibstoffpreise ins Feld geführt werden, währenddem genau Ihre Partei dafür kämpft, möglichst fossil unterwegs zu sein, irritiert dies. Ich bin perplex, wieso man nun aus solchen Gründen dazu kommt, dass man die Steuern nicht erhöhen sollte. Aber einer 2. Lesung werde ich dennoch aus den von Dyami Häfliger Gründen zustimmen. Merci vielmals.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen?

Corinna Grossenbacher (SVP): Ich möchte mich auch kurzhalten. Ich finde solch persönliche Sachen, was ich in meinem Beruf erlernte, so «Fingerpointen» auf die Person, ist etwas sehr Unschönes und ich möchte es nicht machen. Ich möchte gerne beim Sachthema bleiben. Warum bin ich für eine 2. Lesung? Das ist für mich einfach auch ein Stückchen eine Frage der Opfersymmetrie. Ich sage nicht, dass ich prinzipiell gegen eine Steuererhöhung bin. Wogegen ich mich aber wehre, ist, dass wenn ich mir den Finanzplan mit einer Steuererhöhung betrachte, sieht man eigentlich in den nächsten Jahren, dass das Defizit immer bei rund 4 Mio. Franken stagnieren wird. Man spricht dann im Jahr 2030 von 2 Mio. Franken und für 2035 behauptet man, dass das Defizit dann Null ist. Das stört mich und deshalb bin ich für eine 2. Lesung. Das sagt mir, und ich bin relativ gut in Mathematik, dass da aber noch ganz erheblich etwas passieren muss. Ich sehe gut, was jetzt bislang passierte. Man verdoppelte die Parkgebühren, was für den Bürger schlicht unbegreiflich ist. Ebenso werden wir noch erleben, dass die Spezialfinanzierungen im Bereich Kehrrecht und Co. auch noch angepasst werden. Das mag aus meiner Sicht der richtige Weg sein, was ich nicht bestreiten will. Aber ich möchte, dass wir darüber debattieren und zwar anständig und sachlich, und nicht, indem wir uns hier gegenseitig den schwarzen Peter zuschieben. Dankeschön.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci. Gibt es weitere Wortmeldungen von Einzelsprecherinnen oder Einzelsprechern? Ich sehe niemanden mehr. Möchte nun nochmals Gemeinderat Roberto Di Nino im Zusammenhang mit diesem Antrag auf 2. Lesung etwas sagen? Bitte, die Bühne gehört Ihnen.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Ich würde mich einfach auf die Fraktionssprecher konzentrieren, haben sich die anschliessenden Voten dann ja auch ein bisschen wiederholt. Diego Clavadetscher sagte, dass die Steuererhöhung eine gewisse Zufälligkeit hat. Sie hat aber keine Zufälligkeit, weil es in den strategischen Leitsätzen ein Regulativ gibt, dass das Vorgehen entsprechend definiert. Wie erwähnt wollen wir einerseits die günstigste Gemeinde sein, und andererseits wollen wir einen Abstand von 0,5 Steuerpunkten zur zweitplatzierten Gemeinde wahren. Heute ist die Stadt Bern mit 1,54 die zweitgünstigste Gemeinde und wir würden sogar immer noch unseren verankerten Zielsetzungen gerecht, falls wir auf 1,49 hochgingen. Wir machen das aber nicht, weil dies in Anbetracht der Umstände



nicht erforderlich ist. Und zur zweiten Aussage, wonach es zu keiner Liebesbeziehung zwischen der FDP und dem Budget kommen wird, kann ich sagen, dass wir dies auch nicht erwarten, sind wir doch mit einer Zweckehe zufrieden.

Patrick Freudiger und auch Dyami Häfliger monierten ein wenig, dass man nicht fundiert debattieren kann, wenn keine echten Einsparungen vorgeschlagen werden. Wenn ich Ihnen ein Budget vorgelegt hätte, wie es am 28. April 2022 mit einem Verlust von 6 Mio. Franken in die Finanzkommission kam, so könnten wir hier durchaus über Sparmassnahmen diskutieren. Aber wir nahmen dies vorneweg und zwar, weil es unserer Zielsetzung von maximal 4,5 Mio. Franken Defizit entspricht. Wenn wir nun bei diesen 3,2 Mio. Franken gewesen wären, so wie dies der Finanzplan im vergangenen Jahr vorsah, dann hätte man durchaus darüber diskutieren können, ob man auf die Steuererhöhung verzichtet und man einfach auch so diese 4,5 Mio. Franken erreicht. Es tut mir leid, aber die Rahmenbedingungen liessen es einfach nicht zu, dass man hier eine solche Diskussion führt, weil einfach der Spielraum dafür nicht besteht. Aber wir machten das, was man im Sinn von Sparen machen kann. Wenn man nun weiter optimieren möchte, so lässt sich dies nicht mehr mit «sparen» umschreiben, sondern mit «verzichten». Zum Votum von Saima Sägesser ist zu sagen, dass sehr viel gesagt wurde und wir einfach in einem Punkt einig sind, wonach es keine 2. Lesung braucht, was der Gemeinderat genau gleichsieht. Es liegen Ihnen alle Grundlagen vor, um entscheiden zu können. Auf der anderen Seite entging es mir ebenso wenig, wer die Urheberschaft dieses Antrags ist. Es geht über drei Fraktionen, die hier im Rat über die rechnerische Mehrheit verfügen, insofern ich Realist bin, was passieren wird. Aber den Appell möchte ich dennoch wiederholen, worauf auch Beatrice Lüthi hinwies, dass mir dann eben für die 2. Lesung konkrete und verbindliche Anträge wichtig sind, damit wir wissen, was wir machen sollen. Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke vielmals. So sind wir soweit, dass wir über diesen Antrag jetzt abstimmen können. Wer dem Antrag der SVP-, FDP/jll- und glp/EVP-Fraktion auf eine 2. Lesung zustimmen möchte, zeigt dies nun mit Handerheben. Wer diesem Antrag nicht zustimmen möchte, zeigt dies nun an. Gibt es Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag der SVP-, FDP/jll- und glp/EVP-Fraktion auf 2. Lesung

25 Ja angenommen

15 Nein

0 Enthaltungen

Stadtratsitzung 29. August 2022, Traktandum Nr. 6

stadtlängenthal

Antrag der SVP-, FDP/jll- und der glp/EVP-Fraktion

Für die Beratung und Beschlussfassung über das Budget der Erfolgsrechnung 2023 werden zwei Lesungen im Stadtrat durchgeführt.

Dies hat nun erstens wie gesagt Auswirkungen auf unsere heutige Beratung, sodass wir demnach die Abstimmungsbotschaft nicht verabschieden und auch zu den vorliegenden Vorstössen nichts entscheiden werden. Gleichzeitig ist im Moment der Fahrplan noch offen. Es ist klar, dass das Budget nicht an der nächsten Sitzung vom 19. September 2022 unterbreitet werden kann, weil die Unterlagen für diese Sitzung bereits morgen verschickt werden. Da harren wir der Dinge und schauen, wie es weitergeht.

Nun nach Annahme des Antrags auf 2. Lesung kommen wir zur Fortführung der allgemeinen Beratung. Die einen verschossen da gerade schon ein bisschen ihr Pulver und die anderen haben vielleicht noch etwas zu sagen. Mir ist es wichtig, dass wir nun doch noch kurz formell die allgemeine Beratung zu diesem Budget 2023 ganz normal durchführen. Ich bin Ihnen auch dankbar, wenn Sie allgemeine Anträge in diesem Rahmen vorbringen. Sobald es aber um Frankenbeträge geht, die sich irgendwo im



Budget finden lassen, was aber nicht heissen muss, dass es eine einzelne Budgetposition sein muss, sondern auch einen ganzen Bereich betreffen kann, dass wir dies dann erst in der anschliessenden Detailberatung durchführen. Im Moment fahren wir also mit der allgemeinen Beratung fort. Ich frage nochmals an, ob es Fraktionen gibt, die sich noch nicht dazu äusseren?

glp/EVP-Fraktion, Michael Sigrist (glp): Ich sage noch einmal etwas, was ich bereits zuvor erwähnte. Der Umgang mit den Finanzen bewegt eben irgendwo in den Parametern zwischen Ausgaben überprüfen, sparen und gleichzeitig auch noch Platz finden für Entwicklungen, ohne dass man alles unmöglich macht oder abwürgt. Da kommt dann die Frage auf, ob nun die Zitrone ausgepresst ist oder nicht. Das kann man dann sehen wie man will, da man immer sparen kann. Die Frage ist dann einfach, was das am Schluss für einen Preis hat; und zwar nicht denjenigen, den wir einsparen, sondern das, was am Schluss noch übrigbleibt und ob dies noch lebenswert ist und wir dann immer noch über ein gutes Ranking verfügen. Allgemein war es ja bei den vorherigen Voten noch spannend zu hören, dass der Finanzplan viel zu düster und zu negativ erlebt wurde, da ja eh immer alles besser herauskommt. Wenn man dann von einer Erhöhung der Steuern redet, so ist dann plötzlich alles ganz schlimm und jeder Bürger ist bereits wahnsinnig belastet. Ich glaube, es macht einfach mehr Sinn, wenn man sich für eine Seite entscheidet. Ich bin damit einig, dass Langenthal aus unserer Sicht wahnsinnig viel bietet, was dann eben auch etwas kostet. Aber es ist bereits heute so, dass nicht jeder Sonderwunsch und jede Extrawurst möglich ist, sodass es das Ziel sein muss, dass Langenthal lebenswert bleibt, so wie es jetzt ist. Zuletzt stellte sich ja noch die Frage, ob es sich um eine Erhöhung oder um eine Anpassung der Steuern handelt? Aus unserer Sicht darf man dies ruhig als Anpassung anschauen, geht es doch darum, unsere Finanzen und unsere Steuern an die Realität anzupassen. Merci.

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Wir überlegten uns vorher etwas, zu welchem Zeitpunkt wir nun unsere Anträge stellen sollten. Auf der einen Seite macht man konkrete Vorschläge, aber auf der anderen Seite können bei den folgenden Anträgen nur vage Angaben zur Frankengrösse gemacht werden, worauf ich dann nochmals zurückkomme. Ich werde mich hier nicht mehr im Allgemeinen zum Budget äussern, da ich dies bereits machte. Im Übrigen gebe ich Georg Cap als Vorbemerkung insofern recht, dass in der Diskussion über zusätzliche Sparrunden auch uns klar ist, dass hier im Saal auch mehrheitsfähige Beschlüsse im Rahmen einer 2. Lesung realistischerweise keine schwarze Null erwirken können, schon gar nicht ohne Steuererhöhung. Uns in der SVP-Fraktion ist demnach klar, dass, wenn nun auch zusätzlichen Massnahmen zugestimmt wird, es bei einem Defizit bleibt, zumal man darauf verzichtete Forderungen zu stellen, die von Anfang an keine Chance haben. Das ist uns in dem Sinn ebenfalls klar und da will man auch niemandem etwas vormachen. Sandro Baumgartner kann ich beruhigen, dass man den Rotstift selbstverständlich nicht nur im Bereich der Kultur oder im Sozialen ansetzen muss, sodass ich bereits jetzt versprechen kann, dass ich entweder als Fraktion oder als Einzelsprecher in der 2. Lesung den Antrag stellen werde, entsprechend dem Vorschlag des Gemeinderates das Jahresschlussessen und die Parteienfinanzierung entsprechend zu kürzen. Wir sind also auch bereit an einem anderen Ort hinzuschauen.

Aber darum soll es heute nicht gehen, sagte ich doch bereits eingangs, dass zumindest unsere Fraktion den Fokus nicht auf die Detailberatung legen will, bei der wir uns nicht in der Lage sehen, eine abschliessende Beurteilung vorzunehmen. Vielmehr machen wir uns auf die Suche nach weiteren Einsparmöglichkeiten, respektive auf die Suche nach Lösungen für diesen Kulissen- oder Kulturwechsel, den ich bereits ansprach. Wir unterbreiten Ihnen deshalb einen Antrag, dass man für die 2. Lesung zur beantragten Steuererhöhung, die so im Vorschlag verbleibt und wir in der 2. Lesung abschliessend darüber beraten, auch aus Gründen einer gewissen Opfersymmetrie eben nicht nur die Einnahmenseite anschaut, sondern auch nach weiteren Einsparungsmöglichkeiten in den budgetierten Ausgaben sucht, und zwar in der laufenden Rechnung, und nicht in der Spezialfinanzierung, und soweit wie möglich verteilt auf sämtliche Einheiten 0-6 gemäss institutioneller Gliederung.

Also soll es nicht darum gehen, dass eine Einheit einfach alles einsparen muss und alle anderen dann nichts. Wir erwähnten zwei Posten und ich würde es sehr begrüessen, wenn wir über diese beiden



getrennt abstimmen könnten, um damit im Sinn der Wahrung der politischen Rechte jemand das eine gut finden kann und das andere nicht und umgekehrt genauso. Das sind Vorschläge, die ausdrücklich nicht abschliessend sind. Man möchte dem Gemeinderat Gelegenheit geben, seine Führungsverantwortung wahrzunehmen um umfassend zusätzliche Möglichkeiten zu präsentieren. Diese beiden Optionen dienen nur, aber sind immerhin dazu da aufzuzeigen, dass wir nicht nur immer auf die Anderen zeigen und sagen, was sie alles noch machen müssen, sondern dass wir auch selber konkrete Vorschläge präsentieren. Punkt 1 betrifft Position Nr. 6210 «Stadttheater Langenthal», was mit 1,15 Mio. Franken Nettoaufwand budgetiert wird. Uns fiel in der Fraktion auf – und ich habe den Eindruck, dass wir auch nicht die einzige Fraktion sind, die dies bemerkten, dass der Aufwand beim Stadttheater laufend ansteigt. Wenn man schaut, was im Budget 2020 an Aufwand vorgesehen war und dies mit der Rechnung vergleicht, so findet sich darin eine substantielle Abweichung. Vor allem sind die Aufwendungen deutlich höher als das, was man vor der Sanierung hatte. Dies ist namentlich im Bereich des Finanzaufwands als Folge der Abschreibung auch klar begründet, aber man gewinnt den Eindruck, dass man heute nicht genau das vorliegen hat, was man anlässlich der Abstimmung proklamierte; nämlich eine Sanierung, die ungefähr gleichbleibende Betriebskosten vorsah und ich dabei eben nicht von den Finanzfolgekosten rede. Hier sehen wir Einsparpotenzial und ich kann mich hier noch ein bisschen an das Votum von Pascal Dietrich anlehnen, der vorhin sagte, dass man eigentlich von einer umfassenden Sanierung ausging und sich jetzt im Investitionsplan bereits ein neuer Posten finden lässt. Wie hoch hier das Sparpotenzial ist, ob es sich um Fr. 100'000.00 oder Fr. 200'000.00 handelt, ist für uns heute Abend unmöglich zu beziffern. Uns ist bewusst, dass es Leistungsverträge gibt und wenn die Höhe der Einsparungen eine kritische Grösse überschreitet, es unter Umständen so ist, dass man diese Leistungsverträge neu aushandeln müsste. Ob man dies will, soll eine politische Diskussion entscheiden und nicht im Rahmen einer kurzfristigen Budgetdebatte erfolgen. Dies wäre nicht seriös. Aber uns ist jedenfalls nicht bekannt, wo hier die kritische Grösse liegen soll, weshalb wir den Frankenbetrag auch nicht benannten.

Den zweiten Punkt, den wir zu prüfen beliebt machen, betrifft die Besoldungsreserve. Dabei sind Fr. 650'000.00 in der Position Nr. 0350.3010.09 budgetiert. Im Vorjahresbudget waren es Fr. 52'000.00, so wie es dem Budget gemäss unseren Akten zu entnehmen ist. Das ist eine erhebliche Erhöhung, was zum Teil teuerungsbedingt ist und im Bericht & Antrag auch ausgeführt wurde, aber nicht nur teuerungsbedingt ist. Wir möchten hier einfach zu bedenken geben, dass man zugunsten des Personals in den letzten Jahren viel machte. Wir sind mit unseren Anstellungsbedingungen – und ich glaube, dass dies unbestritten ist, ohne Weiteres konkurrenzfähig mit anderen Gemeinden, beziehungsweise sogar besser. Gegenüber dem Kanton ist es allerdings schwierig konkurrenzfähig zu bleiben, was ganz einfach daran liegt, dass der Kanton über deutlich mehr Finanzvolumen verfügt. Es käme beim Kanton auch niemandem in den Sinn, eine finanzielle Konkurrenzfähigkeit mit dem Bund anzustreben, da dieser über noch mehr Finanzvolumen verfügt, sodass sich ein solcher Vergleich nicht anbietet. Aber im Vergleich mit anderen Gemeinden stehen wir sicherlich gut da. Ich erinnere daran, dass man ein neues Personalreglement beschloss, ohne dass man dannzumal den Giftschränk öffnete, was die Personalverbände als unverdaulich angesehen hätten. Man gestand auch grosszügige Lösungen im Bereich von Lohnausfall bei Krankheit zu, beispielsweise mit Zahlung von 100 Prozent im ersten Jahr. Im Obligationenrecht gibt es diese Berner oder Basler Skala, die nur während ein paar Monaten 100 Prozent zahlt. Ich werte dies hier nicht, sondern halte einfach fest, dass sich der Stadtrat für das Personal engagierte und man auch davon profitieren kann, dass man Tage für politisches Engagement als «bezahlt» eingeben kann. Bei einer fristlosen Kündigung gilt zwar der Kündigungsschutz nicht, so wie es auch im Privatrecht geregelt ist, wonach aber der Kündigungsschutz im Privatrecht auch ebenso wenig bei einer vereinbarten Auflösung des Arbeitsvertrags gilt, was man damals im Rahmen der Debatte ebenso herausstrich.

Man machte hier für die Angestellten ein gutes Reglement und setzte sich danach für die Angestellten noch ein weiteres Mal ein, gegen den Willen der SVP-Fraktion. Aber ich halte fest, dass wir es auch hier nicht in Frage stellen. Man nahm bei der PK-Lösung ein Upgrade auf «Sparplan midi» vor, was erneut



einer Lösung gleichkam, von der in der Privatwirtschaft sicher nicht jeder profitieren kann. Der Stadtrat machte viel für das Personal und deshalb sehen wir es für vertretbar an, dass jetzt eben auch bei der Besoldungsreserve noch einmal ein bisschen der Rotstift angesetzt wird. Ich erspare Ihnen jetzt Berechnungen, wieviel nun 2 Prozent eines Nettolohns ausmacht und wie vielen Nachtessen dies entspricht. Ich sagte bereits zuvor, dass ich es im Rahmen der Steuerberatung bereits für unseriös hielt, sodass ich hier jetzt nicht dasselbe bei der Ausgabenberatung mache. Wie hoch der Betrag ist, den man einsparen kann, beziffern wir hier nicht. Und zwar nicht, weil man nichts vorgeben möchte, sondern weil wir es nicht seriös finden, wenn man hier irgendwie im Rahmen der strategischen Oberaufsichtsebene sagt, dass man dabei beispielsweise Fr. 300'000.00 einsparen kann. Auch dies benötigt eine fundiertere Debatte mit entsprechendem Bericht & Antrag, auch wenn man bereits über eine gewisse Begründung verfügt. Man hörte zuvor Roberto Di Nino, der von Fr. 300'000.00 sprach, die irgendwo eingestellt waren und nun sind wir bei Fr. 650'000.00. Auch uns ist bekannt, dass die Teuerung zunahm. Aber ich wiederhole noch einmal, dass wir hier einen Vorschlag des Gemeinderates erwarten. Ob wir diesen dann für verträglich erachten, werden wir anlässlich der 2. Lesung entscheiden. Aber es wäre nicht seriös, wenn wir hier jetzt bereits einen Frankenbetrag nennen würden. Das wäre nun der zweite Antrag.

Ich komme zum dritten Antrag, der mir offen gestanden fast am wichtigsten ist. Hier geht es nämlich darum, eine Langfristperspektive zu machen. Auch wenn wir weitere Einsparungen vornehmen, kommen wir nach wie vor auf ein Defizit. Und im vorliegenden Finanzplan haben wir Ausgaben, die dermassen ansteigen, dass diese Ausgaben auch unter Berücksichtigung einer Steuererhöhung mit einem Mehrertrag von 1,4 Mio. Franken erneut überholt sind. Ich denke dabei an den Finanzaufwand in Folge eines höheren Bedarfs an Fremdkapital sowie an den Abschreibungsaufwand, wonach Investitionen gemäss HRM2¹ entsprechend abzuschreiben sind. Ich sagte bereits eingangs, dass Langenthal auf zu grossen Fuss lebt, sodass man bei den Investitionen Priorisierungen vornehmen muss und wir uns nicht davor scheuen dürfen, Dinge, die hier bereits schon einmal beschlossen wurden, unter den neuen Rahmenbedingungen, die jetzt so häufig erwähnt wurden, nochmals einer kritischen Würdigung zu unterziehen. Ich denke dabei insbesondere an das diskutierte Strassenprojekt mit total 14 Strassenbauvorhaben. Ich wage dazu die These, dass man 20 Prozent dieses Vorhabens zusammenstreichen könnte und am Schluss immer noch eine gute Lösung hätte. Da wählte Langenthal etwas, das eine Schuhnummer zu gross ist, wie es wortwörtlich von Pascal Dietrich formuliert wurde. Man stimmte dem dennoch zu. Aber wenn man nun das Narrativ des Gemeinderates aufnimmt, so liegen nun veränderte Rahmenbedingungen vor, sodass dies einfach nochmals kritisch geprüft und priorisiert werden sollte. Damit nun die 2. Lesung nicht einfach nur zu einer Wiederholung der 1. Lesung wird, möchten wir dies bereits als Auflage für die 2. Lesung beantragen, sodass man dem Stimmbürger mit gutem Gewissen den Mehrwert aufzeigen kann, falls nun der Stadtrat dieser Steuererhöhung zustimmen sollte und damit auch klarmacht, dass man den Handlungsbedarf erkannte. Dabei muss im Vordergrund stehen, dass es nicht darum geht, in den nächsten Jahren mit einer weiteren Forderung für eine Steuererhöhung vorstellig zu werden. Danke, wenn Sie diesen Anträgen zustimmen können und danke auch für das Zuhören.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Besten Dank. Verstand ich das nun richtig, dass es hier um vier Anträge geht, die je unabhängig und separat zur Abstimmung gebracht werden sollen? Gut. Nachdem nun die Übergänge zwischen 2. Lesung, allgemeiner Beratung und Detailberatung geradezu fließend vonstattengingen, macht es wohl Sinn, dass falls andere Fraktionen noch Anträge vorbereiteten, diese nun auch vorgebracht werden, auch wenn es dabei um konkrete Zahlen geht. Merci vielmals. Wem darf ich das Wort übergeben?

FDP/JII-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP): Ich habe offenbar eine quadratische Kopfform und es ist für mich ein bisschen schwierig, dies in den Beratungsablauf einzubringen, da unsere Anträge genereller Natur sind und weniger zahlenbezogen. Wir unterstützen dabei aber auch die Anträge, die Patrick

¹ HRM2 = Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für Kantone und Gemeinden.



Freudiger namens der SVP-Fraktion vorbrachte. Das hat vor allem damit zu tun, dass, wenn wir von der Bevölkerung eine Steuererhöhung erwarten, wir uns systematisch überlegen müssen, welche Versprechungen wir früher bezüglich Kostenhöhe abgaben. In der Vorlage für das Stadttheater wurde beschrieben, in welchem Bereich sich die Betriebskosten inskünftig bewegen. Diese sind heute deutlich höher, sodass wir verpflichtet sind den Gemeinderat zu ersuchen, uns Grundlagen für eine mögliche Korrektur zu liefern. Namentlich gerade dann, wenn es darum geht Mehrheiten zu finden. Sie wissen alle, was kein Geheimnis ist, dass es in dieser Stadt eine ganz grosse und ernstzunehmende Bevölkerungsgruppe gibt, die für mehr Sportanlagen einsteht, was aber nicht eingeplant ist. Dazu müssen wir irgendetwas sagen können, wie auch zu einem anderen Grossprojekt, das man einmal freiwillig wählte und gewisse Versprechungen bei der Abstimmung dazu abgab, und nun erklärt werden muss, warum man diese Versprechungen nicht einhalten kann. Damit muss ich die Unterstützung des SVP-Antrags nicht mehr begründen, da wir unseren Antrag zurückziehen.

Sodann haben wir zwei weitere Anträge. Diese Anträge beziehen sich dabei nicht auf Zahlen, sondern auf zusätzliche Informationen, die zwei Dinge bezwecken, was ich bereits im Eintretensvotum bekanntgab. Beim ersten Zweck geht es darum, dass wir im Rat eine höhere Sicherheit dazu erhalten, damit in unserer Stadt kein Rhythmus einer schrittweisen Steuererhöhung eingeführt wird. Falls wir nun wirklich mit einer Steuererhöhung vors Volk gehen wollen, so muss diese Sicherheit auch gegenüber dem Volk klargemacht werden, sodass wir entsprechende Ausführungen in die Abstimmungsbotschaft mitaufnehmen sollten. Entsprechend wäre es nicht seriös, wenn wir heute Abend irgendwelche Botschaftsformulierungen aus dem Sack ziehen würden. Somit zielen diese beiden Anträge in die hier umschriebene Richtung.

Der erste Antrag wurde heute Abend bereits verschiedentlich erwähnt. Man führte vor einigen Jahren mit einer Aufgaben- und Effizienzanalyse eine gute Arbeit durch, um der Politik aufzeigen zu können, wo für sie Handlungsfreiheit besteht und wo nicht. Leider verschwand dieses Projekt nach dessen Fertigstellung, ohne den langfristigen Nutzen aufzuarbeiten. Im Rahmen dieses Budgetprozesses erinnerte man sich wieder daran und ein Teil der gemeinderätlichen Unterlagen greift diese Analyse wieder auf.

Man sieht auch in den Gemeinderatsprotokollen, dass an und für sich noch mehr möglich gewesen wäre, hiess es dort doch, «dass es einfach möglich wäre» oder «verhältnismässig einfach möglich», sodass man in gewissen Budgetpositionen angeben könnte, ob der Stadtrat in diesem Bereich über Handlungsfreiheit verfügt oder nicht. Das erspart in Zukunft unnötige Budgetdiskussionen, weil dann die einzelnen Themen, bei denen man Einsparungen oder einen Verzicht vornehmen will, ausserhalb der Budgetdebatte dargestellt werden müssen. Der langen Rede kurzer Sinn, es wäre wertvoll, wenn wir uns durch geeignete Massnahmen, die im Moment nicht formuliert werden können, zukünftig besser auf die Erkenntnisse dieser «AEA» stützen könnten.

Stadtratssitzung 29. August 2022, Traktandum Nr. 6

stadtlängenthal

Antrag der FDP/jll-Fraktion

Der Gemeinderat zeigt im Hinblick auf die zweite Lesung Möglichkeiten auf, wie die Erkenntnisse aus der seinerzeitigen Aufgaben- und Effizienzanalyse («AEA») einerseits aktualisiert und andererseits systematischer in den Budgetprozess der Folgejahre eingebracht werden können.



Beim zweiten Antrag geht es darum, dass man in der Botschaft diejenigen Massnahmen, die der Gemeinderat bereits ergriff – ich denke dabei beispielsweise an diese Factsheets, ich denke an diese 50'000-Frankenbremse oder an andere Massnahmen, die sinnvollerweise bereits erarbeitet wurden, im Rahmen der weiteren Schritte in diesem Geschäft in der Botschaft namentlich herausstreicht, damit das Vertrauen entsteht, dass nun nicht jedes Jahr latent neue Steuererhöhungen anstehen und sich der Gemeinderat gegenüber der Bevölkerung entsprechend erklärt.

Stadtratsitzung 29. August 2022, Traktandum Nr. 6

Antrag der FDP/jil-Fraktion

stadtlängenthal

Der Gemeinderat überarbeitet den Entwurf der Botschaft so, dass darin die Massnahmen, die zwecks Stabilisierung der künftigen Jahresrechnungen angedacht sind, klar und prominent dargestellt werden.

Dies umschreibt diese beiden Anträge. Es sind Anträge, die vor allem auf Formulierungen in der Botschaft abzielen.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci vielmals. Nun frage ich auch noch die SP/GL-Fraktion, ob sie sich noch einmal äussern möchte?

SP/GL-Fraktion, Saima Sägesser (SP): Wie soll danach vorgegangen werden; soll dann jeder Antrag durchdiskutiert werden oder kann ich einen Ordnungsantrag stellen, dass wir die Anträge in der Fraktion nochmals besprechen können?

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Es ist die Idee, dass wir jetzt noch die allgemeine Beratung mit den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern zu Ende führen und wir dann anschliessend diese sechs Anträge, die nun im Moment auf dem Tisch liegen, die von Patrick Freudiger vorgestellten Anträge, nämlich die «Auflage für die 2. Lesung» und die konkreten Beispiele zu Stadttheater und Besoldungsreserve gemeinsam diskutieren. Und bei den anderen drei schlagen wir vor, dass man auch diese gemeinsam diskutiert, wenn dies so möglich ist. Wir können aber schlimmstenfalls auch jeden Antrag einzeln diskutieren. Wenn Sie nun einen Unterbruch wünschen, um dies kurz in der Fraktion zu besprechen, so können wir dies machen. Aber es ist klar, dass über jeden Antrag separat abgestimmt wird.

SP/GL-Fraktion, Saima Sägesser (SP): Ok, danke. Wir benötigen sicherlich einen Unterbruch um die Anträge zu besprechen. Werden nun diese Unterbrüche durch das Präsidium erlassen oder soll ich jeweils einen Ordnungsantrag stellen, damit vor jeder Blockabstimmung eine interne Diskussion in der Fraktion möglich ist?

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Wir hatten ja vor, dass wir eine Pause mit Verpflegung einschieben. Ich schlage deshalb nun vor, dass wir nun um 20.35 Uhr eine Pause machen und um 21.00 Uhr mit der Beratung fortfahren. So haben Sie einerseits die Möglichkeit sich zu verpflegen, und andererseits diese sechs Anträge zu diskutieren. Dazu mache ich noch den folgenden Hinweis, dass es für diejenigen, die vegan unterwegs sind, entsprechende Sandwiches gibt. Ich wünsche allen eine gute Pause und guten Appetit.

(Pause von 20.35 – 21.00 Uhr)

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen, herzlichen Dank für Ihre Disziplin. Es geht weiter und wir befinden uns nach wie vor im Stadium der allgemeinen Beratung mit bereits erfolgten Fingerzeigen in die Detailberatung. Wir schauten es noch kurz an, wie wir dies nun mit den Anträgen machen wollen, liegen ja nun sechs Anträge auf dem Tisch. Namentlich die von der SVP-Fraktion eingebrachten Themen: die Auflage für eine 2. Lesung sowie das Stadttheater und die Besoldungsreserve. Über diese Anträge soll dann je separat abgestimmt werden, aber die Beratung erfolgt über alle drei Anträge zusammen. Anschliessend beraten wir den Antrag der SVP und nun auch



der FDP/jII-Fraktion betreffend eine weitere Auflage für die 2. Lesung, was wir ebenso separat beraten und separat darüber abstimmen. Dann folgt der Antrag der FDP/jII-Fraktion zur Integration der Erkenntnisse der AEA und zuletzt der FDP/jII-Antrag zur klaren Kommunikation und Darstellung der eingeleiteten Massnahmen in der Abstimmungsbotschaft. Kamen alle klar damit oder sind Sie verwirrt? Gut. So beginnen wir nun mit diesen drei Anträgen der SVP-Fraktion und wir gehen dabei in der üblichen Reihenfolge vor. Da wir dabei die Antragssteller ja bereits hörten – es sei denn, dass sie sich nochmals verlauten lassen möchten, kommen wir zu den Fraktionen und anschliessend zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern sowie zum Gemeinderat. Wenn dies so in Ordnung ist, schlage ich vor, dass wir so beginnen. Wem darf ich nun das Wort zu den Anträgen der SVP-Fraktion «Auflage für die 2. Lesung» plus «Stadttheater» und «Besoldungsreserve» erteilen?

glp/EVP-Fraktion, Fabian Fankhauser (glp): Wir sind froh darüber, dass diese drei Anträge gleichzeitig behandelt werden, weil sie eben gegenseitig aufzeigen, weshalb sie aus unserer Sicht nicht so sinnvoll sind. Wir sehen nicht ein, weshalb wir bei Investitionen sparen sollten, um dann in fünf Jahren am selben Punkt zu stehen wie beim Stadttheater. Dort sparte man nämlich die energetische Sanierung zusammen, und nun haben wir dank den höheren Gaspreisen auch höhere Betriebsaufwände. Jetzt sollen wir die Kulturausgaben zusammenstutzen, weil wir höhere Gaspreise haben und dies notabene, weil wir bei den Investitionen sparen. Genauso läuft es nun in vielen Projekten, beispielsweise bei den Schulhäusern nimmt man Teil-, anstatt Komplettsanierungen vor, aufgrund dessen wir dann gerade wieder unter den höheren Energiepreisen zu leiden haben. Die jetzige Flut an Bauprojekten kommt eigentlich daher, dass wir lange Zeit Investitionsprojekte hinauszögerten, weswegen wir nun halt dieses Geld ausgeben müssen, damit sich in Zukunft die Betriebskosten senken lassen. Diesen Berg an Investitionen einfach an die nächste Generation weiter zu schieben, ist aus unserer Sicht nicht nachhaltig. Deswegen werden wir diese Anträge ablehnen. Merci.

SP/GL-Fraktion, Saima Sägesser (SP): Besten Dank für die Pause, die leider doch nicht ganz reichte um bei diesen Anträgen zu 100 Prozent durchzublicken. Für uns ist klar, dass wir einen lebenswerten Standort mit einem sehr guten und ausgebauten Kulturangebot wollen. Deshalb kommt es für uns absolut nicht in Frage beim Stadttheater zu sparen. Das hat dann nämlich zur Konsequenz, dass der Leistungsvertrag gebrochen werden könnte und man Gelder an den Kanton zurückzahlen müsste, sodass man sogar noch mehr Geld verliert, als man da aufgrund der möglichen Reduktion anstrebt. So spart man damit auch in eine laufende Saisonplanung hinein. Man baute das Stadttheater ja als Ort, um Kunst darin zu zeigen, und nicht primär dafür, Banken und Versicherungen den Raum in Miete zur Verfügung zu stellen und so Geld zu generieren. Dies geht damit in die absolut falsche Richtung.

Hinsichtlich des Antrags über die Besoldungsreserve sind wir in der Fraktion ein wenig geteilter Meinung. Da fragen wir uns schon auch, wie man dabei auf diesen Betrag kam, sind aber gleichzeitig der Meinung, dass es dennoch nicht angebracht ist bei der Besoldungsreserve des Personals reduzieren zu wollen. Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke vielmals. Gibt es weitere Fraktionen, die sich zu diesen drei SVP-Anträgen verlauten lassen möchten? Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher, die sich dazu äussern möchten?

Diego Clavadetscher (FDP): Fabian Fankhauser, wir sind nun eben genau dort, wo es in dieser Debatte schwierig wird. Wir finden, dass die Betriebsaufwendungen des Stadttheaters so ausfallen sollten, wie man dies anlässlich der Volksabstimmung entsprechend vorgab und diese dannzumal bei rund Fr. 800'000.00 lagen. Bei unserem Antrag stellte man klar, dass man auch mit Fr. 900'000.00 zufrieden gewesen wäre. Und Du sagst nun, dass dies etwas mit Heizmaterialien und gestiegenen Betriebskosten zu tun hat. Dafür wurden nun unter Position Nr. 6210.3120.20 aber insgesamt Fr. 35'000.00 budgetiert, was aber deutlich weniger ist als das, was nun an zusätzlichen Kosten budgetiert wurde. Es ist zutreffend, dass die Heizkosten nun etwas höher ausfallen und dafür in der laufenden Rechnung Fr. 6'000.00 ausgewiesen sind. Aber uns geht es um Einsparungen im Bereich von mehreren Fr. 10'000.00



gegenüber dem was wir ursprünglich in der Höhe von mehreren Fr. 100'000.00 forderten. Und dass dies wehtut, ist klar. Aber es geht uns darum, dass wir gegenüber der Bevölkerung eine Vorgabe der zukünftigen Kostenentwicklung machten und wir seither auch als Stadträtinnen und Stadträte zuschauten, wie die Kosten anstiegen. Und nun wollen wir eine Steuererhöhung, sodass wir uns den Zahlen, die anlässlich der Volksabstimmung in Aussicht gestellt wurden, anzunähern versuchen sollten. Es geht nicht um die Heizkosten, die aufgrund einer fehlenden energetischen Sanierung höher ausfallen. Das kann gemäss den vorliegenden Zahlen im Budget gar nicht zutreffen.

Roland Loser (SP): Man sieht schon, in welche Richtung die FDP hinzielt. Sie möchte nun einfach möglichst viele Informationen in die Botschaft reinpacken, damit man dann auch in 20 Jahren noch darauf verweisen kann, dass man damals sagte, dieses und jenes machen zu müssen. Wenn wir so arbeiten würden, so müssten wir ganz, ganz viele Dinge zurücknehmen oder zurückbauen, die wir in der Vergangenheit veranlassten. Da besprach man schon Dinge wie die Dividendenbesteuerung, die nun komplett anders aussehen, als wie es ursprünglich definiert wurde. Über so etwas redet Ihr dann schlussendlich aber nie. Wir waren auch schon einmal in einer Situation, dass wir die Steuern senkten. Damals sagte man auch, dass man nun mit den Steuern runtergeht, um ein bisschen das Kapital aufzubrechen, was man uns irgendwie in den Schoss legte. Ist dieses Geld dann aufgebraucht, gehen wir mit den Steuern dann auch wieder hoch. So hiess das damals und so sagtet Ihr es von rechter Seite. Und jetzt, wo wir diesen Schritt machen müssen, bringt Ihr irgendwelche Argumente dagegen vor. Das ist einfach nicht seriös und Euer Gedächtnis ist diesbezüglich nicht wahnsinnig gut.

Saima Sägesser (SP): Ich möchte noch einmal etwas zum Stadttheater sagen. Es gibt wirklich kein vergleichbares Haus, das mit einem bereits recht geringen Budget ein derartiges Programm in solch einer «geilen Hütte» realisiert. Wenn man dies nun runterspart, so spart man an einer unserer Visitenkarten von Langenthal. Es reicht nicht einfach nur Reduktionen zu fordern, ohne anzugeben, in welchem Bereich man Einsparungen vornehmen will. Die Konsequenz davon wäre, dass es keine Musicals mehr gibt, keine Opern mehr gibt und auch keine grösseren Sprechtheater mehr gibt, weil dies die Positionen sind, die Geld kosten. Das heisst, dass man an den Künsten spart. Dazu wurde das Haus aber genau gebaut. Es macht überhaupt keinen Sinn. Es macht überhaupt keinen Sinn zu verlangen, weniger auszugeben und dabei dennoch davon auszugehen, dass dies zu mehr Ertrag führt, wenn es nichts gibt, wofür man Billette kaufen kann. Ich sehe die Logik dahinter nicht, sodass ich froh wäre, wenn Ihr konkret wärt und zumindest dazustehen würdet, wo genau Ihr sparen wollt. Ist es bei Personal, ist es bei den Gastspielen, wenn die gestiegenen Heizkosten als Argument ja nicht ausreichen?

Corinna Grossenbacher (SVP): Ich versuche mich ganz kurz zu halten. Es ist immer das Gleiche: Sparen will keiner. Warum haben wir beim Stadttheater keine Zahlen vorgegeben und warum nahm die FDP die Zahlen zurück? Wir stellten einen Antrag, der es dem Gemeinderat überlässt, ohne dass damit der Vertrag gefährdet werden soll und damit geschaut werden kann, ob Einsparpotenzial vorhanden ist. Es gab viele Leute, die sich seinerzeit für die teure Variante des Theaters entschieden, unter Berücksichtigung – ich war selber im Gegenkomitee, dass danach die Unterhaltskosten auf keinen Fall höher wie x sind, was ich jetzt gar nicht benennen will. Natürlich, sparen tut weh, aber ich muss Euch auch sagen, dass, wenn Ihr nie bereit seid irgendwo was einzusparen, und damit meine ich uns alle hier, nicht nur jetzt die SP, GL, FDP, glp, ist es völlig egal, dann reicht eine Steueranlage von 1,44 gar nicht aus und Langenthal ist keine attraktive «sexy» Stadt mehr, Saima, um es mit Deinen Worten zu sagen. Dann müssen wir darüber nachdenken, den Satz auf 1,56 oder 1,58 zu erhöhen, weil wir wirklich die 36 Seiten des Finanzplans lasen und man dabei sieht, dass mit diesen 1,44 das Defizit bleibt. Danke.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Gibt es weitere Wortmeldungen von Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern? Bitte, Saima Sägesser. Aber nachher hören wir dann mit diesem Ping-Pong wieder auf, möchte ich doch lieber genau auf die Anträge Bezug nehmen lassen und nicht auf die Voten der Vorgängerinnen und Vorgänger.

Saima Sägesser (SP): Ich finde es ein bisschen schade, dass Corinna, die heute das mit dem Finger-auf-



Leute-zeigen anprangerte, nun genau dasselbe macht, weshalb ich es jetzt auch mache. Ich redete überhaupt nicht von einer «sexy» Stadt, sondern von einer «geilen Hütte», ging es mir doch um das Stadttheater, was wirklich etwas Anderes ist. Es wurde im Vorgang zu dieser Sitzung darum gebeten mit konkreten Anträgen zu kommen. Und für mich ist dies kein konkreter Antrag. Ihr habt doch eine Vorstellung, wie diese Reduktion aussehen soll. Dann benennt sie doch auch. So wäre ich froh um diesen Antrag der FDP gewesen, bei dem eine klare Zahl genannt worden wäre und man darüber hätte diskutieren und dazu hoffentlich auch hätte begründen können, wie man auf diese Zahl kommt. Wie dieser Leistungsvertrag aussieht, hätte man auch vor der Sitzung einsehen können, um bereits jetzt zu wissen, dass es nicht möglich ist, das Budget um Fr. 225'000.00 zu reduzieren, ohne diesen Vertrag zu verletzen und neu verhandeln zu müssen. Es tut mir leid, aber dieses Vorgehen ist wirklich lückenhaft.

Robert Kummer (FDP): Was wir wollen und was wir sagen, ist, dass, wenn wir dem Stimmbürger eine Steuererhöhung vorlegen, so müssen wir das, was wir dem Stimmbürger zu einem früheren Zeitpunkt versprochen, einhalten. Und wir sagten eben in Gottes Namen, dass nach der Renovation dieses Stadttheaters der Betriebsaufwand gleichbleibt und nicht ansteigt. Saima, wir müssen dem Gemeinderat nicht mehr sagen, sondern wir sagen ihm lediglich, dass er dem gerecht werden soll, was er damals in der Botschaft als verbindliche Sache vorgab. Punkt und fertig. Es wurde ja bereits erwähnt, dass wir einfach lange zuschauten und es nun immer mehr kostete, als wie wir damals versprochen. Und nun kommt eben der Tag der Wahrheit, an dem wir mit einer Steuererhöhung kommen, sodass wir auf der anderen Seite auch sagen müssen, dass wir hier nicht von der ursprünglichen Haltung abweichen sollten. Und bislang hielten wir uns hier nicht an die ursprüngliche Vereinbarung. Übrigens lagen die Nettobetriebskosten vor der Renovation gemäss Abstimmungsbotschaft bei Fr. 600'000.00. Merci.

Patrick Freudiger (SVP): Ich habe die Geschäftsordnung nicht auswendig im Kopf und so bin ich nicht mehr sicher, ob der Antragsteller bei Anträgen nach dem Gemeinderat nochmals zu Wort kommt, so wie es bei Motionen der Fall ist. Deshalb meldete ich mich jetzt kurz zu Wort.

Roland Loser, unsere Fraktion sagte jedenfalls nie, dass man die Steuern sogleich wieder erhöht, als man sie senkte. Du musst mir zugestehen, dass ich seit 2005 im Stadtrat bin und mein Gedächtnis ist nicht so schlecht, würde ich mich doch an einen solchen Fehltritt erinnern. Ich möchte auf drei Punkte Bezug nehmen. Erstens zitiere ich aus Seite 5 der damaligen Abstimmungsbotschaft zum Stadttheater: «Es ist nicht vorgesehen den heutigen Personalbestand nach Abschluss der Renovationsarbeiten zu verändern, sodass nach der Erneuerung von gleichbleibenden, jährlichen Betriebskosten ausgegangen werden kann.» Der Fairness halber lese ich den Abschnitt zu Ende. «Durch das Renovationsprojekt entstehen allerdings bauliche und infrastrukturelle Optimierungsmöglichkeiten bei der Bewirtschaftung des Gebäudes. Die Simulation entsprechender Modell-Betriebsrechnungen zeigte, dass damit das Kosten/Ertrags-Verhältnis zugunsten der Erträge wesentlich verbessert werden könnte. Entsprechende Beschlüsse sind jedoch zu gegebener Zeit zu prüfen und allenfalls zu fassen.» Da wurden gleichbleibende Kosten versprochen und wenn man sie erhöht, wurde in Aussicht gestellt, dass damit auch die Erträge viel höher ausfallen. Nun erhöhten sich die Kosten, ohne dass sich das Kosten/Nutzen-Verhältnis entsprechend verbesserte. Man sagte, dass man den Antrag ohne Nennung von Zahlen stellen möchte, damit der Leistungsvertrag am Schluss nicht innerhalb von zwei Monaten neu ausgestaltet werden muss. Dies ist nun aber effektiv Sache des Gemeinderates den Betrag im Rahmen seiner Führungsverantwortung zu benennen.

Der zweite Punkt betrifft den Antrag der Besoldungsreserve. Ich durfte nun in der Pause feststellen, dass hier nicht alle von dem ausgehen, was sich unsere Fraktion beim Stellen dieses Antrags vorstellte. Deshalb erlaube ich mir nochmals auszuführen, worum es dort geht. Erstens geht es um einen Prüfauftrag, inwieweit eine Reduktion möglich ist, weshalb man auch keine Zahl nannte. Wenn man zweitens nun konkreter werden will, machte ich einen Budgetvergleich zwischen diesen Beträgen von Fr. 52'000.00 zu diesen Fr. 650'000.00. Fairnesshalber sage ich auch hier, dass es sich bei dieser Summe von Fr. 52'000.00 einfach um das handelt, was nach Abzug der Verteilung auf die Ämter noch übrigblieb. Am Anfang hatte man gemäss meinen Informationen noch etwa Fr. 300'000.00, dann wurde



verteilt und der Rest belief sich auf Fr. 52'000.00, was dann in dieser Position verbleib. Dies führte ungefähr zu einer guten Verdoppelung. Unsere Vorstellung war nicht, dass man diese Fr. 300'000.00 am Schluss einsparen kann, doch wenn der Gemeinderat meint, dass dies ohne Probleme möglich ist, dann à la bonheur. Aber wir gingen jedenfalls nicht davon aus, dass man Aufwendungen in derartiger Höhe einsparen könnte, deshalb sagte ich vorher auch mit Blick auf das Votum von Georg Cap, dass wir uns nicht vorstellen, dass man mit dem, was mehrheitsfähig ist, auf eine schwarze Null kommt. Ich sage Ihnen hier, dass, wenn Sie diesem Antrag der SVP-Fraktion zustimmen und man darauf abgestützt die Besoldungsreserve schon nur um Fr. 100'000.00 von Fr. 650'000.00 auf Fr. 550'000.00 runterbringt, so rentierte es sich bereits diesen Antrag zu stellen und wir wären im Rahmen dieses Antrags auch bereits mehr oder weniger zufrieden mit der Umsetzung. Also muss man jetzt nicht meinen, wenn man diesem Antrag zustimmt, dass damit am Ende etwas halbiert wird. Mit Fr. 100'000.00 hätte man bereits etwas erreicht, was meine Fraktion, so glaube ich zu wissen, mehr oder weniger befriedigt, sodass man dann anlässlich der 2. Lesung auch nicht nochmals mit einem Antrag für eine weitere Reduktion vorstellig würde. Nochmals, es geht um einen Prüfauftrag, inwiefern eine Reduktion möglich ist. Man kann auch sagen, dass man die Teuerung ausgleicht, aber auf eine individuelle Gehaltsanpassung verzichtet, wie dies bei anderen Lohnrunden in anderen Organisationen auch gemacht wird. Das wäre auch bereits ein Ansatzpunkt, der zufriedenstellend sein könnte. Dies erwähne ich hier vielleicht auch zuhanden der Materialien und der Verwaltung, wie es umgesetzt werden könnte, falls es für erheblich erklärt wird. Der Antrag soll zu einer Kostenreduktion beitragen, aber wie gesagt haben wir keine überzogenen oder unrealistischen Vorstellungen.

Noch ganz zum Schluss verweise ich auf eine Anekdote, hörten wir doch vorher seitens der SP von verschiedenen Sprechern – ohne dass ich dabei mit dem Finger auf sie zeige, dass man hier nicht sparen darf. Ich fragte dann meinem Nachbarn Janosch Fankhauser, wann dann die SP/GL-Fraktion einmal dafür ist zu sparen, da immer gesagt wird, dass man hier nicht sparen kann? Wir schlossen daraufhin eine Wette um ein gutes Bier oder vielleicht auch zwei ab, ob es die SP/GL-Fraktion fertigbringt bei der heutigen 1. Lesung und bei der 2. Lesung zu insgesamt drei Vorschlägen von bürgerlicher Seite, die Beratung heute und die Detailberatung eingeschlossen, Ja zu stimmen? Oder sagt man einfach jedes Mal, dass man genau hier nicht sparen kann? Ich verlor den Glauben an das Gute noch nicht und sagte, dass wir die drei Ja schaffen. Merci.

Pascal Dietrich (parteilos): Wir wissen alle, wie die Lage im Moment aussieht und man überall Leute und Fachkräfte sucht. Ich finde es deshalb ganz wichtig, dass man dem Personal der Stadt Langenthal für das nächste Jahr einen einigermaßen angemessenen Teuerungsausgleich gewährt, weil wir es nun heute Abend bereits sehr oft hörten, dass die Inflation so hoch ist wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Deshalb war ich auch zu Beginn gegenüber diesem Antrag der SVP sehr skeptisch eingestellt, zumal der Gemeinderat hier einen gewissen Handlungsspielraum für eine Besoldungsreserve braucht. Wenn nun aber die SVP damit zufrieden ist, dort mit Fr. 100'000.00 von Fr. 650'000.00 auf Fr. 550'000.00 runter zu gehen, dünkt es mich, dass dies wohl machbar und vertretbar ist. Deshalb möchte ich hier dazu aufrufen, diesem Antrag zuzustimmen.

Ebenfalls dünkt es mich wichtig, dass man auch beim Stadttheater einmal ein Zeichen setzt. Ich weiss schon und akzeptiere es auch, dass man an diesem Programm und diesen vielen Dingen, die da geboten werden, Freude hat. Aber es kann einfach nicht sein, es kann nicht sein, dass man vor einer Sanierung sagt, dass es nachher gleichviel kostet und es aber anschliessend nicht einfach gerade das Doppelte, aber doch das Eineinhalbfache kostet. Das kann einfach sein und mich dünkt, dass dies einfach auch Eure Seite einsehen muss. Und wir sagen ja auch, dass wir nicht gerade auf diesen Betrag zurückgehen wollen, der vor der Sanierung bestand, was ja eigentlich das Richtige wäre. Wir geben da ja sogar noch etwas nach und so geht man eben auf Fr. 900'000.00 hoch, aber in diesem Bereich muss man einfach runterkommen. Und wenn Saima Sägesser verlangt, dass wir die einzelnen Positionen benennen sollen, so diskutierten wir genau diesen Punkt und kamen dabei zum Schluss, dass es gescheiter ist, wenn man dafür dem Gemeinderat einen gewissen Handlungsspielraum lässt. Wenn dies aber unbedingt der



Wunsch ist, bereite ich dies auf die 2. Lesung dann schon vor, aber dann erwarte ich auch, dass Ihr zustimmt, wenn man dann konkrete Zahlen liefert. Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci. Gibt es von Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern noch weitere Wortmeldungen? Ich sehe nun keine mehr. Ich wette nun mit mir selber, dass wir dies noch heute Abend beenden können und es nicht morgen wird. Damit ich diese Wette gewinne, bin ich Ihnen sehr dankbar, wenn wir alle atmosphärischen Störungen und Befindlichkeiten weglassen und uns nun einfach wirklich auf diese Anträge konzentrieren. Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Disziplin. Gibt es noch weitere Wortmeldungen, ansonsten frage ich den Gemeinderat und zwar die fachlich zuständige Helena Morgenthaler an, ob sie sich noch äussern möchte?

Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP): Erlauben Sie mir auf ein paar Fakten zum Stadttheater hinzuweisen. Das Stadttheater weist nach der Sanierung ein um 45 Prozent grösseres Volumen aus. Das heisst somit, dass auch 45 Prozent mehr bespielt, bewirtschaftet und beheizt werden und ja auch darin gelebt wird. Der Umbau eines Stadttheaters braucht etwa zwei Jahre, wie mir Fachleute sagten. Was man dannzumal versprach, mag sein, wozu ich aber noch ein paar Fakten ergänzen möchte. Laut Leistungsvertrag 2021 bis 2024 hat das Stadttheater betreffend Inhalt, Umfang, Qualität und Leistung bestimmte Daten zu erfüllen und diese werden jährlich durch den Kanton kontrolliert. Dafür erhält das Stadttheater vom Kanton und der Region zurzeit einen Betrag von Fr. 545'000.00. Werden nun die Aufwendungen der Stadt reduziert, so fällt das Gefüge in sich zusammen, der Schlüssel des Leistungsvertrags bricht auseinander und wir haben Geld an den Kanton und die Regionsgemeinden zurückzuzahlen. Es wurden die Aufwandüberschüsse aus den Jahren 2020 und 2021 angesprochen. Ja, das stimmt, aber Sie wissen alle, dass Corona herrschte, sodass in dieser Zeit zeitweise nur 30 Leute, dann 50 Leute und dann 100 Leute zulässig waren. Viele Leute hatten überhaupt Bedenken und blieben dem Stadttheater ganz fern. Gleichwohl hielt man das Programm aufrecht und ich verweise darauf, dass das Stadttheater ein Regiebetrieb ist und diesbezüglich nie eine kantonale Unterstützung erhielt. Die Programmzusammenstellung der Saison 2022/23 ist abgeschlossen. Der Theaterleiter beschäftigt sich bereits mit der Programmgestaltung der Saison 2023/24. Deshalb sage ich nochmals, dass ein Umbau eines Stadttheaters zwei Jahre benötigt und wir es uns nicht leisten können, diese Leistungsverträge zu brechen.

Ich komme nun noch auf einige weitere Zahlen zu sprechen, die im Vorfeld der Budgetdiskussion thematisiert wurden. Im Bereich Büromaterial, Drucksachen und Inserate ging man von Fr. 100'000.00 auf Fr. 71'000.00 runter, was zeigt, dass nicht einfach nichts passierte. Man reduzierte auch die Aufwendungen für Gastspiele. Leider musste man das Budget für Heizmaterial erhöhen. Beim baulichen Unterhalt reduzierte man die Kosten von Fr. 100'000.00 auf einen Betrag von Fr. 71'900.00 und strich dabei 28,5 Prozent. Fr. 60'900.00 von diesen Fr. 70'000.00 sind dabei gebundene Kosten, zumal es früher keine Verpflichtungen aus Serviceverträgen und Abonnements gab. Und dafür können nun wir, die für das Stadttheater eintreten, nichts dafür. Wir haben heute ein anderes Theater, als wie es eines vor der Sanierung war. Zuletzt ist noch etwas zum Antrag, den Nettoaufwand auf Fr. 900'000.00 zu reduzieren, zu sagen, den die Freisinnigen zwar zurückzogen. Ich erhielt dazu einen Auszug aus dem Jahr 2016. Dort betrug der Nettoaufwand für das alte Theater Fr. 871'000.00. Und nun ist man ja daran, dies alles wieder ins Lot zu bringen, wozu aber alle mithelfen müssen, gerade eben auch das Umfeld. Wir hoffen wirklich, dass wir aus dieser Situation herausfinden und es wieder anzieht. Ich dem Sinn bitte ich Sie diesen Antrag abzulehnen und dem Antrag des Gemeinderates zu folgen. Danke.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci vielmals. Auch Roberto di Nino möchte sich nochmals auf diese drei Anträge beziehen.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Ich fragte mich soeben, ob es dies schon einmal gab, was sonst fast in ein Geschichtsbuch gehört, dass sich die beiden SVP-Gemeinderäte gegen SVP-Anträge stellen müssen. Mir geht es nochmals um den Antrag zur Besoldungsreserve, da es hier schon nochmals wichtig ist, dass gewisse Fakten klargestellt werden müssen. Diese Fr. 52'000.00 aus dem vorjährigen Budget



umfassen nur den Restbetrag, den man nicht verteilte. Ich sagte es in meinem Votum, dass die letztjährige Besoldungsreserve Fr. 300'000.00 beinhaltete und es ist richtig, dass es dieses Jahr Fr. 650'000.00 sind. Wir müssen einfach wissen, was in dieser Position alles enthalten ist, sind es doch zwei Komponenten. Es ist einerseits die allgemeine Teuerung, die man damit ausgleichen kann und es geht andererseits auch um die individuelle Lohnerhöhung. Und in der Regel umfasste die individuelle Lohnerhöhung 1 Prozent. Wir hatten letztes Jahr eine Teuerung von 0,6 Prozent, weshalb wir mit diesen Fr. 300'000.00 auch zurechtkamen. Heute haben wir aktuell alleine eine Teuerung von 3,4 Prozent. Von dem her gesehen müsste ich schon fast sagen, dass schon dieser Betrag ein bisschen sportlich angesetzt ist. Ich sage nun bereits an dieser Stelle, dass ich für eine Anpassung dieser Position absolut keinen Spielraum sehe. Was mir an diesem Antrag auch nicht gefällt, ist die Formulierung «... aus Gründen der Opfersymmetrie weitere Einsparungen...». Ich legte in meinen Ausführungen dar, dass man dies bereits machte. Es ist ein Zufall, dass ein Verzicht von 1,5 Mio. Franken bei den Einsparungen herauschaute, aber eigentlich erreichte man die Opfersymmetrie zwischen mehr Einnahmen auf der einen Seite und weniger Ausgaben auf der anderen Seite bereits. Deshalb empfehle ich es zur Ablehnung.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke vielmals. So sind wir nun so weit parat, dass wir über diese drei Anträge der SPV abstimmen können. Wie bereits erwähnt wird über jeden Antrag separat abgestimmt. Als Erstes geht es um den Antrag «Auflage für die 2. Lesung», der hier eingebündelt ist. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, soll bitte Handzeichen geben. Wer in ablehnen möchte, zeigt nun mit der Hand an. Gibt es Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag «Auflage für die 2. Lesung» der SVP-Fraktion

21 Ja angenommen

18 Nein

1 Enthaltung

Stadtratsitzung 29. August 2022, Traktandum Nr. 6

stadtlangenthal

Antrag der SVP-Fraktion: Auflage für die 2. Lesung

Für die zweite Lesung hat der Gemeinderat zur beantragten Steuererhöhung aus Gründen der Opfersymmetrie weitere Einsparungen bei den budgetierten Ausgaben der laufenden Rechnung aufzuzeigen, soweit möglich verteilt auf sämtliche Einheiten 0-6 (gemäss institutioneller Gliederung LR der Erfolgsrechnung). Als mögliche Reduktionen fallen beispielsweise in Betracht

- Pos. 6210: Stadttheater Langenthal (budgetiert: CHF 1'125'500.00);
- Pos. 0350.3010.09: Besoldungsreserve (budgetiert: CHF 650'000);

Der Gemeinderat formuliert seine Vorschläge als beschlussreife Anträge für die Budgetberatung der zweiten Lesung.

Es folgt die nächste Abstimmung betreffend die Einsparungen beim Stadttheater Langenthal. Wer diesen Antrag der SVP-Fraktion gutheissen möchte, hält nun seine Stimmkarte in die Höhe. Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag «Einsparungen beim Stadttheater Langenthal» der SVP-Fraktion

20 Ja angenommen

18 Nein

2 Enthaltungen

Stadtratsitzung 29. August 2022, Traktandum Nr. 6

stadtlangenthal

Antrag der SVP-Fraktion

Einsparungen bei der Pos. 6210:
Stadttheater Langenthal

(budgetiert: CHF 1'125'500.00)



Wir kommen zum dritten Antrag der SVP, bei dem es um die Einsparungen bei der Besoldungsreserve geht. Wir stimmen ab: Wer dem Antrag zustimmt, zeigt dies jetzt mit der Stimmkarte an. Wer diesen Antrag ablehnen möchte, hält nun die Stimmkarte hoch. Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag «Einsparungen beim der Besoldungsreserve» der SVP-Fraktion

19 Ja angenommen

18 Nein

3 Enthaltungen

Stadtratsitzung 29. August 2022, Traktandum Nr. 6

Antrag der SVP-Fraktion

stadtlangenthal

Einsparungen bei der Pos. 0350.3010.09:
Besoldungsreserve

(budgetiert: CHF 650'000);

Nun diskutieren wir über den Antrag der SVP und der FDP/JII-Fraktion «Der Gemeinderat zeigt auf...». Er wurde ja bereits begründet, sodass wir bereits zu den Fraktionen kommen, die sich dazu äussern können. Welcher Fraktion darf ich das Wort geben?

SP/GL-Fraktion, Nathalie Scheibli (SP): Das Stichwort nach dem Statement von Robert Kummer hätte besser gepasst als jetzt. Aber ich nehme es auch jetzt noch gerne auf. Er sprach von Versprechungen. Das soll kein Fingerzeig sein, sondern ein Zitat. Ich mag mich zurückerinnern, dass man betreffend die Investitionen viel versprach, als man die Onyx-Aktien verkaufte. Nicht nur die SP erstellte dazu ein Positionspapier, wo man nun dieses Geld investieren soll, vielmehr legten alle Parteien solche Papiere vor. Vor allem, und dieser Ton war relativ einheitlich, dass man die Infrastruktur endlich wieder auf Vordermann bringen soll. Man machte dann aber nichts und irgendeinmal begann man mit der Steuersenkung und nun haben wir kein Geld mehr. Könnte man meinen. Diese Investitionen wurden nicht erst im Verlaufe der letzten Jahre nötig, sondern diese haben den Ursprung in den 90er Jahren. Ich mag mich noch an Sparbudgets erinnern, die im Stadtrat beraten wurden. Wir konnten damals nicht mit grossen Kellen anrühren und investiert wurde schon gar nicht. Deshalb, passen Sie auf jetzt noch bei den Investitionen sparen zu wollen, weil uns dies garantiert sicher einholt.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Gibt es weitere Fraktionen oder möchte sich keine Fraktion mehr dazu äussern? So kommen wir zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern.

Pascal Dietrich (parteilos): Es irritiert mich einfach schon, was hier in diesem Rat erzählt wird. Wenn man sagt, dass man nun einfach immer nur die Steuern senkte und nichts mehr investierte, sodass wir nun angeblich kein Geld mehr haben, so weiss man von meiner Vorrednerin sehr gut, wie viel wir in den letzten Jahren in die Schulinfrastruktur investierten. Für das Schulhaus Kreuzfeld 4 wurden 12 Mio. Franken investiert und für das Schulhaus Kreuzfeld 1 wurden 7 Mio. Franken aufgewendet, was zusammen schon 19 Mio. Franken an kleineren Posten ergibt, die nun erst kürzlich ausgeführt wurden. Von der Hauswirtschaft und der Teilsanierung des K3 reden wir dabei noch nicht. Also sind es deutlich über 20 Mio. Franken, die man in Langenthal in die Schulhausinfrastruktur investierte. Das war übrigens auch richtig, aber dann kann man doch hier vorne stehen und sagen, dass man nur Steuern senkte und nichts investierte. Entschuldigung, aber das ist einfach Chabis.

Sandro Baumgartner (SP): Ich bin leider nicht so gut in Kopfrechnen, aber denken Sie einfach daran, dass das Budget hier erhebliche Sparmassnahmen in Gebäudeunterhalt in der Grösse von bereits rund Fr. 400'000.00 berücksichtigt. Denken Sie einfach daran, dass uns dies auch einholen wird. Wenn wir



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 29. August 2022

heute nichts machen und nächstes Jahr nichts machen, so werden entsprechende Investitionen irgendwann doch nötig werden. Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Gibt es weitere Voten oder sonstige Wortmeldungen? Sonst frage ich den Gemeinderat an. Der zuständige Ressortvorsteher ist Reto Müller, bitte Reto.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Es betrifft hier alle Ressorts gleichermassen, da die Investitionen mehr oder weniger auf die verschiedenen Ressorts verteilt sind, in denen wir nachher Häuser und Projekte bearbeiten. Notabene geplant und umgesetzt werden sie dann vom Stadtbauamt. Ich kam 2003 in diesen Stadtrat. Dannzumal hatte man wirklich kein Geld. Das Eigenkapital lag bei null und wir hatten Schulden, worauf Zinsen zu zahlen waren, was alleine schon zwei Steuerzehntel ausmachte. Der Gemeinderat will sicherlich nie mehr dorthin zurück. Deshalb braucht es irgendwo einen Ausgleich und deshalb befinden wir uns miteinander auf diesem Weg.

Beim hier vorliegenden Antrag musste ich mich auch zuerst ganz pragmatisch fragen, wie ich die Situation heute Abend wahrnehme? Was hat jetzt das mit dem Budget für das nächste Jahr zu tun? Früher war es hin und wieder so, dass es beim Einreichen einer Motion oder beim Stellen eines Antrags hiess, dass dies nicht zulässig ist. Ich weiss, dass es dies im Stadtrat nicht mehr gibt, aber ich frage mich, ob dieser Antrag wirklich über das Budget 2023 so erledigt werden kann, nachdem Sie nun auch beispielsweise jahrelang im Finanz- und Investitionsplan zur Kenntnis nehmen konnten, dass wir immer von derselben Nettoinvestitionssumme ausgingen? Diese war immer gleich und wir haben immer noch die gleichen Voraussetzungen. Wir hatten Jahre, in denen wir diese Investitionssummen nicht erreichten, sodass Sie uns hier im Rat ziemlich kritisierten, dass man sich nun endlich bemühen soll um die geplante Investitionssumme auch effektiv zu erreichen und was das ist, wenn man nur 75 Prozent erreicht etc. Und heute Abend stellen wir fest, dass scheinbar eine Zeitenwende einsetzte und nichts mehr so ist, wie es früher war. Ich möchte nicht soweit zurückgehen wie gerade eben, aber Sie nahmen jahrelang die gleichen Finanzkennzahlen zur Kenntnis. Wenn nun der Gemeinderat der Meinung ist, dass man die Steuern pragmatisch und geplant erhöhen sollte, werden wir aufgefordert dies besser zu begründen. Ich verstehe dies entsprechend als Begründungsantrag, sodass es eher den Charakter eines Postulats hat, dass wir schauen sollen, wie wir dies in der Botschaft kommunizieren können. Aber ich muss Ihnen ehrlicherweise sagen, dass wir dies im Investitionsplan bereits machen. Die geplanten, beschlossenen und projektierten Investitionsvorhaben waren Teil des vorherigen Traktandums und Sie konnten es zur Kenntnis nehmen. Die Frage ist, ob wir den Investitionsplan überarbeiten müssen und wir eine gemeinsame Lösung finden? Ich spüre ja schon, dass Sie irgendwie mitreden wollen wie diese Priorisierung dann vorgenommen werden soll. Das verlangte auch der Grosse Rat von der Regierung, aber dort ging es auch noch um andere Dinge. Dazu sollten wir schon einmal eine Auseinandersetzung führen, weil gewisse Widersprüche nicht wegzudiskutieren sind. Wenn Sie im selben Votum sagen, dass wir die Investitionsvorhaben zu priorisieren haben, aber dann zusätzlich fordern, den Neubau einer Eishalle aufzunehmen, so ist dies irgendwo ein kleiner Widerspruch. Langenthal wäre wohl eine der ersten Städte, wenn lieber auf die Agglomerationsprogramme und damit auch auf das Kantons- und Bundesgeld verzichtet werden soll, was genau für solche Agglomerationen und Städte wie uns gedacht ist und als Motor für solche Investitionen dienen soll. Das kann es aber nicht sein, wenn wir dort freiwillig darauf verzichten. Wenn dies nun ein Antrag ist, dass der Gemeinderat mit Ihnen das Gespräch suchen soll, wie wir künftig mit dem umgehen wollen, dann handelt es sich um ein Postulat, tut mir leid. Wie man dies in das Budget einfliessen lassen kann, weil es einfach sachfremd ist, weiss ich nicht. Für das nächste Jahr weniger Abschreibungen vorzunehmen, ist uns aufgrund der Direktionsverordnung des Kantons Bern untersagt. Deshalb fehlt mir hier ein bisschen die Relevanz dieses Antrags. Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke vielmals. Gibt es sonst noch jemand vom Gemeinderat, der etwas sagen möchte? Wenn nicht, kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag der SVP- und FDP/JII-Fraktion. Wer diesen Antrag unterstützen möchte, zeigt dies nun mit der Stimmkarte. Wer sich gegen diesen Antrag ausspricht, zeigt es jetzt an. Gibt es Enthaltungen?



Abstimmung über den Antrag «Redimensionierung von Investitionsvorhaben» der FDP/jll- und SVP-Fraktion

15 Ja

19 Nein abgelehnt

6 Enthaltungen

Stadtratsitzung 29. August 2022, Traktandum Nr. 6

Antrag der SVP- und FDP/jll-Fraktion: Auflage für die 2. Lesung

stadtlangenthal

Der Gemeinderat zeigt auf, wie angedachte, geplante, beschlossene und projektierte Investitionsvorhaben priorisiert und redimensioniert werden können, um in den kommenden Jahren die Entwicklung des Eigenkapitals zu stabilisieren und einer Erhöhung des Abschreibungsaufwands sowie einer Überbelastung der städtischen Verwaltungsressourcen zuvorzukommen.

Wir kommen zum nächsten Antrag der FDP/jll-Fraktion. Dabei geht es um die Erkenntnisse im Zusammenhang mit der Aufgaben- und Effizienzanalyse. Wem von den Fraktionen darf ich zu diesem Antrag das Wort geben? Wenn sich keine Fraktionen äussern wollen, so haben nun Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher die Möglichkeit sich vernehmen zu lassen.

Roland Loser (SP): Ich gehe hier davon aus, dass es sich in etwa um denselben Fall handelt wie vorher Reto Müller sagte, und ich bin der Meinung, dass dies hier erneut nicht im Rahmen des Budgets zu klären ist und hier keinen Platz hat, sondern dazu wäre ein Postulat oder eine Motion einzureichen. Aus diesem Grund lehne ich diesen Antrag ab.

Patrick Freudiger (SVP): Man merkt, lehnt man einen Antrag ab, so schiebt man formelle Gründe vor. Im Botschaftsentwurf werden nicht nur zum Jahr 2023 Aussagen gemacht, sondern die Prognose geht über das Jahr 2023 hinaus. Selbstverständlich ist dieser Antrag, genauso wie der letzte, im Budget 2023 nur zu Teilen umsetzbar. Man kann nicht Abschreibungen, die man aufgrund zuvor beschlossener Investitionen zu machen hat, wieder kürzen, das geht nicht. Aber wir machen in der Botschaft Ausführungen über eine längere Zeitdauer hinaus. Und dann muss es doch dem Stadtrat im Rahmen einer Budgetdebatte auch erlaubt sein, über das Jahr hinaus mitzudenken. Den Investitions- und Finanzplan kann man ja nur zur Kenntnis nehmen. Im Kanton Bern gibt es Instrumente zur Planungserklärung und dann kann man diese in den Bereichen, bei denen man mitdenkt, direkt dort als verbindlich politische Erklärung einspeisen. Das können wir hier nicht machen. Wir können nicht einmal darüber abstimmen, ob wir davon Kenntnis nehmen wollen, sondern es entspricht einfach einem faktischen Vorgang. Wenn nun also der Stadtrat der Verantwortung im Rahmen seiner Budgethoheit gerecht werden soll, so hat er auch einmal über ein Jahr hinauszudenken. Ansonsten heisst es jeweils, dass die Politiker nur in Vierjahres-Rhythmen denken können. Und jetzt macht man dem Stadtrat bereits den Vorwurf, wenn er mehr als ein Jahr vorausdenken möchte. Und wenn man dies eben machen möchte, so muss man es eben im Rahmen einer Budgetdebatte machen. Wenn es die nötige Verbindlichkeit haben soll, dann vielleicht auch nicht nur im Zusammenhang mit der Botschaft. Ich hoffe, dass das Gesprächsangebot des Stadtpräsidenten immer noch Gültigkeit hat, auch wenn der Antrag zuvor abgelehnt wurde. Ich bin der Auffassung, dass dies dringend nötig ist. Und ich hoffe, dass wir dies machen können. Ob die Zeit reicht, um es dann vor der 2. Lesung zu machen, weiss ich nicht, aber wenn der Stadtrat sagt, dass man jetzt justieren muss, da man vorher vielleicht zu viel investierte und man jetzt wieder ein bisschen auf den Pfad der Tugend zurückfinden sollte, dann muss doch die Möglichkeit bestehen, diesen Überlegungen Ausdruck zu verleihen.

Dann möchte ich noch etwas zum Rechtlichen bemerken, damit das auch gesagt ist: Man macht eine Auflage für die 2. Lesung und der Gemeinderat hat in Form eines Berichts oder als Passage im Bericht & Antrag Ergebnisse zu liefern. Gestützt auf diese Berichterstattung können wir dann in der 2. Lesung entscheiden, ob wir diesem Budget zustimmen. Für die bürgerliche Seite ist es noch wichtig zu wissen, dass wir damit beispielsweise entscheiden können, ob wir den Giftschränk öffnen und einer Steuererhöhung zustimmen, weil wir genügend Vertrauen in den Gemeinderat haben, dass er im



Rahmen seiner Führungsverantwortung diese Priorisierung oder diesen Bezug zur AEA künftig vornehmen und diese Instrumente beiziehen, prüfen und evaluieren wird, und so weiter, und so fort. Haben wir genug Vertrauen in eine längerfristige Perspektive, damit wir kurzfristig einer Steuererhöhung zustimmen können, sodass dies ein einmaliger Betriebsunfall bleibt? Das müssen wir doch als Stadtrat wissen, wenn wir über diese Steuererhöhung befinden wollen. Deshalb ist es sehr richtig, wenn man auch einmal den Fächer hin zu einer längerfristigen Perspektive öffnet. Ich finde es ein bisschen schade, dass man dies jetzt mit formellen Gründen abwürgen will. Danke.

Michael Sigrist (EVP): Letztendlich können wir auch nur über das abstimmen, was hier steht und dieser Antrag bezweckt ja zwei Dinge; einerseits die Aktualisierung der Erkenntnisse aus einer acht Jahre alten Analyse und ich glaube, dass man diese aktualisiert, indem man sie aktualisiert, damit dies nachher andererseits systematischer eingebracht werden kann. Von dem her bin ich nicht dagegen, aber so lässt es sich definitiv nicht umsetzen. Aktualisieren kann man, indem man es aktualisiert, was aber nicht das Thema von heute Abend ist. Merci.

Diego Clavadetscher (FDP): Die Idee zu diesem Antrag stammt aus einem Gemeinderatsprotokoll und es überrascht mich dann ein wenig, wenn der Stadtrat nicht dasselbe diskutieren darf wie der Gemeinderat diskutierte. In der Gemeinderatssitzung vom 29. Juni 2022 redete man über diese Idee: «Ein Ratsmitglied wirft die Frage auf, ob es möglich wäre jene Budgetpositionen, die vom Stadtrat nicht geändert werden können, farblich hervorzuheben. Seitens der Verwaltung wird angemerkt, dass dies nur beschränkt möglich sei, da teilweise übertragene Aufgaben Kosten auslösen würden, welche in den jeweiligen Budgetpositionen aber nicht detailliert aufgeführt werden können. Frühere Stadtratsbeschlüsse, welche einer Wiedererwägung bedürfen, können aber gut hervorgehoben werden. Bei den gesetzlichen Aufgaben sei dies jedoch nicht abschliessend möglich.» Wenn der Gemeinderat im Rahmen des Budgetprozesses darüber reden kann, wieso dürfen wir nicht darüber reden? Und wir verlangen ja auch nicht, dass es sofort auf die nächste Lesung zu aktualisieren ist, sondern dass Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie diese Aktualisierung stattfinden kann und dann vor allem, «in den Budgetprozess der Folgejahre eingebracht werden können». Wir können uns selber beschränken, aber dann müsste sich auch der Gemeinderat zu denjenigen Themen einschränken, über die er reden möchte.

Georg Cap (GL): Ob sofort, oder nicht sofort, das ist hier die Frage? Patrick Freudiger fragte sich zurecht, ob die Zeit bis zur 2. Lesung ausreicht. Dies ist doch irgendwie sinnbildlich dafür, dass wir hier Themen zu diskutieren versuchen, die man vielleicht schon viel früher hätte anpacken sollen. Seien wir ehrlich, dass es doch bereits seit Anfang Jahr in den Parteien und Fraktionen zu brodeln anfing und es bereits diverse Leute mit mehr oder minder Scheinvorstössen versuchten mit irgendetwas Geld einzusparen. Jetzt tauchen plötzlich Fragen auf, die sich anscheinend zu Beginn des Jahres niemand überlegte, obwohl sich damals bereits alle über mögliche Einsparungen Gedanken machten. Jetzt möchte man da noch schnell, schnell in einer 2. Lesung das ganze Budget ändern oder retten. Ich sehe es nicht so, versucht man hier doch irgendwie eine Hauruck-Aktion durchzuführen, bei der ich nicht ganz verstehe, ob dies einfach Symbolpolitik ist, um den Leuten sagen zu können, dass man das Maximale versuchte, aber es dann leider nicht ging. Dann kann man wieder ein Jahr zuwarten und ein Jahr später macht man wieder dasselbe. Ich verstehe nicht ganz, wieso man solche Fragen nicht das ganze Jahr hindurch diskutiert, sich dabei Zeit lässt und es über eine längere Zeitdauer angeht? Warum drückt man nun alles in diese zwei Lesungen hinein und versucht hier noch die ganze Welt oder das ganze Budget zu ändern? Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen als Einzelsprecherin oder Einzelsprecher zu diesem Antrag der FDP/JII-Fraktion? Sonst übergebe ich gerne wieder das Wort an den Gemeinderat.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Ich und meine Gemeinderatskollegen sehen diesen Antrag nun das erste Mal, was bedeutet, dass wir ihn auch nicht beraten konnten. Ich kann einfach eine persönliche Meinung dazu abgeben. Ich sagte bereits im Vorfeld, dass, wenn es Anträge gibt, es solche sein sollten,



die man auch erfüllen kann und mit einem klaren Auftrag verbunden sind. Immerhin in dieser Hinsicht lässt sich sagen, dass dies erfüllbar ist. Wie weit dies zusätzlichen Nutzen generiert oder inwiefern diese Fakten nicht bereits jetzt schon vorhanden sind, überlasse ich Ihrer Beurteilung.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke vielmals. So sind wir parat für die Abstimmung. Die erste Frage lautet, wer diesen Antrag der FDP/JII-Fraktion unterstützen will, soll dies bitte mit der Stimmkarte zeigen. Wer dies ablehnt, soll dies jetzt mit der Karte mitteilen. Wer sich enthalten will, hält nun seine Stimmkarte hoch.

Abstimmung über den Antrag «Erkenntnisse betr. AEA» der FDP/JII-Fraktion

21 Ja angenommen

17 Nein

2 Enthaltungen

Stadtratsitzung 29. August 2022, Traktandum Nr. 6

stadtlangenthal

Antrag der FDP/JII-Fraktion

Der Gemeinderat zeigt im Hinblick auf die zweite Lesung Möglichkeiten auf, wie die Erkenntnisse aus der seinerzeitigen Aufgaben- und Effizienzanalyse («AEA») einerseits aktualisiert und andererseits systematischer in den Budgetprozess der Folgejahre eingebracht werden können.

Nun kommen wir noch zum letzten Antrag, der noch offen ist. Hier geht es nochmals um einen Antrag der FDP/JII-Fraktion. Wem darf ich dazu seitens der Fraktionen das Wort erteilen? Da sich hier offenbar niemand zu Wort melden möchte, frage ich Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher an, ob sich da jemand äussern möchte?

Diego Clavadetscher (FDP): Weil es nun schon ein Weilchen her ist, seit dieser Antrag begründet wurde, möchte ich nochmals kurz erläutern, worum es hier geht. Es geht nur darum, dass das, was Roberto Di Nino heute Abend und auch in der GPK darlegte, in die Botschaft miteinfliesst. Es sind keine neuen Erfindungen, sondern es geht um eine Berichterstattung.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Gibt es weitere Voten von Einzelsprecherinnen oder Einzelsprechern?

Gerhard Käser (SP): Wir sind bezüglich dieses Antrags sehr gespalten. Wir werden deshalb in etwa zur Hälfte zustimmen, zumal ein Teil von uns das ganze System mit den Factsheets etc. auch kennt und weiss, wie gut dort gearbeitet und wie streng mit uns umgegangen wird, die irgendetwas mit der Stadt zu tun haben. Da haben wir das Gefühl, dass dies wirklich für den Stimmbürger eine gute Sache sein kann, wenn dies etwas transparenter gemacht wird. Insbesondere ist dies auch wichtig, weil wir heute Abend das Vertrauen gegenüber dem Budget und allgemein gegenüber dem Gemeinderat nicht wahnsinnig in den Vordergrund rücken, sodass hier die Bevölkerung das Vertrauen spüren und danach das Budget, das wir das nächste Mal bestimmen, auch annehmen kann.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci vielmals. Gibt es weitere Einzelvoten? Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, so hat der Gemeinderat die Gelegenheit, sich hierzu auch noch verlauten zu lassen.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Hier gilt dasselbe wie zuvor, konnte der Gemeinderat auch diesen Antrag nicht beraten. Auf der anderen Seite scheint er aber auch nicht so umstritten, wie ich nun hörte, ganz nach dem Motto: «Tue Gutes und sprich darüber». Ich würde einfach sagen, dass der Gemeinderat das macht, was Sie hier entscheiden.

Erlauben Sie mir aber dennoch ganz kurz auf etwas hinzuweisen, was jetzt immer und immer wieder wiederholt wurde, ich zuerst nicht erwähnen wollte, es nun aber doch wichtig finde. Es wurde immer



wieder darauf verwiesen, dass es um eine schrittweise Steuererhöhung geht. So folgt jetzt der erste Schritt und dann geht es weiter. Ich dachte zuerst, dass ich diese Betrachtungsweise ignoriere, aber weil es nun so häufig genannt wurde, möchte ich es hier thematisieren. Das ist überhaupt nicht angedacht. Keine Ahnung, warum Sie zu dieser Schlussfolgerung kommen. Sie haben doch alle Kenntnis über den Finanzplan 2023 bis 2027 und sie sehen dort ganz klar, dass der Steuersatz bei 1,44 liegt, mit dem wir arbeiten wollen. Ich sagte zwar, dass im Moment die Defizitgrenze gegen Ende der Periode wieder überschritten wird, aber ich nannte Ihnen auch die Faktoren, die dazu führen. Hier einfach davon auszugehen, dass dies nun ein Schritt ist und der nächste sogleich darauffolgen wird, ist einfach nicht wahr. Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke vielmals. So kommen wir auch bei diesem Antrag zur Abstimmung. Wer diesem Antrag der FDP/JII-Fraktion zustimmen will, zeigt dies jetzt an. Wer sich dagegen ausspricht, zeigt dies mit der Stimmkarte. Wer möchte sich enthalten?

Abstimmung über den Antrag
«Überarbeitung des Botschaftsentwurfs» der
FDP/JII-Fraktion

34 Ja angenommen
2 Nein
4 Enthaltungen

Stadtratsitzung 29. August 2022, Traktandum Nr. 6

stadtlängenthal

Antrag der FDP/JII-Fraktion

Der Gemeinderat überarbeitet den Entwurf der Botschaft so, dass darin die Massnahmen, die zwecks Stabilisierung der künftigen Jahresrechnungen angedacht sind, klar und prominent dargestellt werden.

An und für sich sind wir nun mit der allgemeinen Beratung fertig. Ich möchte aber dennoch die Frage stellen, ob es noch weitere Anträge oder irgendeinen Besprechungs- oder Beratungsbedarf gibt?

C Detailberatung

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Wenn nicht, kommen wir nun an und für sich zur Detailberatung. Wir hörten nichts und uns liegt kein Antrag vor, sodass ich jetzt sogleich die Frage in die Runde stelle, ob es in der Detailberatung noch Anträge oder Beratungsbedarf gibt? Wenn dies nämlich nicht zutrifft, bin ich der Meinung, dass wir nun die Ergebnisse, so wie sie jetzt vorliegen, dem Gemeinderat mit auf den Weg geben. Wie gesagt gibt es keine Schlussabstimmung über das Budget und es gibt auch keine Verabschiedung der Botschaft. Und über die diesbezüglichen Vorstösse tauschen wir uns jetzt ebenso wenig aus und entscheiden jetzt auch nicht darüber. Wenn niemand mehr etwas einzubringen hat, so schliessen wir dieses Traktandum Nr. 6 «Budget 2023» für heute hiermit ab. Ich danke Ihnen herzlich für die konstruktiven und interessanten Diskussionen. Erlauben Sie mir aber dennoch die Bemerkung, dass ich mir dennoch gewünscht hätte, dass der dem Gemeinderat retournierte Auftrag doch etwas schärfer und glasklarer ausgefallen wäre. Und ich beneide ihn jetzt im Hinblick auf seine weiteren Arbeiten nicht wirklich. Damit ist Traktandum Nr. 6 für heute erledigt.

III Abstimmung:

Keine Schlussabstimmung über die Vorlage.



7. Interpellation FDP/jII-Fraktion, Häfliger Dyami (glp), Freudiger Patrick (SVP), Fankhauser Fabian (glp) und Mitunterzeichnende vom 16. Mai 2022: Handlungsfreiheit des Stadtrats bei Überbauungsordnungen: Beantwortung und Antrag auf Abschreibung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Wir gehen nun weiter und kommen zu Traktandum Nr. 7 mit der Beantwortung und dem Antrag auf Abschreibung der Interpellation der FDP/jII-Fraktion, Dyami Häfliger, Patrick Freudiger und Fabian Fankhauser betreffend die Handlungsfreiheit des Stadtrats bei Überbauungsordnungen. Das Eintreten ist zwingend, sodass wir direkt in die Beratung gehen.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Es gibt dazu keine Berichterstattung des Gemeinderates, weil eine schriftliche Beantwortung vorliegt und es gibt auch keine Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission. Nun erhält jemand von den Interpellanten die Gelegenheit zu einer kurzen Stellungnahme. Darf ich jemand das Wort erteilen?

Sprecher der Interpellation, Patrick Freudiger (SVP): Im Sinne einer Vermutung gehe ich davon aus, dass das Interesse bei diesem Thema möglicherweise ein bisschen reduziert ist und mit Blick auf die fortgeschrittene Zeit hat dies alles auch Auswirkung auf mein Votum, sodass ich mich entsprechend kurzfassen werde. Man stellte Fragen bezüglich der Mitwirkung des Stadtrates und dazu gab es eine Antwort. Die Frage nach der rechtlichen Ausgangslage bei einer nochmaligen öffentlichen Auflage wurde beantwortet und die Lehrsätze wurden kommuniziert. Aufgrund der zeitlichen Aktualität oder der letzten Diskussion zur Überbauungsordnung, die man danach nochmals zurücknahm, kam es nochmals zu einer Aktualisierung des Themas, wozu aber keine unmittelbare Frage gestellt wurde, sodass es dementsprechend auch keine Antwort gab. Nichtsdestotrotz steht natürlich die Frage im Raum, wenn sich der Stadtrat hier erlaubt – oder erfrecht, je nach Sichtweise, Überbauungsplanvorschriften zu ändern, dies nochmals eine öffentliche Auflage für allfällige Einsprachen bedingt und es dabei fraglich ist, ob danach zwingend so viel Zeit verloren gehen muss, weil es nach erfolgter Beratung im Stadtrat zu einer 2. Lesung kommt.

Da kam es ja das letzte Mal zu einem Übungsabbruch, was uns störte. Es wurde dann noch der Kommentar von Aldo Zaugg und Peter Ludwig zu Rate gezogen, um zu belegen, dass man so vorgehen muss. Ich erlaubte mir nun meine Ausgabe des Kommentars zum «Baugesetz des Kantons Bern» in der aktuellsten Auflage mitzunehmen und ich Ihnen nicht vorenthalten möchte, was dort steht. Ich zitiere: «...Dass Einsprachen gegen Änderungen, die erst anlässlich der Beschlussfassung oder der Genehmigung vorgenommen wurden und von den beschlussfassenden Behörden nicht mehr berücksichtigt werden können, sodass den Betroffenen nur die Möglichkeit bleibt, sich vor der Genehmigungs- oder Beschwerdeinstanz rechtlich zu wehren, ist mit Art. 33 vereinbar. Obschon diese Instanzen wegen ihrer Pflicht zur Respektierung des Planungsermessens der Planungsorgane in ihrer Beurteilung nicht gleich frei sind wie die beschlussfassende Behörde.» Das heisst mit anderen Worten, dass, wenn wir hier Überbauungsvorschriften ändern, weil dies aufgrund unserer politischen Lagebeurteilung richtig ist, so kann es sein, dass man deswegen alles nochmals öffentlich auflegen muss, um nachträglich Einsprache zu erheben. Und soweit sind wir uns einig. Es ist aber entgegen der Aussagen beim letzten Mal nicht einfach so erforderlich, dass man danach für eine 2. Lesung noch einmal in den Stadtrat zu kommen hat. Das ist eine Zeitverzögerung, die so nicht ohne Not riskiert werden soll. Die Beantwortung der Interpellation zeigt in einer politischen Würdigung letztlich generell, dass dies das Thema ist, was uns bezüglich der Mitwirkung des Stadtrates entsprechend anzugehen hat, weil wir allzu oft erst ganz zum Schluss noch involviert werden. Und gerade wenn vorberatende Kommissionen Anträge stellen, die bekannt sind, aber dennoch nicht berücksichtigt werden, und man diese hier im Stadtrat nochmals thematisiert, wonach es heisst, was man da denn jetzt noch verzögern will, führt klar zu wenig vorteilhaften Situationen. Und es zeigt eben einmal mehr, wie wichtig es wäre, dass das Parlament frühzeitig einbezogen würde. Danke für die



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 29. August 2022

Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke für diese kurze Stellungnahme. Wir kommen demzufolge bereits zur Abstimmung. Wer mit der Abschreibung dieser Interpellation einverstanden ist und das Stadtratssekretariat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, zeigt dies mit der Stimmkarte an. Gegenmehr? Enthaltungen?

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 40 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):

1. Die Interpellation der FDP/jll-Fraktion, Häfliger Dyami (gip), Freudiger Patrick (SVP), Fankhauser Fabian (gip) und Mitunterzeichnende vom 16. Mai 2022: Handlungsfreiheit des Stadtrats bei Überbauungsordnungen wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.
2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



8. Überbauungsordnung Nr. 52 "Bahnhofplatz": Erlass: Genehmigung (kombiniert mit dem Baubewilligungsverfahren)

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Es folgt Traktandum Nr. 8. Hier geht es um die Überbauungsordnung Nr. 52 «Bahnhofplatz», Erlass: Genehmigung, kombiniert mit dem Baubewilligungsverfahren. Ist das Eintreten zu diesem Traktandum bestritten? Nein, so ist dies stillschweigend genehmigt und wir starten mit der Beratung.

II B Allgemeine Beratung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Ich eröffne in dem Fall die allgemeine Beratung mit der Berichterstattung des Gemeinderates und übergebe gerne das Wort dem Stadtpräsidenten Reto Müller, Ressortvorsteher Bau- und Planungswesen.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Ich versuche mich so kurz wie möglich zu halten, obwohl es auch ein sehr gewichtiges Geschäft ist, worüber Sie heute befinden dürfen. Es geht dabei über diese Überbauungsordnung Nr. 52 «Bahnhofplatz», oder besser bekannt als «Bahnhofplatz Süd».



Wir durchlaufen mit diesem gesamten Entwicklungsschwerpunkt Bahnhof nun die entscheidende Bewilligungsphase, die sich wie folgt aufteilt: Die roten Bereiche umfassen das sogenannte «P55», das Perron-Anpassungen seitens der SBB beinhaltet wie auch die Bahnhofspassage und der neue Ausgang im Norden, hier ebenso rot dargestellt, was im Plangenehmigungsverfahren durch den Bund bewilligt wird. Die öffentliche Auflage all dieser Massnahmen, respektive vom roten und grünen Teil, über den Sie heute entsprechend beraten, fand parallel vom 15. November bis 14. Dezember 2021 statt. Es gibt dann noch die Überbauungsordnung «Langenthal Mitte»; das sind die in den Teilbereichen BB1, 2 und 3, was hier in blau dargestellt ist. Diese Verfahren werden dann dem Stadtrat ebenfalls noch zur Beratung unterbreitet, haben aber mit dem eigentlichen Entwicklungsschwerpunkt Bahnhof keinen direkten Zusammenhang und insofern wird auch diese Überbauungsordnung noch den Stadtrat passieren. Wir haben dort ja auch diesen Bereich der Überdeckung des Hochwasserkanals Richtung Norden, damit wir die Anbindung an die Hasenmattstrasse machen können. Dazu wird es ein ordentliches Baugesuchsverfahren geben, das via Regierungsstadthalteramt ablaufen wird.

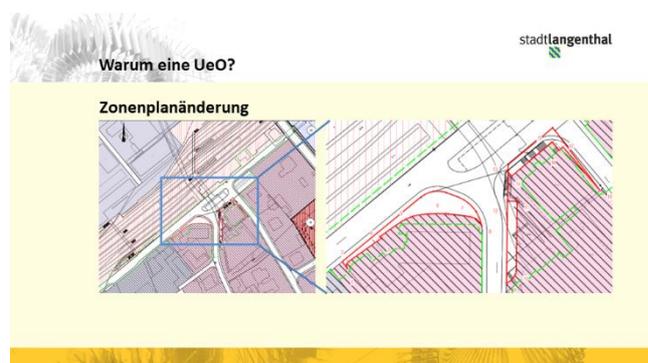




Heute geht es um dieses koordinierte Verfahren des Bahnhofplatzes, somit um all diese grünen Bereiche, die Sie hier auf diesem Chart sehen, wofür es eine Überbauungsordnung mit einem Baugesuch benötigt, was Sie beides zuhanden des AGR¹ zu genehmigen haben, sodass dies das AGR anschliessend bewilligt.



Ich möchte vielleicht noch kurz auf den Hauptbestandteil der ÜO² zu sprechen kommen, der eine Zonenplanänderung beinhaltet. Dabei geht es um eine Anpassung in den hier dargestellten Bereichen. Insbesondere betrifft dies den Vorbereich des Amtshauses, wo es mehr Platz braucht und wir diesen dafür in Anspruch nehmen müssen, damit man dort zukünftig die Bushaltestellen einrichten kann. Und es braucht auch Anpassungen im Aufgang, den es neu geben wird und dann hier auch für den Anschluss der Velounterführung an die Bahnhofstrasse, wie auch im Vorgelände des «Da Luca». Dies alles betrifft die geplanten Zonenplanänderungen.



Im Rahmen der öffentlichen Mitwirkung gingen zwölf Stellungnahmen zum Verfahren ein, was der Gemeinderat am 14. August 2019 zur Mitwirkung freigab. Es machten auch Parteien mit und es könnten dort künftig auch Fraktionen mitmachen, wenn man frühzeitig bei der Gestaltung einbezogen werden möchte. Die Stellungnahmen, die wir erhielten, zeigten mehrheitlich, dass das Vorhaben unterstützt wird und dass man diese dann nur geringfügig anpassen musste. Den Mitwirkungsbericht genehmigte der Gemeinderat am 5. Februar 2020 und gab ihn danach für die Veröffentlichung frei. Anschliessend gab er das Projekt am 8. Juli 2020 zur kantonalen Vorprüfung frei und reichte das Begehren dann am 14. August 2020 dem AGR zur Vorprüfung ein. Es gaben drei Fachstellen negative Fachberichte ab namentlich waren dies die Fachstelle für hindernisfreies Bauen des Kantons Bern (Procap), der Denkmalschutz und der Oberingenieurkreis 4. Man sichtete diese Fachberichte dann gemeinsam und Sie sehen, dass man eine Änderung in der Gestaltung des

Woher kommen wir

stadtlangenthal

Öffentliche Mitwirkung	6. September - 11. Oktober 2019	• 12 Stellungnahmen; Auswertung im Mitwirkungsbericht
Kantonale Vorprüfung	Zweistufige Vorprüfung: August 2020 – April 2021	• Änderung Gestaltung Vorbereich Amtshaus • Anpassung Höhe der Bushaltekanten • Anpassung Strassenentwässerung

¹ AGR = Amt für Gemeinden und Raumplanung.

² ÜO = Überbauungsordnung.



Vorbereichs Amtshaus, eine Anpassung der Höhe der Bushaltekanten sowie der Strassenentwässerung vornahm.

Wir starteten dann mit der öffentlichen Auflage, wozu drei Einsprachen gegen das Projekt eingingen. Wir konnten diese Einsprachen bis zum heutigen Zeitpunkt wirklich zur Zufriedenheit aller erledigen; das heisst, dass uns keine weiteren oder offenen Einsprachen vorliegen, die wir zu bereinigen haben. Voilà.

stadtlängenthal

Woher kommen wir

Öffentliche Auflage	15. November – 14. Dezember 2021	<ul style="list-style-type: none">Drei Einsprachen eingegangen
Einsprache-verhandlungen	Januar – Mai 2022	<ul style="list-style-type: none">Bereinigung aller EinsprachenResultierende Anpassungen im Vorbereich Post / da Luca, Bushaltekante A sowie Präzisierung Zufahrt Parkplatz Wiesenstrasse

Deshalb kommen wir heute zum Schluss, dass es nun um den Gegenstand dieses gesamten Dossiers in diesem kombinierten Verfahren geht. Die entsprechenden Artikel des Baugesetzes sind hier aufgeführt.

stadtlängenthal

Überbauungsordnung mit Baugesuch

Gegenstand des Erlasses des Stadtrats: **gesamtes Dossier**

In den Unterlagen erfolgt auf Grund von Art. 88 Art Abs. 6 BAUG in Verbindung mit Art. 43 Abs. 1 SG kein Unterscheiden zwischen den Inhalten der Überbauungsordnung und des Gegenstandes des Bauvorhabens. Folgende Pläne sind Gegenstand des Gesamtentscheides

Und deshalb ist auch eine extrem umfangreiche Sammlung von Plänen Gegenstand dieser Überbauungsordnung. Es handelt sich um ein Strassenplanverfahren, aber aufgrund der Tatsache, dass es dabei auch um ein Baugesuch geht, sind die Unterlagen ausserordentlich detailliert. Die Bau- und Planungskommission machte uns noch den Hinweis zu prüfen, ob man dies alles so zu genehmigen hat. Die Antwort des AGR fiel deutlich aus, dass man dies sehr wohl alles so vorlegen muss.

stadtlängenthal

UeO Nr. 52: Pläne für Gesamtentscheid z.H. AGR

- Situation Strassenbau 1:200 (Plan C.4.1)
- Koordinationsplan Werkleitungen 1:200 (Plan C.4.2)
- Abwasserplan 1:200 (Plan C.4.3)
- Querprofile Strassenbau 1:100 (Plan C.4.4)
- Situation Landenerwerb 1:500 (Plan C.4.6)
- Objektplan Velostation Grundriss UG 1:200 (Plan C.4.7.19)
- Objektplan Velostation Grundriss EG 1:200 (Plan C.4.7.2)
- Objektplan Velostation Schnitt 1:100 (Plan C.4.7.3)
- Übersichtsschema Erdungskonzept Velostation Süd (Plan C.4.8)
- Grundriss Lüftung Werkstatt und Büro 1:50 (Plan C.4.9)
- Grundriss Lüftung Velostation 1:50 (Plan C.4.10)
- Grundriss Heizung Werkstatt und Büro 1:50 (Plan C.4.11)
- Grundriss Sanitär Werkstatt und Büro 1:50 (Plan C.4.12)
- Elektro Bauprojektplan UG 1:50 (Plan C.4.13)
- Prinzipschema Lüftung Velostation (Plan C.4.14)
- Prinzipschema Lüftung Werkstatt und Büro (Plan C.4.15)
- Prinzipschema Heizung Werkstatt und Büro (Plan C.4.16)
- Prinzipschema Sanitär (Plan 0.4.17)
- Grundriss Koordination HLSE Velostation 1:50 (Plan C.4.18)
- Grundriss Koordination HLSE Werkstatt und Büro (Plan C.4.19)
- Zonenplanänderung Bahnhofplatz 1:1000 (Plan C.4.22)
- Beleuchtungsplan 1:200 (Plan C.4.24)
- Gestaltungsplan EG 1:500 (Plan C.4.25)
- Gestaltungsplan UG 1:500 (Plan C.4.26)
- Schnitt Retentionsanlage 1:25 (Plan C.4.27)



Ich möchte noch auf einen Punkt eintreten, der im Vorfeld der heutigen Stadtratssitzung an Relevanz gewann. Wie ich erklärte, befinden wir uns in einem kombinierten Verfahren. Sie erlassen heute die Überbauungsordnung und Sie genehmigen die Baubewilligung zuhanden des Amts für Gemeinden und Raumordnung. Den Baustart planen wir für das nächste Jahr. Im Vorfeld der Stadtratssitzung wurde der Gemeinderat aus dem Kreis von Stadtratsmitgliedern auf

die vorgesehene Anzahl von öffentlichen Parkplätzen für den motorisierten Individualverkehr im Perimeter der Überbauungsordnung und im unmittelbaren Umfeld südlich des Bahnhofs Langenthal angesprochen. Der Gemeinderat bedankt sich für die Hinweise aus der Mitte des Stadtrates.

In der Zwischenzeit führten wir zu diesem Punkt mehrere Gespräche und auch der Gemeinderat befasste sich kurzfristig noch einmal mit diesem Punkt und fasste auch einen Beschluss. Der Gemeinderat ist sich diesem Anspruch und der Notwendigkeit für ausreichende Parkierungsmöglichkeiten für den motorisierten Individualverkehr im Sinne von Kiss & Ride-Parkplätzen im fraglichen öffentlichen Raum bewusst und kam dabei im Rahmen der Erarbeitung der Überbauungsordnung Nr. 52 seiner Ansicht nach zu einem guten Ergebnis. Er ist aber bereit, im Rahmen der Ausführung dieses Bahnhofplatzes Süd, die Anzahl an Parkierungsmöglichkeiten im Süden für den motorisierten Individualverkehr im Sinne von Kiss & Ride-Parkplätzen an den vorgesehenen Standorten im Perimeter der Überbauungsordnung und im unmittelbaren Umfeld des Perimeters so weit als möglich und im rechtlich zulässigen Ermessensspielraum zahlenmässig zu optimieren, sodass möglichst viele Kiss & Ride-Parkplätze angeboten werden können. Sei dies beispielsweise durch eine optimierte räumliche Anordnung derjenigen Parkplätze, die wir in der Überbauungsordnung Nr. 52 bereits als Standort vorgesehen haben, also dort, wo sie heute auch als Längsparkierungsfelder eingezeichnet sind. Oder sei dies, dass man durch die Anordnung von zusätzlichen öffentlichen Parkierungsmöglichkeiten ausserhalb des Perimeters der ÜO Nr. 52 im angrenzenden Raum oder durch Miete oder durch Kauf von öffentlich zugänglichen Parkierungsmöglichkeiten für den motorisierten Individualverkehr auf Grundstücken von Dritten – was dann auch angrenzende Bereiche sein müssten, entsprechend optimieren würde. Der Gemeinderat möchte dabei den Stadtrat periodisch über seine diesbezüglichen Massnahmen informieren, was hier noch verbessert werden kann. In Abwägung aller Umstände ist der Gemeinderat allerdings der Ansicht, dass es für diese Optimierung nun keine Anträge und auch keine Anpassungen an den vorliegenden Dokumenten für den Erlass der ÜO Nr. 52 und für die Baubewilligung braucht. Eine Änderung, was ich auch noch kurz erwähnen möchte, würde eventuell dazu führen, dass es zu einem langwierigen Planungs- und Baubewilligungsverfahren kommen könnte, wie wir es vorher schon ein bisschen anlässlich der Interpellationsantwort heraushörten, und so noch einmal überdacht werden müsste. Dies könnte dann eben auch zu einer Verzögerung des Baustarts führen und auch Kostenfolgen nach sich ziehen. Insofern sind wir froh, dass wir uns vorher so über das soeben skizzierte Vorgehen einigen konnten und dies noch einmal anschauen werden.





Ich komme zum Schluss. Wenn Sie heute diese ÜO wie vorliegend genehmigen, gutheissen und zur weiteren Genehmigung inklusive Baugesuch freigeben können, so ist es bei Vorliegen des Abschlusses dieser Bewilligungsverfahren so, dass die Stadt im Januar 2023 an beschriebenen Ort mit der Ausführung starten kann. Sie sehen auch, dass das Plangenehmigungsverfahren, das via Bundesamt für Verkehr abgewickelt werden muss, in einem ähnlichen oder selben Rhythmus abläuft. Auch dort erwarten wir noch im Herbst, dass letztlich der Stempel unter unser Baugesuch und das ganze Plangenehmigungsverfahren gesetzt werden kann und wir loslegen können. Alle Zeichen stehen dort auf grün.



Es handelt sich hier um ein grosses Investitionsvorhaben, wahrscheinlich das grösste, ohne zu wissen wie weit wir zurückgehen und hier die Teuerung mitaufrechnen wollen, aber es ist ein sehr grosses Projekt. Ich hoffe, Sie können heute zu diesem Vorhaben trotz später Stunde Ja sagen, damit wir am Schluss dann diesen neuen Bahnhofplatz Süd haben. Merci vielmals und weiterhin eine gute Debatte.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci vielmals. Es gibt eine Berichterstattung aus der Geschäftsprüfungskommission, die von Martin Lerch präsentiert wird.

GPK-Sprecher, Martin Lerch (SVP): Auch ich werde versuchen mich kurz zu halten. Wir liessen uns in der GPK vom Stadtpräsidenten und dem Stadtschreiber ebenfalls umfassend orientieren, insbesondere zu dem, was wir jetzt schon in Bezug auf den Stand des Verfahrensablaufs und den Zuständigkeiten hörten. Es fand eine lebhafte Diskussion statt, worin insgesamt sieben Punkte angesprochen wurden. Ich werde in aller Kürze darauf hinweisen. Ein GPK-Mitglied wollte wissen, was es für eine Bedeutung hat, wenn der Ausgang Nord nicht wie geplant erstellt werden kann. Dazu wurde uns beschieden, dass das Bundesamt für Verkehr verlangte, dass man dort eine alternative Lösung findet. Dann erkundigte man sich nach dem rechtlichen Stand der Landerwerb. Der Stadtschreiber wies dazu darauf hin, dass das Problem weitgehend gelöst, aber noch nicht voll realisiert ist, da die notarielle Beurkundung noch nicht erfolgen konnte, wonach sie aber insgesamt rechtlich verbindlich geregelt ist. Ein weiterer Punkt betraf den Zeitplan, bei dem darauf hingewiesen wurde, dass der Baubeginn ursprünglich bereits im Jahr 2022 hätte stattfinden sollen, sodass, unter der Voraussetzung der heute Abend erfolgenden Genehmigung, der Start erst mit einer einjährigen Verzögerung umgesetzt werden kann. Eine weitere Frage betraf die Konformität der Beleuchtung der Arbeitsplätze unter dem Boden. Dazu wurde darauf hingewiesen, dass es sich dabei um eine arbeitsrechtliche Problematik handelt. Die restlichen Fragen drehten sich dann vor allem um Parkplätze. Bei den SBB-Parkplätzen und der Post unterirdischer Art nahm man zur Kenntnis, dass diese nicht für die Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden können. Es wurde dann noch auf die Diskrepanz bei der Zahl der jetzt ausgewiesenen Parkplätze im Vergleich zur Mitwirkung hingewiesen. Dazu hörten wir ja die Ausführungen des Stadtpräsidenten, die in der GPK ähnlich ausfielen. Entsprechend stellte die GPK danach die formelle Richtigkeit in Verhältnis von 6:1 Stimmen fest. Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci vielmals. So kommen wir jetzt zu den Fraktionen. Wer möchte sich hier dazu äussern?

SVP-Fraktion, Stefan Grossenbacher (SVP): Wir hörten die Ausführungen vom Stadtpräsidenten. Ich kann mich noch gut daran erinnern, als im Jahr 2007 der erste Workshop zu diesem Bahnhofplatz Süd stattfand. In der Zwischenzeit vergingen 15 Jahre und heute liegen nun die ÜO und das Baugesuch vor. Das Stimmvolk bewilligte das Geld im 2019. Ich bin überzeugt, dass es ein gutes Projekt ist, mit all



diesen anderen Playern wie der SBB, der Immomag und Privaten, die dort unten ebenso bauen. Das Projekt der Stadt macht dabei ja nur einen kleinen Teil dieser geplanten Überbauung des Bahnhofsareals aus. Der jetzige Bahnhof ist der Stadt nicht mehr würdig. Deshalb ist es gut, wenn wir dies dort realisieren können. Die SVP-Fraktion wird dieser ÜO und dieser Baubewilligung einstimmig zustimmen.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci vielmals. Gibt es weitere Fraktionen? Das ist offenbar nicht der Fall, sodass wir bereits zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern kommen.

Jana Fehrensen (FDP): Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, Sie führten hier mögliche Varianten vor, aber wir wissen nicht, wo sie stattfinden werden und meine Frage ist, bis wann Sie diese präsentieren wollen und wie das Verfahren zur Genehmigung aussehen soll? Vielen Dank.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci vielmals. Ist dies nun eine Frage an den Gemeinderat, die er dann am Schluss noch beantworten kann? Gut. So fahren wir im Moment noch weiter mit möglichen Voten von Einzelsprechenden. Gibt es weitere Wortmeldungen im Rahmen einer allgemeinen Beratung zu dieser ÜO? Wenn dies nicht der Fall ist, kommen wir zur Detailberatung.

C Detailberatung

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Sie nahmen ja zur Kenntnis, dass diese Vorlage mit Plänen und Beilagen ziemlich umfangreich ausfällt. Gibt es dazu Bemerkungen, Anträge oder sonstigen Beratungsbedarf seitens der Fraktionen? Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Ich dachte bereits, dass dieses Traktandum das zweite erratische Blöckchen darstellt, aber offenbar ist dem nicht so. Wenn es keine Wortmeldungen mehr gibt, erkläre ich die Beratung zu diesem Traktandum für abgeschlossen. Möchte der Gemeinderat noch ein Schlusswort?

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Stadträtin Fehrensen stellte eine Frage, die ich heute Abend vielleicht gar nicht zu ihrer Zufriedenheit beantworten kann. Der Gemeinderat ist bereit diese Situation anzuschauen, damit wir die Organisation dieser Kiss & Ride-Parkplätze verbessern können. Wenn es sich innerhalb dieses Perimeters befindet, den sie heute beschliessen, so sage ich, dass wir vom heute genehmigten Projekt nicht abweichen, weil dies unzulässig wäre, wozu wieder ein juristischer Vortrag gehalten werden könnte. Aber wenn es dann so wäre, würde es zu Projektänderungen führen, die je nach dem geringfügig oder erheblich ausfallen würden, sodass je nach dem eine Instanz darüber entscheiden müsste; sei dies entweder erneut der Stadtrat oder die Baubewilligungsbehörde, weil wir auch für diese Bauprojektänderung zusätzlich ein Baugesuch eingeben müssten. Dies bezieht sich auf die Tatsache, wenn es sich innerhalb des Perimeters abspielt. Ausserhalb dieses Perimeters der ÜO müsste es wie ein zusätzliches Projekt behandelt werden, wozu der Gemeinderat auf die Suche gehen könnte, ob er zusammen mit dem Stadtbauamt einen Platz findet, der sich dafür eignet. Sei dies, dass man auf der Jurastrasse auf einem Gemeindegebiet zusätzliche Parkplätze erstellt und dann geschaut werden muss, wie dies beispielsweise mit dem Villenquartier vereinbar ist, um zusätzliche Parkplätze auf einer Strasse realisieren zu können. Oder schaffen wir dies durch Zukauf oder durch eine dauerhafte Miete, so wie wir diese Bedenken verstanden. Deutlicher kann ich aber im Moment nicht werden, da wir uns auch dort ganz am Anfang befinden.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Besten Dank. Wir können nun zur Abstimmung schreiten. Sie sahen, dass es zuerst unter Ziffer I um die Pläne und die Buchstaben a bis y und anschliessend um Ziffer II geht. Hat jemand zu diesem Beschlussentwurf noch Fragen, sonst stimmen wir ab? Wer dem so wie vom Gemeinderat beantragt zustimmen kann, zeigt die mit Handerheben. Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen?



III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 2 Enthaltungen¹:

I. Der Erlass der Überbauungsordnung Nr. 52 "Bahnhofplatz" (Überbauungsordnung mit Baugesuch nach Art. 43 Abs. 1 des Strassengesetzes vom 4. Juni 2008 [SG; BSG 732.11] und Art. 88 des Baugesetzes vom 9. Juni 1985 [BauG; BSG 721.0]) wird genehmigt. Folgende Pläne sind Gegenstand des Gesamtentscheides:

- a. Situation Strassenbau 1:200 (Plan C.4.1 vom 9. April 2020 / Rev. 10. Mai 2022)
- b. Koordinationsplan Werkleitungen 1:200 (Plan C.4.2 vom 2. April 2020 / Rev. 10. Mai 2022)
- c. Abwasserwerkplan 1:200 (Plan C.4.3 vom 2. April 2020 / Rev. 10. Mai 2022)
- d. Querprofile Strassenbau 1:100 (Plan C.4.4 vom 20. März 2020 / Rev. 10. Mai 2022)
- e. Situation Landerwerb 1:500 (Plan C.4.6 vom 9. April 2020 / Rev. 10. Mai 2022)
- f. Objektplan Velostation Grundriss UG 1:200 (Plan C.4.7.1 vom 9. April 2020)
- g. Objektplan Velostation Grundriss EG 1: 200 (Plan C.4.7.2 vom 9. April 2020)
- h. Objektplan Velostation Schnitte 1:100 (Plan C.4.7.3 vom 9. April 2020 / Rev. 10. Mai 2022)
- i. Übersichtsschema Erdungskonzept Velostation Süd (Plan C.4.8 vom 9. April 2020)
- j. Grundriss Lüftung Werkstatt und Büro 1:50 (Plan C.4.9 vom 9. April 2020)
- k. Grundriss Lüftung Velostation 1:50 (Plan C.4.10 vom 9. April 2020)
- l. Grundriss Heizung Werkstatt und Büro 1:50 (Plan C.4.11 vom 9. April 2020)
- m. Grundriss Sanitär Werkstatt und Büro 1:50 (Plan C.4.12 vom 9. April 2020)
- n. Elektro Bauprojektplan UG 1:50 (Plan C.4.13 vom 9. April 2020)
- o. Prinzipschema Lüftung Velostation (Plan C.4.14 vom 9. April 2020)
- p. Prinzipschema Lüftung Werkstatt und Büro (Plan C.4.15 vom 9. April 2020)
- q. Prinzipschema Heizung Werkstatt und Büro (Plan C.4.16 vom 9. April 2020)
- r. Prinzipschema Sanitär (Plan C.4.17 vom 9. April 2020)
- s. Grundriss Koordination HLSE Velostation 1:50 (Plan C.4.18 vom 9. April 2020)
- t. Grundriss Koordination HLSE Werkstatt und Büro (Plan C.4.19 vom 9. April 2020)
- u. Zonenplanänderung Bahnhofplatz 1:1000 (Plan C.4.22 vom 31. Januar 2020 / Rev. 10. Mai 2022 zusammen Aussteckungsliste Zonenplanänderung Bahnhofplatz Süd (Dokument C.4.21.03 vom 15. Juni 2020 / Rev. 9. April 2021)
- v. Beleuchtungsplan 1:200 (Plan C.4.24 vom 9. April 2020 / Rev. 12. April 2021)
- w. Gestaltungsplan EG 1:500 (Plan C.4.25 vom 15. Juni 2020 / Rev. 10. Mai 2022)
- x. Gestaltungsplan UG 1:500 (Plan C.4.26 vom 15. Juni 2020 / Rev. 10. Mai 2022)
- y. Schnitt Retentionsanlage 1:25 (Plan C.4.27 vom 23. April 2021 / Rev. 10. Mai 2022)

II. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Die Zeit ist bereits etwas fortgeschritten und es ist bereits 22.35 Uhr. Es gibt jetzt noch ein paar Traktanden, wozu ich sehr dankbar wäre, wenn wir diese noch abarbeiten könnten. Wir können dabei noch schauen, wie wir zeitlich drin liegen und wie weit wir noch mögen. Ich möchte einfach sehr gerne so weit wie möglich kommen heute Abend. Einfach, dass Sie das wissen und ich sehr dankbar bin, wenn nicht sogleich ein Ordnungsantrag auf Sitzungsabbruch gestellt wird, da wir doch noch einige Traktanden vor uns haben, zu denen ich froh wäre, wenn wir sie noch heute beraten könnten.

¹ Bei mittlerweile noch 39 anwesenden Stadratsmitgliedern.



9. Motion Gerber-Möri Franziska (GL), Loser Fries Stefanie (SP), Zürn Fanny (GL) und Mitunterzeichnende vom 20. September 2021: Erarbeitung eines Biodiversitätskonzepts als verbindliche Planungs- und Arbeitsgrundlage der Stadt Langenthal: Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): So kommen wir zu Traktandum Nr. 9. Hier geht es um die Motion von Franziska Gerber-Möri, Stefanie Loser Fries, Fanny Zürn und Mitunterzeichnende zur Erarbeitung eines Biodiversitätskonzepts als verbindliche Planungs- und Arbeitsgrundlage der Stadt Langenthal: Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung. Das Eintreten zu diesem Geschäft ist zwingend und wir steigen direkt in die Beratung ein.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Seitens des Gemeinderates gibt es keine Berichterstattung, da die Stellungnahme bereits schriftlich vorliegt und auch die GPK lässt sich dazu nicht vernehmen. Wer von den Motionärinnen möchte sich zum Anliegen äussern?

Sprecherin der Motion Fanny Zürn (GL): Ich werde mich auch kurzhalten, denn je später es wird, desto weniger kommen die Sätze bei mir gerade heraus, was ich Ihnen nicht antun möchte. Ich möchte mich ganz herzlich für die Arbeit bedanken, die auch vom Stadtbauamt gemacht wurde. Wir sehen das als richtigen Weg an und wir finden es auch gut, dass der Natur- und Tierschutzverein seine Meinung dazu abgeben kann und sein Wissen abgeholt wird. Wir würden es aber sehr begrüßen, wenn das Biodiversitätskonzept am Schluss noch vom Stadtrat zur Kenntnis genommen werden kann, damit wir auch sehen, was alles lief. Wir werden, und nun rede ich auch für die SP/GL-Fraktion, dieser Abschreibung zustimmen. Besten Dank.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke bestens. So kommen wir zu den Fraktionen. Wer möchte sich hierzu äussern? Ich sehe niemanden. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Auch hier sehe ich niemanden. Gibt es weitere Wortmeldungen? Möchte sich der Gemeinderat noch dazu verlauten lassen? Nein, besten Dank. So erkläre ich die Beratung als geschlossen. Wir kommen zur Sprecherin der Motion, die noch ein Schlusswort halten könnte. Das wird nicht gewünscht und so schreiten wir zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Gemeinderates zustimmen, die Motion abschreiben und das Stadtratssekretariat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, belegt dies nun bitte mit der Stimmkarte. Gibt es ein Gegenmehr? Enthaltungen?

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig)¹:

1. Die Motion Gerber-Möri Franziska (GL), Loser Fries Stefanie (SP), Zürn Fanny (GL) und Mitunterzeichnende vom 20. September 2021: Erarbeitung eines Biodiversitätskonzepts als verbindliche Planungs- und Arbeitsgrundlage der Stadt Langenthal wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.
2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

¹ Zwei Stadratsmitglieder befinden sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Saal.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 29. August 2022

Protokollauszug an

- Gemeinderat



10. Dringliche Motion Gap Georg (GL), Gerber Schärer Cornelia und Mitunterzeichnende vom 16. Mai 2022: Verbesserung der Situation für den Verein "Gassechuchi" in Langenthal: Stellungnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Es folgt nun Traktandum Nr. 10 betreffend die dringliche Motion von Georg Cap, Cornelia Gerber Schärer und Mitunterzeichnende bezüglich die Verbesserung der Situation für den Verein «Gassechuchi» in Langenthal, Stellungnahme. Das Eintreten zu diesem Traktandum ist auch hier zwingend und es folgt die Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Es gibt auch keine Berichterstattung des Gemeinderates, denn auch hier liegt eine schriftliche Stellungnahme vor. Wir haben auch keinen Bericht der GPK vorliegen. Wenn ich es richtig mitbekam, ist Georg Cap Sprecher der Motion ist, bitte sehr.

Sprecher der Motion, Georg Cap (GL): «Ich mache es kurz», was nun anscheinend zum geflügelten Wort von heute Abend wird. Wir danken dem Stadt- und dem Gemeinderat für die ausführliche und sorgfältige Beantwortung dieser Motion. Es freut uns auch, dass die Gemeinde der «Gassechuchi» im Rahmen dieser Beantwortung ihren Dank und ihren Zuspruch aussprach. Uns war auch klar, dass es keine goldene Wunderlösung gibt, ansonsten wir diese auch konkret gefordert hätten. Ich denke, das, was umgesetzt wird, ist das Beste, was man diesbezüglich im Rahmen der herrschenden Bedingungen herausholen kann. Von dem her sind wir durchaus zufrieden mit dem Weg und der Richtung, die die Stadt hier einschlägt. Wir hoffen, dass die Stadt natürlich auch in Zukunft weiterhin so offen und unterstützend gegenüber der «Gassechuchi» und anderen sozialen und ehrenamtlichen Projekten eingestellt ist. Wir hoffen ebenso, dass die versprochenen Massnahmen, von denen ich weiss, dass sie teilweise bereits aufgegleist wurden, und der Raumwechsel in Einklang mit der LFG¹ abgewickelt werden kann. In dem Sinn danke ich dem Gemeinderat und empfehle Ihnen der Abschreibung zuzustimmen.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci vielmals. Wir kommen zu den Fraktionen. Wer möchte sich zu dieser Motion äussern?

FDP/jII-Fraktion, Irene Ruckstuhl (FDP): Die FDP/jII-Fraktion stimmt dem Gemeinderat zu, dass diese Motion als erledigt vom Protokoll abgeschrieben werden kann. Wir finden es ein bisschen schade, dass die Stadt mit Aufgaben beauftragt wird, die bereits am Laufen sind. Gemäss dem Sozialamt sind diese Arbeiten seit längerem am Tun und es kam auch bereits zu diversen Gesprächen mit der «Gassechuchi» wie auch zu Begehungen. Deshalb finden wir es ein wenig schade, wenn die Stadt mit solchen Aufgaben beauftragt wird, die bereits am Laufen sind, sodass man solche Ressourcen vielleicht anderweitig nutzen könnte. Merci für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci vielmals. Gibt es weitere Fraktionsvoten? Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Ich sehe niemanden. Gibt es weitere Wortmeldungen? Möchte sich der Gemeinderat nochmals verlauten lassen?

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Ich verstand Stadträtin Irene Ruckstuhl akustisch nicht ganz, aber ich kann einfach sagen, dass die Stadt bereits vor Einreichung der Motion an diesem Thema dran war und man führte entsprechende Verhandlungen. Stand der Dinge heute ist, dass der Vertrag noch nicht abgeschlossen ist, aber sich auf gutem Weg befindet.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke auch dafür. So erkläre ich diese Beratung als geschlossen. Möchte der Sprecher der Motion nochmals etwas sagen, Georg Cap? Nein, so kommen wir zur Abstimmung, wofür es drei einzelne Abstimmungen braucht: Einmal über die Frage, ob es sich um eine Motion mit Richtlinien- oder Weisungscharakter handelt. Einmal zur Frage der Erheblichkeitserklärung und zuletzt über

¹ LFG = Langenthaler Fasnachtsgesellschaft.



die Abschreibung der Motion.

Es folgt nun die erste Abstimmung über die rechtliche Qualifikation dieser Motion. Wer diese Motion, wie es auch der Gemeinderat beantragt, als Motion mit Richtliniencharakter behandeln möchte, zeigt nun seine Stimmkarte. Gegenmehr? Enthaltungen?

Es folgt die nächste Abstimmung, bei der es um die Erheblicherklärung geht. Wer gemäss dem Gemeinderat diese Motion als erheblich erklären möchte, soll dies nun mit der Stimmkarte bezeugen. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Zuletzt geht es um die Frage nach Abschreibung der Motion sowie um den Auftrag des weiteren Vollzugs durch das Sekretariat des Stadtrates. Wer dem zustimmen kann, zeigt dies jetzt an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):

- I. Die dringliche Motion Cap Georg (GL), Gerber-Schärer Cornelia (SP) und Mitunterzeichnende vom 16. Mai 2022: Verbesserung der Situation für den Verein "Gassechuchi" in Langenthal wird als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert.

Der Stadtrat beschliesst mit 31 Stimmen Ja gegen 6 Stimmen Nein und 2 Enthaltungen:

- II. 1. Die dringliche Motion Cap Georg (GL), Gerber-Schärer Cornelia (SP) und Mitunterzeichnende vom 16. Mai 2022: Verbesserung der Situation für den Verein "Gassechuchi" in Langenthal wird erheblich erklärt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):

1. Die dringliche Motion Cap Georg (GL), Gerber-Schärer Cornelia (SP) und Mitunterzeichnende vom 16. Mai 2022: Verbesserung der Situation für den Verein "Gassechuchi" in Langenthal wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.
2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



11. Beschlussantrag Cap Georg (GL), Zürn Fanny (GL), Lehmann Päivi (SP), Fankhauser Fabian (gfp) und Mitunterzeichnende vom 16. Mai 2022: Einführung eines Bevölkerungsvorstosses: Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Für die nächsten Traktanden übergebe ich das Wort dem Vizepräsidenten des Stadtrats, weil ich dazu die Berichterstattung des Stadtratsbüros übernehme.

Vizepräsident des Stadtrats Michael Schenk (SVP): Guten Abend beisammen, auch ich versuche noch mein Glück zu später Stunde. Wir kommen zu Traktandum Nr. 11 mit dem Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist bezüglich des Beschlussantrag von Georg Cap, Fanny Zürn, Päivi Lehmann, Fabian Fankhauser und Mitunterzeichnende vom 16. Mai 2022 zur Einführung eines Bevölkerungsvorstosses. Das Eintreten ist zwingend und wir fahren direkt mit der Beratung fort.

II Beratung:

Vizepräsident des Stadtrats Michael Schenk (SVP): Dazu berichtet die Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi als Vertreterin des Stadtratsbüros. Ich möchte dabei noch darauf hinweisen, dass die Berichterstattung sogleich für Traktandum Nr. 11 wie auch für Traktandum Nr. 12 gilt.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Es geht hier unter Traktandum Nr. 11 um die Einführung eines Bevölkerungsvorstosses und unter Traktandum Nr. 12 um die Einführung eines Jugendvorstosses, die beide im Mai 2022 als Vorstösse eingereicht wurden. Das Büro des Stadtrates traf sich mehr als einmal und wir setzten uns wirklich seriös mit diesen Forderungen auseinander und kamen zu einer Haltung, die wir auch verabschiedeten. Wir sahen nun, dass diese Frage, ob man solche Instrumente und solche «politischen Rechte» zuerkennen sollte, nicht eine ist, die sehr dringend, dafür aber relativ grundsätzlich ist. Deshalb scheint es sinnvoll, dass etwas mit solch langfristigen Auswirkungen auch dem Gemeinderat zur Stellungnahme unterbreitet wird. Ich denke, es ist für uns alle als Entscheidungsgrundlage wichtig, dass wir wissen, was der Gemeinderat zur Einführung eines Bevölkerungsvorstosses oder eines Jugendvorstosses denkt. Aber es ist klar, dass auch der Gemeinderat für das Erstellen einer Stellungnahme seine Zeit benötigt, sodass wir nun diese beiden «parlamentarischen Vorstösse» nicht rechtzeitig für diese Stadtratssitzung aufbereiten konnten, was auch nicht für den September möglich sein wird. Deshalb sind wir Ihnen sehr dankbar, wenn wir die Frist für die Beantwortung bis zur übernächsten Stadtratssitzung per Ende Oktober verlängern können. Ich bedanke mich herzlich für Ihre Unterstützung und Ihr Vertrauen.

Vizepräsident des Stadtrats Michael Schenk (SVP): Merci. Eine Berichterstattung der GPK liegt keine vor. Gibt es Fraktionssprecher?

SP/GL-Fraktion, Georg Cap (GL): Besten Dank für die Antwort und die Begründungen. Uns ist klar, dass es hier um ein umfangreiches Thema geht und wir sind wohl alle froh, dass wir dies nun nicht auch noch heute Abend an dieser reich befrachteten Sitzung zu beraten haben, weil dies ja durchaus noch Diskussionsstoff beinhaltet. Ich finde es auch im Namen der Motionärinnen gut, dass auch der Gemeinderat noch dazu Stellung beziehen kann, damit es möglichst viele Stimmen gibt und eine gute Grundlage vorliegt, um diese zwei doch wichtigen Themen in Ruhe zu diskutieren. Ja, es sind jetzt auch nicht Themen, die mega pressieren, deshalb ist die Fristverlängerung auch kein Problem und weil es so schön heisst: «Gut Ding will Weile haben», nehmen wir dies so zur Kenntnis und empfehlen den Antrag ebenso zur Annahme.

Vizepräsident des Stadtrats Michael Schenk (SVP): Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen von Fraktionen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Einzelsprecher? Auch das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es noch weitere Wortmeldungen, allenfalls seitens des Gemeinderates? Auch das trifft nicht zu. Somit schliesse ich die Beratung. Wünschst Du nochmals das Wort, Beatrice. Nein, so kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Büros auf Fristverlängerung bis 31. Oktober 2022 gemäss Ziffer 1 zustimmen kann und das Büro des Stadtrates gemäss Ziffer 2 mit dem weiteren Vollzug beauftragen will, soll dies mit der



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 29. August 2022

Stimmkarte zeigen. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen?

III Abstimmung:

- Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):
 1. Die Fristverlängerung bis zum 31. Oktober 2022 für die Einreichung der Stellungnahme zum Beschlussantrag Cap Georg (GL), Zürn Fanny (GL), Lehmann Päivi (SP), Fankhauser Fabian (glp) und Mitunterzeichnende vom 16. Mai 2022: Einführung eines Bevölkerungsvorstosses wird genehmigt.
 2. Das Büro des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



12. Beschlussantrag Cap Georg (GL), Zürn Fanny (GL), Lehmann Päivi (SP), Fankhauser Fabian (glp) und Mitunterzeichnende vom 16. Mai 2022: Einführung eines Jugendvorstosses: Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist

I Eintreten:

Vizepräsident des Stadtrats Michael Schenk (SVP): Wir kommen nun zu Traktandum Nr. 12. Auch hier ist das Eintreten zwingend.

II Beratung:

Vizepräsident des Stadtrats Michael Schenk (SVP): Beatrice Lüthi redete dabei ja bereits zu beiden Vorlagen. Von der GPK liegt ebenso wenig ein Bericht vor. So kommen wir wieder zu den Fraktionssprechern. Gibt es dazu Wortmeldungen? Einzelsprecher? Das scheint alles nicht der Fall zu sein. Gibt es sonst weitere Wortmeldungen? Auch seitens des Gemeinderates nicht? Gut, somit ist die Beratung geschlossen und wir stimmen ab.

Wer dem Antrag des Büros wie zuvor zustimmen möchte, soll dies mit der Stimmkarte bezeugen. Gegenmehr? Enthaltungen?

III Abstimmung:

- Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):

1. Die Fristverlängerung bis zum 31. Oktober 2022 für die Einreichung der Stellungnahme zum Beschluss Cap Georg (GL), Zürn Fanny (GL), Lehmann Päivi (SP), Fankhauser Fabian (glp) und Mitunterzeichnende vom 16. Mai 2022: Einführung eines Bevölkerungsvorstosses wird genehmigt.
2. Das Büro des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 29. August 2022

Vizepräsident des Stadtrats Michael Schenk (SVP): Wir kommen nun zu Traktandum Nr. 13.

Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Ich möchte gerne einen Ordnungsantrag stellen, weil ich denke, dass das nächste Traktandum nicht so durchflutscht wie die letzten beiden und es wohl zu längeren Diskussionen kommt. Deshalb möchte ich gerne den Ordnungsantrag um Vertagung in die nächste Stadtratssitzung vom September stellen. Darf ich sogleich auch noch einen zweiten Ordnungsantrag vorbringen, dass wir bitte die Daten der Stadtratssitzungen von nächstem Jahr zugestellt erhalten? Danke.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Besten Dank. Bevor wir weiterfahren, stimmen wir über diesen Ordnungsantrag ab. Ich verstand das richtig so, dass beantragt wird, die Sitzung jetzt zu schliessen und die restlichen Traktanden auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Entschuldigung nein, ich dachte nur an das Traktandum Nr. 13, sollte das Traktandum Nr. 14 dann wieder problemlos sein.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Solch eine Auswahlendung ist eben nicht wirklich möglich.

Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Gut, dann brechen wir ab und so stelle ich einen Ordnungsantrag für Beendigung der Sitzung.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Gibt es noch Voten zu diesem Antrag? Nein, so stimmen wir über diesen Ordnungsantrag von Franziska Zaugg-Streuli ab, dass wir die Sitzung hier beenden und die übriggebliebenen Traktanden auf die September-Sitzung verschieben.

Wer diesen Antrag unterstützen möchte, soll dies jetzt zeigen. Wer dem Antrag nicht folgen möchte, bitte Hand hoch. Wer möchte sich enthalten?

Ansonsten kann ich Sie darüber informieren, dass die Planung der nächstjährigen Stadtratsdaten relativ bald kommuniziert wird. Was wir auf jeden Fall noch durchführen, falls es nun zum Sitzungsende kommt, ist die Bekanntgabe der eingereichten Vorstösse.

Abstimmung über den Ordnungsantrag zur Beendigung der Sitzung von Franziska Zaugg-Streuli (FDP):

21 Ja angenommen

16 Nein

2 Enthaltungen



13. A Eingereichte dringliche Motion Bayard Paul (SP), Cap Georg (GL), Fankhauser Fabian (glp) und Mitunterzeichnende vom 29. August 2022: Forcierter Ausstieg aus der Erdgasfalle

Motionstext:

"Forcierter Ausstieg aus der Erdgasfalle

Antrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt, ...

- den Energierichtplan noch stärker als geplant auf die Reduktion des Erdgasverbrauchs zu trimmen.
- die IBL durch eine Änderung der Eigentümerstrategie in die Pflicht zu nehmen, Wärmeverbünde und andere alternative Energieträger forciert auszubauen.
- die IBL-Dividende gezielt in die Förderung von Energiespar- und Fördermassnahmen zu investieren.
- ein Finanzierungskonzept für das forcierte Ausstiegsszenario zu erarbeiten.

Begründung: Der Krieg Russlands gegen die Ukraine zeigt drastisch die Verwundbarkeit unserer Energieversorgung, wenn die Russen am Gashahn der Nordstream-Pipeline drehen. Die Ziele der russischen Regierung sind weiter gefasst als die Zerschlagung der Ukraine. Endziel ist die Zertrümmerung der Demokratien westlichen Zuschnitts. Die Wahrscheinlichkeit, dass wir im kommenden Winter kalte Füsse haben werden, ist sehr hoch. Wir müssen deshalb, wenn auch eigentlich bereits zu spät, darauf fokussieren, die Abhängigkeit von fossilem Gas zu minimieren und im Abwehrkampf gegen die russischen Grossmachtansprüche mit dem Bund, den Kantonen und Städten zusammenzustehen. Dabei können wir es nicht bei Pflasterlipolitik belassen. Viele Bürgerinnen und Bürger haben den Ernst der Lage inzwischen erkannt. Uns ist bewusst, dass die IBL bereits einiges in die richtige Richtung unternehmen. Der bereits rollende Transformationsprozess muss aber unbedingt weiter beschleunigt werden."

Paul Bayard
(Erstunterzeichnender)

Beantragte Dringlichkeit gemäss Beschluss des Büros des Stadtrates vom 29. August 2022 bestätigt.

Begründung der Dringlichkeit: Der Winter naht und es erträgt in der Sache keinen Aufschub.

Die Behandlung der dringlich erklärten Motion erfolgt gemäss Art. 52 Abs. 1 lit. c., Abs. 2 und 3 sowie Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates.¹³

1 Art. 52 Abs. 1 lit. c., Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Fristen)

¹ Der Gemeinderat hat innert folgender Fristen vorzulegen:

c. dringlich erklärte Vorstösse: in der Regel bis zur nächsten Ratssitzung.

² Auf begründetes Gesuch des Gemeinderates kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Frist verlängern, höchstens aber verdoppeln. Bei dringlich erklärten Vorstössen ist keine Fristverlängerung möglich.

³ Erfolgt die Beantwortung nicht innert der Frist bzw. wird kein Fristverlängerungsgesuch gestellt oder ein solches abgelehnt, so kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Beschlussfassung über Motionen und Postulate traktandieren, ohne dass eine Antwort des Gemeinderates vorliegt.

Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Form der Behandlung)

Die Beantwortung der parlamentarischen Vorstösse erfolgt in der Regel schriftlich.



13. B Eingereichte dringliche Interpellation Lerch Martin (SVP), Grossenbacher Corinna (SVP), Fluri Patrick (SVP), Grossenbacher Stefan (SVP) und Mitunterzeichnende vom 29. August 2022: Drohende Energiemangellage im kommenden Winter – Vorbereitungsstand der Stadt Langenthal?

Interpellationstext:

"Drohende Energiemangellage im kommenden Winter – Vorbereitungsstand der Stadt Langenthal?"

Anfrage:

1. Der Gemeinderat wird angefragt, ob und wie er sich auf das Szenario einer Energiemangellage in Langenthal (vorab in den Bereichen Gas und elektrischem Strom) vorbereitet, bzw. vorzubereiten beabsichtigt?
2. Ist der Gemeinderat willens, im Hinblick auf eine drohende Energiemangellage die erforderlichen Massnahmen in seinem Zuständigkeitsbereich frühzeitig, bzw. zeitgerecht zu empfehlen und/oder anzuordnen, zum Beispiel durch die Einsetzung einer «Taskforce»?
3. Welche Massnahmen haben nach Ansicht des Gemeinderates bei einer Energiemangellage in Langenthal auf kommunaler Stufe Priorität (allenfalls in Ergänzung zu Massnahmen des Bundes, des Kantons, des Energieversorgers und der zuständigen Führungsstäbe)?
4. Wie ist der aktuelle Stand der Vorbereitungsmassnahmen mit den Kooperationspartnern (Kanton, umliegende Gemeinden, IBL, Krisenstäbe, weitere)?
5. Ist der Gemeinderat willens, im Sinne einer vertrauensbildenden Massnahme die Bevölkerung fortlaufend über den Stand der Vorbereitungsarbeiten auf geeignete Weise zu informieren? Wenn ja, auf welchen Info-Kanälen?
6. Sieht der Gemeinderat Möglichkeiten, angesichts der durch die Decke gehenden Energiepreise der Bevölkerung eine Entlastung zu bieten?

Begründung: Vor einer Energiemangellage, die schon im bevorstehenden Herbst und Winter Realität werden kann, wird praktisch täglich von den zuständigen Stellen (Elcom, Bund, Kanton, etc.), aber auch in diversen Medien gewarnt. Langenthal stützt sich im Bereich der Energieversorgung im Vergleich zu andern Städten auf einen sehr hohen Gasanteil ab und würde voraussichtlich bei einer Gasmangellage besonders hart getroffen. Es rechtfertigt sich allein schon deshalb, das Thema jetzt rasch und proaktiv anzugehen und mit allen zuständigen und involvierten Stellen unverzüglich eine Strategie mit möglichen Szenarien zu entwickeln. Dies insbesondere im Bereich der Gas-, aber natürlich auch bei der Stromversorgung. Nötigenfalls wird es erforderlich sein, in enger Kooperation mit den IBL, die sich zu 100% im Besitz der Stadt befinden, zielführende Lösungen zu erarbeiten.

Nachdem das Thema in den letzten Wochen eine hohe Virulenz erlangt hat, ist es im Sinne einer vertrauensbildenden Massnahme unabdingbar, dass die Bevölkerung fortlaufend und breit über den Vorbereitungsstand informiert wird.

Nachdem Körperschaften auf verschiedener Stufe und in verschiedenen Ländern, ihre Bevölkerung aufgrund der explodierenden Energiepreise zu entlasten versuchen oder bereits entlastet haben, fragt es sich, ob solche Schritte nicht auch in Langenthal erforderlich sind."

Martin Lerch
(Erstunterzeichnender)

Beantragte Dringlichkeit gemäss Beschluss des Büros des Stadtrates vom 29. August 2022 bestätigt.

Begründung der Dringlichkeit: Eine Energiemangellage kann bereits ab dem unmittelbar bevorstehenden Herbst Realität werden, weshalb die Dringlichkeit offensichtlich gegeben ist.



Die Behandlung der dringlich erklärten Interpellation erfolgt gemäss Art. 52 Abs. 1 lit. c., Abs. 2 und 3 sowie Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates.¹⁴

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

1 Art. 52 Abs. 1 lit. c., Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Fristen)

¹ Der Gemeinderat hat innert folgender Fristen vorzulegen:

c. dringlich erklärte Vorstösse: in der Regel bis zur nächsten Ratssitzung.

² Auf begründetes Gesuch des Gemeinderates kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Frist verlängern, höchstens aber verdoppeln. Bei dringlich erklärten Vorstössen ist keine Fristverlängerung möglich.

³ Erfolgt die Beantwortung nicht innert der Frist bzw. wird kein Fristverlängerungsgesuch gestellt oder ein solches abgelehnt, so kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Beschlussfassung über Motionen und Postulate traktandieren, ohne dass eine Antwort des Gemeinderates vorliegt.

Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Form der Behandlung)

Die Beantwortung der parlamentarischen Vorstösse erfolgt in der Regel schriftlich.



13. C Eingereichte dringliche Interpellation Käser Gerhard (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. August 2022:
Förderbeitrag hydrogeologische und geologische Abklärungen

Interpellationstext:

"Förderbeitrag hydrogeologische und geologische Abklärungen

Anfrage:

1. Wieso werden in der Stadt Langenthal nur Abklärungen für Grundwassernutzungen ab einer Leistung von 70 kW gefördert?
2. Auf welcher gesetzlichen Grundlage basiert diese Einschränkung?
3. Die Gemeinde Lyss hat gerade letztthin für energetische Fördermassnahmen im Parlament ein transparentes Reglement, das am 1. September 22 in Kraft tritt, und eine Spezialfinanzierung beschlossen. Welche Haltung vertritt der Gemeinderat hinsichtlich dessen, seine Förderbeiträge für Langenthal auf eine demokratisch legitimierte und transparente Grundlage zu stellen?
4. Wie sieht der Zeitplan aus, sollte der Gemeinderat gewillt sein, ein Reglement für Förderabgaben und eine Spezialfinanzierung auf alternative Energien für den ganzen Energiesektor einzuführen?

Begründung: Viele Haus- und Wohneigentümer in Langenthal sind momentan daran, ihren möglichen Beitrag zur Eindämmung der anstehenden Energiekrise auszuloten. Da einige Teile von Langenthal auf einem mächtigen Grundwasserleiter mit hohem energetischen Potenzial liegt, ist eine hydrogeologische Abklärung naheliegend.

Damit ein Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energien gelingen kann, fördert die Stadt Langenthal mit ihrer Energieförderaktion 2022 entsprechende Abklärungen mit einem Beitrag von 50% der Gesamtkosten, maximal CHF 10'000.- (https://www.langenthal.ch/_docn/3527255/Engergiefoerderung_2022_Hydrogeologische_Abklaerungen.pdf).

Dies allerdings nur, wenn die Nutzung eine Leistung von 70 kW erreicht. Dies ist für ein Einfamilienhaus nicht möglich und auch nicht, wenn sich einige wenige Nachbarn zusammenschliessen.

Hier kommt also der Verdacht auf, dass nur grössere Neu- und Umbauten mit den entsprechenden Grossinvestoren in den Genuss von Fördergeldern kommen können, ausser, ein ganzes Quartier möchte zur gleichen Zeit auf eine Grundwassernutzung umsteigen, was äusserst unrealistisch ist."

Gerhard Käser
(Erstunterzeichnender)

Beantragte Dringlichkeit gemäss Beschluss des Büros des Stadtrates vom 29. August 2022 bestätigt.

Begründung der Dringlichkeit: Die Energiekrise ist bereits da! Schnellstmöglich müssen Anreize auch für Privathaushalte geschaffen werden.

Die Behandlung der dringlich erklärten Interpellation erfolgt gemäss Art. 52 Abs. 1 lit. c., Abs. 2 und 3 sowie



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 29. August 2022

Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates.¹⁵

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

1 Art. 52 Abs. 1 lit. c., Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Fristen)

¹ Der Gemeinderat hat innert folgender Fristen vorzulegen:

c. dringlich erklärte Vorstösse: in der Regel bis zur nächsten Ratssitzung.

² Auf begründetes Gesuch des Gemeinderates kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Frist verlängern, höchstens aber verdoppeln. Bei dringlich erklärten Vorstössen ist keine Fristverlängerung möglich.

³ Erfolgt die Beantwortung nicht innert der Frist bzw. wird kein Fristverlängerungsgesuch gestellt oder ein solches abgelehnt, so kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Beschlussfassung über Motionen und Postulate traktandieren, ohne dass eine Antwort des Gemeinderates vorliegt.

Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Form der Behandlung)

Die Beantwortung der parlamentarischen Vorstösse erfolgt in der Regel schriftlich.



13. D Eingereichte Interpellation Lerch Martin (SVP), Grossenbacher Stefan (SVP), Fluri Patrick (SVP), Grossenbacher Corinna (SVP) und Mitunterzeichnende vom 29. August 2022: Neue Eissporthalle Hard – quo vadis?

Interpellationstext:

"Neue Eissporthalle Hard – quo vadis?"

Anfrage:

1. Der Gemeinderat wird angefragt, ob das Projekt einer neuen Eissporthalle Hard angesichts der Verlautbarungen der SCL-Verantwortlichen von diesem Sommer, sich anderen Optionen zuzuwenden und den Dialog mit der Stadt zu beenden, seitens der Stadt überhaupt noch weiterverfolgt wird?
2. Weiter interessiert, ob der Gemeinderat auch angesichts der angespannten Finanzlage und aufgrund vieler kritischer Stimmen bei der Mitwirkung im Stadtrat die Vorschläge der AOAG noch weiterzuverfolgen gedenkt? Dies gegebenenfalls mit einer stark abgespeckten Variante?
3. Schliesslich interessiert die Haltung des Gemeinderats zu alternativen Lösungen, die im öffentlichen Diskurs immer wieder auftauchen, wie beispielsweise die Option, den Standort «Schoren» zu sanieren, den Eissport ins nahe Huttwil auszulagern (dies im Sinne einer zu intensivierenden, regionalen Kooperation) oder durch private Investoren realisieren zu lassen?
4. Ist der Gemeinderat bereit, im Sinne einer vertrauensbildenden Massnahme, die Bevölkerung fortlaufend und auf geeigneten Kanälen über den Stand der Abklärungen, bzw. Verhandlungen zu informieren?
5. Wie beurteilt der Gemeinderat die Möglichkeit, dass der Eissport angesichts der explodierenden Energiepreise auch in Zukunft im bisherigen Umfang weiterbetrieben werden kann?

Begründung: Bezüglich der neuen Eissporthalle Hard ist in letzter Zeit viel diskutiert, geschrieben und spekuliert worden. Verschiedene Akteure haben sich für die Umsetzung diverser Szenarien verlauten lassen. Bei dieser Ausgangslage ist es von öffentlichem Interesse, dass der Gemeinderat offen und transparent über den aktuellen Stand aus seiner Sicht informiert."

Martin Lerch
(Erstunterzeichnender)

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 29. August 2022

In eigener Sache

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): So wünsche ich Ihnen jetzt allen noch eine gute Heimreise und eine hoffentlich nicht allzu kurze Nacht. Wir sehen uns wieder am 19. September 2022 um 19.00 Uhr in der Alten Mühle. Wie gesagt sollten Sie die Unterlagen noch diese Woche erhalten. Ich danke Ihnen herzlich für die konstruktiven Diskussionen und so sehen wir uns wieder in drei Wochen.